

## 74. Geschäftsbericht 1981

# **74. Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank 1981**

---

# Inhaltsverzeichnis

---

A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik – eine Zusammenfassung	
1. Die internationale Wirtschaftsentwicklung	5
2. Die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	6
3. Die Geld- und Währungspolitik der Nationalbank	7
B. Entwicklungen in der Weltwirtschaft	
1. Die Wirtschaftslage in einzelnen Ländern	9
2. Die monetäre Situation in einzelnen Ländern	11
3. Die internationale Währungszusammenarbeit	15
C. Die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft	
1. Der Konjunkturverlauf	16
2. Die Geldmengenaggregate	22
3. Der Geldmarkt	25
4. Devisenmarkt und Wechselkurse	27
5. Der Kapitalmarkt	28
6. Bewilligungspflichtiger Kapitalexport	30
7. Die Bankbilanzen	32
D. Geld-, währungs- und konjunkturpolitische Massnahmen	35
E. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank	
1. Die Bankgeschäfte	40
2. Dienstleistungen	52
3. Verwaltung und Geschäftsergebnis	55
F. Bankbehörden und Personal	64
G. Tabellenteil	
1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise	72
2. Geschäftsentwicklung seit 1946	74
3. Diskontsatz und Lombardzinsfuss	82
H. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitorgane	84



# A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik – eine Zusammenfassung

## 1. Die internationale Wirtschaftsentwicklung

Die Wirtschaftslage in den wichtigsten Industrienationen war im Jahre 1981 durch geringes Realwachstum, hohe Inflation und zunehmende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Damit setzten sich die seit Frühjahr 1980 beobachteten Tendenzen fort.

Weltweit Stagnation, Inflation und Arbeitslosigkeit

In den letzten Jahren schränkte hauptsächlich die Entwicklung auf den Rohstoffmärkten den Wachstumsspielraum der westlichen Wirtschaften ein, wobei vor allem die Verteuerung des Erdöls ins Gewicht fiel. Der starke Anstieg des Erdölpreises führte zu einer Verschlechterung der Austauschverhältnisse zwischen erdölimportierenden und erdölproduzierenden Ländern und damit zu einem massiven Einkommenstransfer zwischen diesen beiden Ländergruppen.

Anhaltende Wachstumsschwäche

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre hatten die nationalen Behörden mehrheitlich mit expansiver Geld- und Fiskalpolitik auf die veränderten Umweltbedingungen reagiert. Sie glaubten damit der Wachstumsverlangsamung entgegenwirken zu können. Diese Politik war ein Misserfolg. Der weitere Anstieg der Inflation und Arbeitslosigkeit konnte nicht verhindert werden, sondern wurde eher noch gefördert. In verschiedenen Ländern versuchte die Wirtschaft zudem, die notwendigen Anpassungen an die verringerten realen Wachstumsmöglichkeiten hinauszuzögern und forderte – allerdings mit geringem Erfolg – protektionistische Massnahmen vom Staat.

Scheitern der expansiven Geld- und Fiskalpolitik

Mitte der siebziger Jahre gingen einzelne Länder zu einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik über. Sie legten Wachstumsziele für monetäre Aggregate mit der Absicht fest, die Inflationserwartungen zu brechen. Bis ins Jahr 1979 verfehlten sie allerdings die monetären Ziele oft. Erst seit Beginn der achtziger Jahre wurden die geldpolitischen Absichten konsequenter verfolgt, obwohl in der Zwischenzeit das Wachstum des Bruttosozialprodukts zurückging und die Arbeitslosigkeit zunahm.

Restriktivere Geldpolitik seit 1980 ...

Die Straffung der Geldpolitik widerspiegelt einen Wandel in der wirtschaftspolitischen Haltung. Der Glaube an die Wirksamkeit nachfragestimulierender Massnahmen ist verlorengegangen und die Einsicht ist gewachsen, dass ein Rückgang des realen Wachstums und der Beschäftigung nicht dauerhaft durch expansive Geld- und Fiskalpolitik verhindert werden kann. Die Idee, dass Produktion und Beschäftigung erst dann wieder zunehmen können, wenn der Inflationsprozess unter Kontrolle gebracht ist, hat an Anhängerschaft gewonnen.

... signalisiert wirtschaftspolitischen Wandel

Die international stark gestiegenen Budgetdefizite schränkten den konjunkturpolitischen Spielraum der Fiskalpolitik im Jahre 1981 ein. Die vermehrten rezessiven Tendenzen wurden kaum noch durch Steigerungen der öffentlichen Ausgaben bekämpft.

Konjunkturpolitisch passive Fiskalpolitik

Das Zusammentreffen von restriktiver Geldpolitik und hoher Inflation liess die Zinssätze ansteigen. Besonders markant waren der Anstieg und die Schwan-

Rekordzinssätze 1981

kungen der Zinssätze in den Vereinigten Staaten. Die daraus resultierende Unsicherheit auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten erschwerte zeitweise die Geldpolitik in anderen Ländern.

Starke Dollar-  
Aufwertung mit an-  
schliessender Korrektur

Die internationale Währungslage war im Jahre 1981 von der Aufwertung des Dollars und von Paritätsanpassungen innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) geprägt. Im Anstieg des Dollars kamen die restriktive amerikanische Geldpolitik und die Hoffnungen auf die Wirtschaftspolitik der neuen amerikanischen Administration zum Ausdruck. Als sich in der zweiten Jahreshälfte Zweifel am Erfolg der neuen Politik breit machten, verlor der Dollar international an Wert. Die Spannungen innerhalb des EWS waren hauptsächlich auf unterschiedliche wirtschaftspolitische Prioritäten in den einzelnen Ländern zurückzuführen. Die italienische Lira und der französische Franken wurden ab-, die D-Mark und der holländische Gulden aufgewertet.

## 2. Die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

Steigende Inflation  
und Vollbeschäftigung

Steigende Inflation und Vollbeschäftigung kennzeichneten die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im Jahre 1981. Das reale Bruttosozialprodukt stieg leicht an. Trotz des deutlichen Anstiegs der Teuerung gehörte die Schweiz noch zur Gruppe der Länder mit niedrigen Inflationsraten; der Abstand zu den übrigen OECD-Ländern verringerte sich indessen. Auf dem Arbeitsmarkt bestand vor allem in der ersten Jahreshälfte Mangel an Arbeitskräften, dem durch die vermehrte Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer begegnet wurde.

Bestimmende  
Faktoren: Geldpolitik  
und Wechselkurs

Der Konjunkturverlauf in der Schweiz im Jahre 1981 wurde entscheidend durch die Geldpolitik der Vorjahre und die Wechselkursentwicklung beeinflusst. Die Geldschöpfung, welche die Nationalbank im Jahre 1978 zur Senkung des zu hohen Frankenkurses betrieben hatte, bewirkte in den folgenden Jahren eine Belebung der Nachfrage. Da die 1978 geschaffene Liquidität angesichts der Unsicherheit auf den Devisenmärkten nur sehr vorsichtig abgebaut wurde, blieb das Zinsniveau zunächst auch dann noch niedrig, als die Inflation bereits zu steigen begonnen hatte. Dadurch wurden die Bautätigkeit und die übrigen Investitionen angeregt. Sie erreichten im Jahre 1980 ihren Höhepunkt und blieben auch in der ersten Hälfte 1981 auf hohem Niveau. Erst in der zweiten Jahreshälfte begannen sich die gestiegenen Zinssätze und Kosten auszuwirken, und im Bausektor ging der Auftragseingang zurück.

Starke Investitions-  
tätigkeit

Günstige  
Wechselkurse

Die Tieferbewertung des Schweizerfrankens in der ersten Jahreshälfte verschaffte der schweizerischen Wirtschaft einen wechselkursbedingten Wettbewerbsvorteil. Die Schweiz erfreute sich deshalb einer noch relativ günstigen Konjunktur. In der zweiten Hälfte des Jahres veränderte sich die Lage an den

Devisenmärkten. Der Schweizerfranken wurde höher bewertet, und die Konjunkturabschwächung im Ausland begann sich auch im Auftragseingang bei der schweizerischen Industrie abzuzeichnen.

Die Kehrseite des guten Konjunkturverlaufs und der tiefen Bewertung des Schweizerfrankens war ein Anstieg der Inflation. Die Wirkungen der seit 1979 restriktiven Geldpolitik schlugen sich wegen der Stärke des Dollars im Jahre 1981 noch nicht in den Konsumentenpreisen nieder. Mit der Höherbewertung des Frankens im Herbst liess der Preisanstieg dann nach.

Beschleunigung der Inflation

Die restriktivere Geldpolitik, die zunehmende Inflation und die günstige Konjunktur führten zu einer Erhöhung der Zinssätze, welche nominal wie real ihr Vorjahresniveau deutlich übertrafen. Zum Zinsanstieg beigetragen haben die hohen Zinssätze im Ausland. Im allgemeinen lagen die Zinssätze für kurzfristige Gelder höher als diejenigen für langfristige.

Ursachen des Zinsanstiegs

Die gute Konjunkturlage erklärt den weiteren Anstieg der Beschäftigung und die geringe Arbeitslosenquote. Die Zahl ausländischer Arbeitskräfte nahm zu und erreichte annähernd den Stand von 1977. Wegen der konjunkturellen Abschwächung im vierten Quartal 1981 entspannte sich die Arbeitsmarktlage gegen Jahresende. Die Zahl der Teilarbeitslosen erhöhte sich.

Weitere Zunahme der Beschäftigung

### 3. Die Geld- und Währungspolitik der Nationalbank

Grundlage der Geld- und Währungspolitik der Nationalbank bildet die Erkenntnis, dass ein inflationsfreies Wirtschaftswachstum eine Geldmengenausweitung erfordert, die im Einklang mit den realen Wachstumsmöglichkeiten der schweizerischen Wirtschaft steht. Richtlinie für geld- und währungspolitische Handlungen ist daher das mittelfristige Geldmengenwachstum. Mit der jährlichen Festsetzung eines Geldmengenziels unterstreicht die Nationalbank ihre Entschlossenheit, das Geldmengenwachstum zu kontrollieren und keine chronische Inflation aufkommen zu lassen.

Mittelfristige Orientierung der Geldpolitik

Für das Jahr 1981 war ein Wachstumsziel von 4% für die bereinigte Notenbankgeldmenge (Notenumlauf und Giro Guthaben von Banken, Handel und Industrie bei der Nationalbank abzüglich Ultimokredite) festgelegt worden. Wegen der ungünstigen internationalen Konjunkturaussichten lag das geplante Geldmengenziel etwas über der mittelfristig angestrebten Zuwachsrate. Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamte sich wie erwartet, doch die schweizerische Wirtschaft wurde wegen der Tieferbewertung des Schweizerfrankens in der ersten Jahreshälfte kaum davon berührt.

Geldmengenziel 1981: 4%

Starke Inflation bewirkte Revision des geldpolitischen Kurses

Der Anstieg des Dollars, der bereits im vierten Quartal 1980 begonnen hatte, setzte sich zu Beginn des Jahres 1981 fort. Wegen der daraus resultierenden Teuerungsimpulse dehnte die Nationalbank die bereinigte Notenbankgeldmenge weniger aus als geplant. Diese blieb in der ersten Jahreshälfte ungefähr auf dem Vorjahresstand. Als die Inflationsraten noch stärker zu steigen begannen, wurde der Kurs der Geldpolitik weiter verschärft. In der zweiten Jahreshälfte lag die bereinigte Notenbankgeldmenge unter ihrem Vorjahresstand. Im Jahresdurchschnitt nahm sie um ein halbes Prozent ab.

Verteuerung des Notenbankkredits und Einführung eines Anmeldesystems

Als die Banken auf den restriktiveren Kurs der Geldpolitik mit einer vermehrten Beanspruchung des traditionellen Notenbankkredits reagierten, erhöhte die Nationalbank wiederholt die Kosten für Refinanzierungskredite. Überdies wurde im Mai ein Anmeldeverfahren für die Beanspruchung des Diskont- und Lombardkredits über das Monatsende eingeführt. Dadurch konnte die Entwicklung der Notenbankgeldmenge auch an den Monatsenden besser kontrolliert werden.

Wirkungen der restriktiven Geldpolitik auf die Wechselkurse

Die Wirkungen der restriktiveren Geldpolitik blieben nicht aus. Die Zinssätze stiegen, und der Schweizerfranken wurde im Herbst deutlich höher bewertet. Die Aufwertung gegenüber der D-Mark schuf für einen Teil der schweizerischen Wirtschaft vor allem deshalb Probleme, weil sie abrupt erfolgte und im Ausmass überraschend kam. Andererseits wurde mit der Aufwertung gegenüber dem Dollar lediglich die gegenläufige Entwicklung der ersten Jahreshälfte korrigiert. Gegen Jahresende stabilisierte sich der Wechselkurs auf einem im Hinblick auf die Inflationsbekämpfung vertretbaren Niveau. Dazu trugen auch die gezielten, zum Teil mit anderen Notenbanken koordinierten Interventionen am Devisenmarkt bei.

Geldmengenziel 1982: 3%

Gegen Ende des Jahres verstärkten sich die Anzeichen einer Konjunkturabschwächung. Die gleichzeitige Höherbewertung des Schweizerfrankens verbesserte die Aussichten für einen Rückgang der Teuerung. Dies erlaubte der Nationalbank, einen etwas weniger restriktiven Kurs zu steuern. Für das Jahr 1982 wurde ein Wachstumsziel von 3% für die bereinigte Notenbankgeldmenge in Aussicht genommen. Die Begrenzung des Zuwachses der Notenbankgeldmenge auf 3% bedeutet einerseits, dass die Nationalbank ihre Politik der Inflationsbekämpfung weiterführen wird; andererseits ist die Ausdehnung der Liquidität so bemessen, dass der für 1982 erwartete Konjunkturrückgang von der monetären Seite her nicht verstärkt wird.



## B. Entwicklungen in der Weltwirtschaft

### 1. Die Wirtschaftslage in einzelnen Ländern

In den meisten grossen Industrieländern bot die konjunkturelle Lage gegen Ende des Jahres 1981 ein düsteres Bild: niedriges Realwachstum, hohe Inflation und steigende Arbeitslosigkeit. Einzige Ausnahme bildete Japan mit einer bescheidenen Teuerung, geringer Arbeitslosigkeit und einem Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von rund 4%. Die durchschnittliche Teuerung lag im OECD-Raum im Monat Dezember mit 10% nur leicht unter dem Wert des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit weitete sich stark aus: Am Jahresende wurden in den Ländern der OECD 27 Mio Arbeitslose registriert (Vorjahr: 24 Mio). Überdurchschnittlich war die Arbeitslosenquote in Europa, wobei die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit ein besonderes Problem bildete.

Geringes Realwachstum bei anhaltender Inflation und steigender Arbeitslosigkeit

Die Wirtschaft der *Vereinigten Staaten* wuchs im Jahre 1981 nur wenig. Das reale Bruttosozialprodukt stieg um 2% (Vorjahr: -0,2%). Das bescheidene Wachstum erschwerte es der neuen Regierung, ihr Wirtschaftsprogramm durchzusetzen. Sie hatte sich von angebotsfördernden Massnahmen, insbesondere vom Abbau staatlicher Vorschriften und von der Senkung der Einkommenssteuersätze, eine Belebung der Wirtschaftsaktivität in der zweiten Jahreshälfte erhofft. Durch eine weiterhin restriktive Geldpolitik sollte gleichzeitig die Inflation unter Kontrolle gebracht werden. Zwar wurde das Ziel einer einstelligen Teuerungsrate bis Ende 1981 (Dezember: 8,9%) erreicht; wegen der Geldverknappung und der hohen Inflation verharteten die Zinssätze jedoch bis im Spätherbst auf hohem Niveau und erstickten damit die Keime eines Konjunkturaufschwungs. Zinsempfindliche Branchen – wie die Bau- oder Autoindustrie – erzielten die seit Jahren schlechtesten Ergebnisse. Die Arbeitslosenquote begann im Sommer 1981 zu steigen und erreichte am Ende des Jahres 8,9%.

Vereinigte Staaten:  
Geringes Wachstum erschwert die Durchsetzung des Wirtschaftsprogramms

Die schlechte Konjunktur und die hohen Zinssätze vereitelten den Plan der amerikanischen Regierung, gleichzeitig die Steuern zu senken, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen und das Defizit im Staatshaushalt zu reduzieren. Das Ende September abgelaufene Fiskaljahr 1981 schloss mit einem Fehlbetrag von 58 Mrd Dollar gegenüber 60 Mrd im Vorjahr.

In der *Bundesrepublik Deutschland* sank das Bruttosozialprodukt im Jahre 1981 um 0,3%. Da der leichten Abnahme der Beschäftigung eine Zunahme an Arbeitskräften gegenüberstand, stieg die Arbeitslosigkeit stark an und erreichte am Jahresende 1,7 Millionen Personen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,3% – ein seit 25 Jahren nicht mehr verzeichnetes Niveau. Die Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar verbesserte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie und trug damit zur Zunahme der Exporte bei; auf der anderen Seite verteuerten sich die Importgüter. Die Inflationsrate betrug 6,3% (Dezember 1981).

Bundesrepublik Deutschland:  
Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit

Der Gefahr eines wechselkursbedingten Inflationsdrucks begegnete die Bundesbank mit einer restriktiveren Geldpolitik. Die Wirkungen der Geldverknappung

trafen weitgehend die inländische Nachfrage. Den stärksten realen Rückschlag musste der zinsempfindliche Baubereich hinnehmen. Als sich gegen Jahresende die D-Mark erholte und die Ertragsbilanz verbesserte, begann die Bundesbank ihre Geldmarktsätze wieder allmählich zu senken.

Vereinigtes  
Königreich:  
Keine Anzeichen einer  
konjunkturellen  
Erholung

Das *Vereinigte Königreich* erlitt in den letzten Jahren die stärkste Rezession aller Industrieländer. Die restriktive Geldpolitik legte die traditionellen Strukturschwächen der britischen Wirtschaft offen, und das während langer Zeit überbewertete Pfund Sterling beeinträchtigte die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Im Jahre 1981 veränderte sich an dieser Situation nur wenig. Eine konjunkturelle Erholung blieb aus. Das reale Bruttosozialprodukt ging im Jahre 1981 um schätzungsweise 2% zurück (Vorjahr: -3,0%).

Weiter ansteigende  
Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an und erreichte eine Zahl von drei Millionen, was einer Arbeitslosenquote von 11,5% entsprach. Die Anfang des Jahres verzeichneten Erfolge bei der Inflationsbekämpfung setzten sich nicht fort. Das Preisniveau stieg im Jahre 1981 um 12% (Vorjahr: 18%).

Frankreich:  
Leichte BSP-Zunahme  
bei steigender  
Arbeitslosigkeit und  
hoher Inflation

In *Frankreich* nahm das reale Bruttosozialprodukt leicht zu (0,5%). Die Hauptprobleme der französischen Wirtschaftspolitik sind die Arbeitslosigkeit, die seit 1973 stetig ansteigt, und die anhaltende Inflation. Ende 1981 wurden rund zwei Millionen Arbeitslose (8,3%) gezählt, und die Inflation erreichte im Dezember 14% (jahresdurchschnittliche Teuerung: 13,3% gegenüber 13,6% im Vorjahr).

Expansivere Finanz-  
politik zur Bekämp-  
fung der Unter-  
beschäftigung

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellt neben der Inflationsbekämpfung ein Hauptziel der neuen Regierung dar. Verstaatlichungen und die Förderung schwacher Wirtschaftszweige sollen strukturelle Verbesserungen bringen. Zudem soll der Staatshaushalt vermehrt in den Dienst der Beschäftigung gestellt werden. Dank der im Vergleich zu anderen Industrieländern relativ niedrigen Staatsverschuldung genoss die französische Finanzpolitik einen etwas größeren Spielraum, der denn auch ausgenutzt wurde.

Italien:  
Steigende Arbeits-  
losenzahlen, Rück-  
gang der Teuerungs-  
rate

In *Italien* nahm das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1981 schätzungsweise um 1% ab. Die seit vier Jahren hohe Arbeitslosenquote stieg weiter an (4. Quartal: 9,0%). Die Inflationsrate ermässigte sich im Laufe des Jahres von 21,3% auf 17,9%. Die Ertragsbilanz schloss mit einem geringeren Defizit ab als im Vorjahr.

Japan:

In *Japan* entwickelte sich die Wirtschaft im Jahre 1981 wesentlich günstiger als in den anderen OECD-Ländern. Die Inflationsrate sank im Laufe des Jahres von 8% auf 4,9%. Japan wies damit die niedrigste Teuerung im OECD-Raum aus. Zudem blieb das Wachstum des Bruttosozialprodukts mit rund 4% nur wenig hinter demjenigen der beiden vorangegangenen Jahre zurück. Auch die Arbeitslosenquote nahm sich mit 2,2% vergleichsweise günstig aus. Die gute konjunkturelle Situation in Japan lässt sich teilweise mit der seit Jahren vorsichtigen Finanz- und der auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik erklären.

Deutlicher Inflations-  
rückgang, tiefe  
Arbeitslosenquote  
und reales Wachstum

Die japanische Wirtschaft weist einen traditionell hohen Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt auf. Strukturelle Anpassungen an veränderte Umweltbedingungen (z. B. an steigende Erdölpreise) erfolgen rasch und mit geringen Wachstumseinbussen. Die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums im Jahre 1981 resultierte aber auch daraus, dass Japan – wie die Schweiz – erst in der zweiten Jahreshälfte von der schwächeren Weltkonjunktur erfasst wurde.

## 2. Die monetäre Situation in einzelnen Ländern

Die grösseren westlichen Industrieländer setzten ihre restriktive Geld- und Währungspolitik im Jahre 1981 trotz zunehmender Arbeitslosigkeit fort. Einzig im Vereinigten Königreich und in Frankreich überschritt das Wachstum der Geldmenge die anvisierten Ziele.

Das von der *amerikanischen Notenbank* angesteuerte Geldmengenziel wurde, obwohl im Frühjahr leicht nach unten revidiert, unterschritten. Das jahresdurchschnittliche Wachstum von  $M_{1B}$  betrug im Jahre 1981 3%. Das Bestreben, das Wachstum der Geldmengenaggregate auch kurzfristig zu steuern, dürfte zu den grossen Schwankungen der amerikanischen Zinssätze beigetragen haben.

Geldmengenziel in den USA unterschritten

Von grosser Tragweite für die amerikanische Geldpolitik war der schrittweise Abbau von gesetzlichen Einschränkungen im Bankensektor. Grundlage dazu bildete der «*Depository Institutions Deregulation and Monetary Control Act*». Dieser erlaubt unter anderem Sparbanken, die bisher fast ausschliesslich im Hypothekengeschäft tätig waren, sogenannte NOW-Accounts (im wesentlichen verzinsliche Sichtdepositen) anzubieten und Konsumkredite zu gewähren. Die durch die Liberalisierung bewirkten Umschichtungen der Einlagen bei Banken waren beträchtlich und erschweren die Interpretation der Entwicklung der verschiedenen Geldmengenaggregate.

Abbau bankengesetzlicher Einschränkungen in den USA

Im Jahre 1981 genehmigte das Federal Reserve Board die Einrichtung von «*International Banking Facilities*» (IBF) in den Vereinigten Staaten. Damit werden vom Federal Reserve genau umschriebene Bankgeschäfte mit ausländischen Kunden von der Mindestreservepflicht, den Zinsvorschriften und von lokalen Steuern befreit, was den Handel mit Eurowährungen erleichtert. Ein Teil der auf den Euromärkten abgewickelten Geschäfte soll auf diese Weise in die USA geholt werden. Anfangs Dezember sind in New York erste IBF eingerichtet worden.

Einrichtung von «International Banking Facilities» in New York

In der *Bundesrepublik Deutschland* ist die restriktive Geldpolitik im Jahre 1981 fortgesetzt worden. Die Zentralbankgeldmenge bewegte sich stets am unteren Rand des von der Bundesbank festgelegten Zielbereiches. Da die Bundesbank das Wachstum der Zentralbankgeldmenge durch Veränderungen der Zinskonditionen für Refinanzierungskredite innerhalb des Zielbandes zu halten versucht, gelten die Geldmarktsätze als wichtiger geldpolitischer Indikator.

Anhaltend restriktive Geldpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Im Februar beschloss die Bundesbank, die zu den offiziellen Sätzen an die Geschäftsbanken gewährten Refinanzierungskredite nicht mehr weiter auszuweiten. Statt dessen räumte sie den Banken die Möglichkeit ein, Sonderlombardkredite aufzunehmen, allerdings zu Zinssätzen, die wesentlich über den offiziellen Sätzen lagen. Die Bundesbank setzte den Sonderlombardsatz im Februar hauptsächlich zur Bekämpfung der D-Mark-Schwäche auf 12% fest. Im Oktober und Dezember wurde er leicht reduziert. Am Jahresende betrug er 10,5%.

Französische Geldpolitik expansiver als geplant

Die *Banque de France* versucht seit dem Jahre 1976, das Wachstum der Geldmenge M<sub>2</sub> mittels eines Systems von Kreditkontrollen zu steuern. Bis zum Jahre 1980 waren die Abweichungen vom anvisierten Geldmengenziel gering, im Jahre 1981 hingegen lag das Wachstum der Geldmenge M<sub>2</sub> mit schätzungsweise 12% über der Zielvorgabe von 10%.

Umfangreiche Devisenkontrollen

Zur Verhinderung von Kapitalabflüssen wurden in Frankreich die Devisenkontrollen erheblich verschärft. Ferner mussten die Geldmarktsätze zur Aufrechterhaltung der Wechselkurse erhöht werden. Selbst nach der Abwertung des französischen Frankens innerhalb des Europäischen Währungssystems verharrten die Geldmarktsätze beträchtlich über dem Niveau zu Beginn des Jahres.

### Monetäre Zielgrößen

Land	Zielgröße	Zielperiode	Ziel	effektives Wachstum
Vereinigte Staaten von Amerika	M1B <sup>1</sup>	4. Quartal 1980 bis 4. Quartal 1981	3 ½ bis 6%	3,0% <sup>2</sup>
Vereinigtes Königreich	M <sub>3</sub>	Mitte Februar 1981 bis Mitte April 1982	6 bis 10%	
Bundesrepublik Deutschland	Zentralbankgeldmenge	4. Quartal 1980 bis 4. Quartal 1981	4 bis 7%	3,5%
Frankreich	M <sub>2</sub>	Dezember 1980 bis Dezember 1981	10%	12,0% <sup>2</sup>
Japan	M <sub>2</sub>		keine Zielvorgabe	8,9%
Schweiz	bereinigte Notenbankgeldmenge	Durchschnitt 1981	4%	-0,5%

<sup>1</sup> Bereinigt um den Effekt der Umschichtungen auf NOW-Accounts.

<sup>2</sup> Schätzungen.

Die Bank of England setzt ihren restriktiven Kurs fort

Im *Vereinigten Königreich* wurde für den Zeitraum von Februar 1981 bis April 1982 ein durchschnittliches Wachstum der Geldmenge M<sub>3</sub> von 6% bis 10% angestrebt. Die für das Jahr 1981 verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass das Wachstum von M<sub>3</sub> die obere Grenze des Zielbereichs deutlich überschritten hat. Die Entwicklung der Geldmengenaggregate im Jahre 1981 vermittelt aber möglicherweise wegen statistischer Probleme ein verzerrtes Bild der monetären Entwicklung. Zumindest deuten andere Indikatoren, wie die kurzfristigen Zins-

sätze und die Entwicklung der monetären Basis, auf einen restriktiven geldpolitischen Kurs hin.

Im August 1981 trat eine Reihe von Gesetzen in Kraft, welche den englischen Geldmarkt neu strukturieren. Ziel dieser Revision ist es, die Einflussmöglichkeiten der Bank von England auf dem Finanzsektor zu verbessern.

In *Japan* kann die Lockerung der im Vorjahr eingeführten Kreditkontrollen als Übergang von einer leicht restriktiven zu einer vorsichtig expansiven Geldpolitik gedeutet werden. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Kreditfähigkeit der Banken deutlich zu. Die Wachstumsrate der Geldaggregate begann zu steigen. Wirtschaftspolitisch bedeutungsvoll war die Liberalisierung der Zinsvorschriften und des internationalen Kapitalverkehrs. Die seit 1979 verfolgte graduelle Aufhebung der Zinsvorschriften und die liberale Gestaltung des neuen Währungsgesetzes erhöhten den Wettbewerb unter den Banken und die Aktivität der japanischen Banken auf den internationalen Märkten.

Vorsichtig expansive Geldpolitik in Japan

Die *Devisenmärkte* wurden 1981 durch die Kursbewegungen des US-Dollars geprägt. Zwischen Januar und August wertete sich die *amerikanische Valuta* gegenüber den meisten Währungen auf; im August setzte dann eine Gegenbewegung ein. Der Anstieg des Dollars, der im Herbst 1980 begonnen hatte, stand im Zusammenhang mit der restriktiven Geldpolitik des Federal Reserve. Die Straffung der geldpolitischen Zügel in den Vereinigten Staaten liess die Zinssätze steigen, was Dollaranlagen attraktiv machte und eine Aufwertung bewirkte. Gleichzeitig trug die Zinshausse zur konjunkturellen Verlangsamung und damit zur Verbesserung der amerikanischen Ertragsbilanz bei. Bei der Abschwächung des Dollars, die im August 1981 einsetzte, handelte es sich um die Korrektur einer übermässigen Aufwertung des Dollarkurses und um die Folge der Verringerung der internationalen Zinsdifferenzen. Der Kursrückgang widerspiegelte aber auch Befürchtungen, die amerikanischen Währungsbehörden könnten ihre Geldpolitik angesichts der Rezession und der steigenden Budgetdefizite lockern.

Devisenmärkte im Zeichen des US-Dollars

Höherbewertung bis August

Abschwächung im Herbst

Das *Pfund Sterling*, das 1980 stark gestiegen war, schwächte sich im Laufe des Jahres 1981 sowohl gegenüber dem Dollar als auch gegenüber den Währungen des Europäischen Währungssystems ab. Diese Entwicklung dürfte eine Folge davon sein, dass die hohen Zinssätze im Vereinigten Königreich im Jahre 1981 im Zuge des weltweiten Zinsanstiegs an Attraktivität verloren.

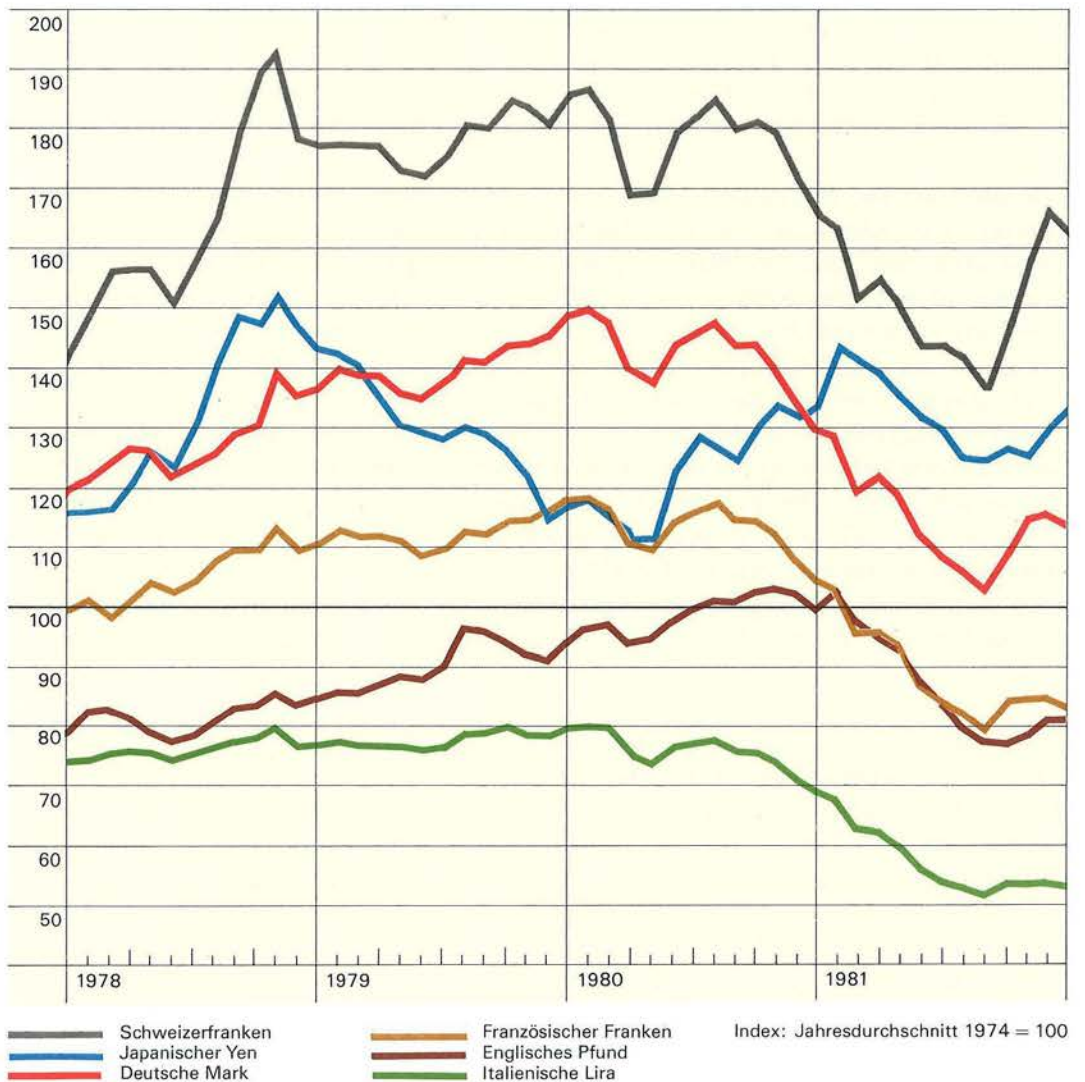
Pfund Sterling: Kursrückgang

Der *Yenkurs* nahm 1981 einen ähnlichen Verlauf wie die Kurse der europäischen Währungen. Nach einer Abschwächung gegenüber dem Dollar zu Beginn des Jahres erholte er sich in der zweiten Hälfte 1981. Gegenüber den europäischen Währungen blieb er trotz eines vergleichsweise hohen Überschusses der japanischen Ertragsbilanz weitgehend stabil.

Yen: Stabilität gegenüber den europäischen Währungen

Im Verlaufe des Jahres fanden zwei Anpassungen der Leitkurse im *Europäischen Währungssystem* (EWS) statt. Zunächst wurde die *italienische Lira* am 23. März um 6% abgewertet, wobei sie ihre erweiterte Bandbreite von  $\pm 6\%$  beibehielt. Am 5. Oktober erfolgten eine Aufwertung der *D-Mark* und des *holländischen Guldens* um 5,5% sowie eine Abwertung des *französischen Frankens* und der *Lira* um 3%.

### Dollarkurse wichtiger Währungen



### 3. Die internationale Währungszusammenarbeit

Das *Europäische Währungssystem* (EWS) hat sein unmittelbares Ziel – stabilere Wechselkursverhältnisse unter den Mitgliedern – trotz verstärkter internationaler Wechselkursschwankungen auch im Jahre 1981 weitgehend erreicht. Dagegen kam man dem längerfristigen Ziel einer Harmonisierung der Geld- und Fiskalpolitik der Mitglieder nach wie vor kaum näher.

Europäisches  
Währungssystem:

Die meisten Mitglieder des EWS setzten vor allem zinspolitische Massnahmen zur Verteidigung der Leitkurse ein. In Spekulationsphasen wurden die Wechselkurse der EWS-Währungen durch umfangreiche Devisenkäufe oder -verkäufe innerhalb der festgelegten Bandbreiten gehalten. Zur Finanzierung von Devisenkäufen musste bisher weder der kurz- noch der mittelfristige Kreditmechanismus in Anspruch genommen werden, da sich Gläubiger- und Schuldnerpositionen in den meisten Fällen nach kurzer Zeit wieder umkehrten. Einzelne Mitglieder mussten sich jedoch wegen ihrer Ertragsbilanzdefizite in grösserem Ausmass auf den internationalen Kapitalmärkten verschulden.

Stabilere Wechsel-  
kurse, aber noch  
keine Harmonisierung  
der Geld- und  
Fiskalpolitik

Die Kredithilfe des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) nahm insbesondere an die Entwicklungsländer weiter zu. Die neuen Kreditzusagen dürften im Finanzjahr 1982 (per 30. April 1982) insgesamt 12 Mrd SZR erreichen gegenüber 9,5 Mrd 1981 und 3,0 Mrd 1980.

Internationaler  
Währungsfonds:  
Weitere Ausdehnung  
der Kredithilfe

Im März 1981 waren die dem IWF im Rahmen der sogenannten «Zusätzlichen Finanzierungsfazilität» («Witteveen-Fazilität») verfügbaren Mittel vergeben. Um die im Vorjahr beschlossene Ausdehnung der Kredittätigkeit zu verwirklichen, musste sich der IWF zusätzliche Mittel beschaffen. Er schloss mit der Saudi Arabian Monetary Agency (SAMA) eine Kreditvereinbarung über insgesamt 8 Mrd SZR für zwei Jahre ab. Die Möglichkeit weiterer Kredite ist vorgesehen. Zudem nahm der IWF im August bei den Notenbanken von 16 Industrieländern einen mittelfristigen Kredit im Gesamtbetrag von 1,3 Mrd SZR auf. Die Kredite werden teilweise über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) abgewickelt. Die Nationalbank beteiligte sich mit einem direkten Kredit an den IWF von 150 Mio SZR.

Als weitere Massnahme zugunsten von Mitgliedländern mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten ermöglichte der IWF Kredite für den Fall stark steigender Kosten der Getreideimporte. Der bereits im Vorjahr grundsätzlich beschlossene Zinssubventionsmechanismus bei der Beanspruchung der «Zusätzlichen Finanzierungsfazilität» trat in Kraft. Die Finanzierung soll teilweise durch freiwillige Beiträge erfolgen. Die Schweiz hat sich mit 2,4 Mio SZR beteiligt.

Auf den 1. Mai wurden die Sonderziehungsrechte (SZR) attraktiver gestaltet. Die Verzinsung wurde von 80% auf 100% des gewichteten Marktdurchschnitts erhöht, und die Pflicht der Teilnehmer am SZR-System, im mehrjährigen Durchschnitt einen bestimmten Teil der zugeteilten SZR zu halten, aufgehoben.

Sonder-  
ziehungsrechte

# C. Die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft

## 1. Der Konjunkturverlauf

Verlangsamtes  
Wirtschaftswachstum

Der seit 1979 dauernde Konjunkturaufschwung setzte sich im ersten Halbjahr 1981 fort; in der zweiten Jahreshälfte schwächte sich die Wirtschaftstätigkeit jedoch deutlich ab. Gemäss offiziellen Schätzungen nahm das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt real um 1,4% (1980: 4%) und nominal um 8,2% (1980: 7,1%) zu.

### Der private Konsum

Geringe Zunahme  
des Konsums

Der Zuwachs des *realen Konsums* verlangsamte sich während des Jahres. Im Jahresdurchschnitt nahm er mit knapp einem Prozent deutlich weniger zu als im Jahre 1980 (2,5%). In den ersten drei Quartalen erhöhte sich der reale Konsum, obschon die Reallöhne infolge der Teuerung sanken. Da die Zahl der Beschäftigten um rund ein Prozent stieg, blieb das gesamte verfügbare Realeinkommen unverändert. Die einzelnen Haushalte beurteilten zudem die wirtschaftliche Zukunft zuversichtlich. Vor allem erwarteten sie den vollen Teuerungsausgleich. Im Herbst mehrten sich die Anzeichen einer konjunkturellen Wende, und die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannte sich. In der Folge ging die Nachfrage nach dauerhaften Gütern zurück, während der Absatz von nicht-dauerhaften Konsumgütern weniger empfindlich auf die Konjunkturabschwächung reagierte.

Abschwächung der  
Konsumnachfrage  
im Herbst

Rekordjahr im  
Fremdenverkehr

Der *Fremdenverkehr* nahm gegenüber dem bereits sehr guten Vorjahresergebnis nochmals zu. Die Hotelübernachtungen der Inländer stiegen um etwas mehr als ein Prozent, diejenigen der Ausländer um 6%. Der Zuwachs der Übernachtungen von Ausländern ist nicht zuletzt der Entwicklung des Frankenkurses in der ersten Jahreshälfte zuzuschreiben.

### Investitions- und Bautätigkeit

Investitionstätigkeit  
als wichtige  
Konjunkturstütze

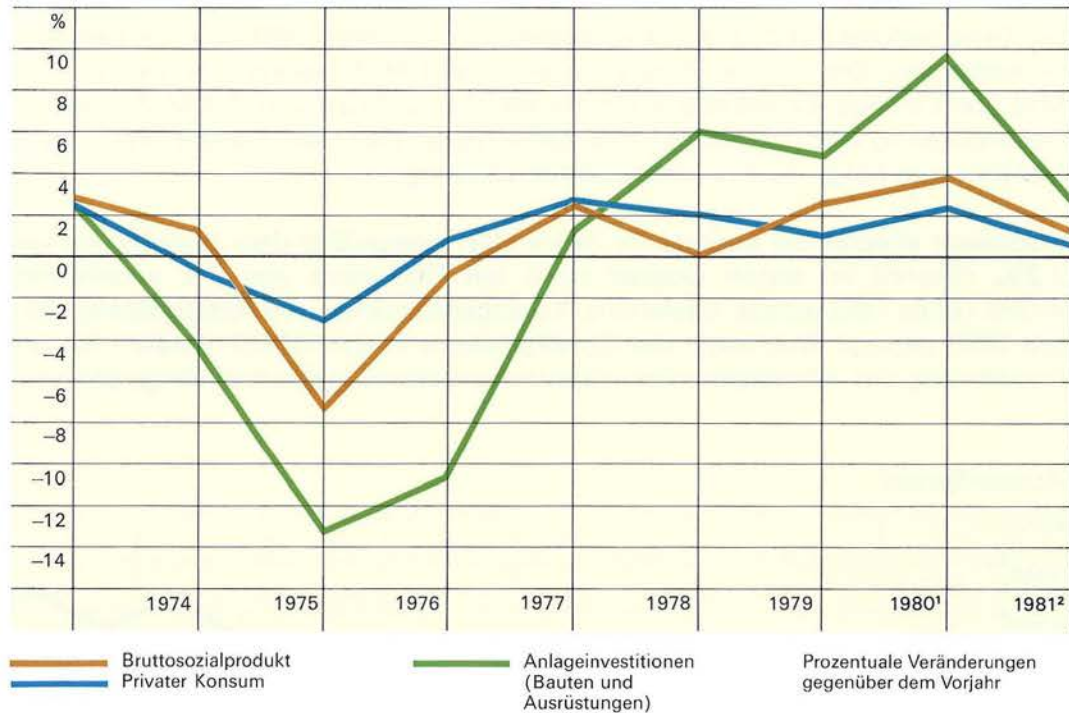
Die *Investitionstätigkeit* (Bauten und Ausrüstungen) nahm in der ersten Jahreshälfte 1981 weiter zu. Höhere Zinsen, gestiegene Baukosten und die Verschlechterung der Weltkonjunktur begannen sich im zweiten Halbjahr jedoch auf den Auftragseingang für Hochbauten auszuwirken. Da aber der Auftragsbestand beträchtlich war, wurde die industriell-gewerbliche Investitionstätigkeit vorerst nur wenig betroffen. Im Jahre 1981 nahmen deshalb die industriellen und gewerblichen Bauinvestitionen noch zu. Doch immer mehr wurden Projekte infolge ungünstiger Konjunkturaussichten zurückgestellt. Der Rückgang der Zahl der begutachteten Planvorlagen bestätigte die geringere Investitionsneigung in der Industrie.

Folgen der hohen  
Zinssätze und  
Baukosten

Nachhaltig reagierte der Auftragseingang im Wohnungsbau auf die gestiegenen Zinssätze und Baukosten. Die Zahl der Neubewilligten Wohnungen in 96 Städten war im letzten Quartal 1981 um 3,2% geringer als im Vorjahr, und der Ar-



## Reales Bruttosozialprodukt



<sup>1</sup> Vorläufige Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, BFS

<sup>2</sup> Schätzung der Subkommission Wirtschaftsprognosen der Kommission für Konjunkturfragen vom 18.12.1981

beitsvorrat im Wohnungsbau lag am 1. Oktober nominell bereits 10% unter dem Vorjahreswert.

Die Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen ging im Jahre 1981 zurück. Der Zuwachs wird auf real 2% geschätzt (Vorjahr: +11,4%).

Schwache Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen

Die hohen Kreditkosten, unsichere Konjunkturaussichten und Erwartungen auf einen Rückgang von Rohwarenpreisen veranlassten die Unternehmer schon zu Jahresbeginn, ihre Lager an Rohstoffen und Halbfabrikaten, inkl. Energieträger, abzubauen. Der seit der Jahresmitte rückläufige Bestellungseingang verstärkte diese Entwicklung. Da die Produktion nicht unmittelbar dem tiefen Auftragsengang und den sinkenden Verkäufen angepasst werden konnte, nahmen die Lager an Fertigfabrikaten zu.

Abbau der Rohstofflager

Höhere Fertigfabrikatelage

## Aussenhandel

Verbesserte Handelsbilanz

Der Güterverkehr mit dem Ausland weitete sich im Jahre 1981 nominal betrachtet weiter aus. Die Schweiz führte Güter für 60,1 Mrd Franken ein und für 52,8 Mrd Franken aus. Es resultierte ein *Handelsbilanzdefizit* von 7,3 Mrd Franken. Der Rückgang des Defizits um rund 30% gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich eine Folge der Konjunkturabschwächung.

Exportentwicklung durch Frankenkurs begünstigt

Insgesamt stiegen die Exporte im Jahre 1981 gegenüber dem Vorjahr real um 3,2%, obwohl im ersten Quartal noch ein Rückgang von 2% verzeichnet wurde (ohne Edelmetalle, Edelsteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten). Das seit 1979 geringe Wachstum des Sozialprodukts in den OECD-Staaten hat die Ausweitung der schweizerischen *Exporte* tendenziell gebremst. Hingegen ver-

### Aussenhandel



<sup>1</sup> Ohne Industriegold

<sup>2</sup> Ohne Industriegold, Silber und Silbermünzen

besserte der bis in den Spätsommer relativ tiefe Aussenwert des Schweizerfrankens die Wettbewerbssituation unserer Wirtschaft auf den internationalen Märkten. Vor allem der Absatz von preiseempfindlichen Produkten der Konsumgüter- und der chemischen Industrie wurde begünstigt.

Die realen *Importe* gingen im Jahr 1981 gegenüber dem Vorjahr um 2% zurück. Ausschlaggebend waren die ungünstigen Konjunkturaussichten und der Wechselkurs des Schweizerfrankens. Stark wirkte sich der Lagerabbau bei Rohstoffen und Halbfabrikaten aus. Die Einfuhren von Konsumgütern nahmen noch leicht zu.

Reale Importe rückläufig

Die geografische Aufteilung des Aussenhandels zeigt, dass sich der Güterverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten weniger stark ausdehnte als die gesamten wertmässigen Ein- und Ausfuhren. Diese Entwicklung war bei den Importen bereits 1980 feststellbar. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnete der Handel mit den USA, Japan und den OPEC-Staaten, während derjenige mit den europäischen Staatshandelsländern stagnierte.

Sinkender Anteil des EG- und EFTA-Handels am gesamten Güterverkehr

## Öffentliche Haushalte

Das Defizit in der Finanzrechnung des Bundes lag in den Jahren 1980 und 1981 unter den budgetierten Werten. Die Ausgaben entwickelten sich wie vorgesehen; die Einnahmen übertrafen hingegen die Erwartungen des Bundes. Die günstige Entwicklung der Einnahmen im Jahre 1981 war vor allem darauf zurückzuführen, dass beim Budgetentwurf der Zinsanstieg und die Konjunktur-entwicklung unterschätzt worden waren.

Unerwartet geringe Defizite des Bundes 1980/81

Die Finanzlage der Kantone und vor allem diejenige der Gemeinden war erheblich besser als die des Bundes. Die Kantone erhöhten ihre Ausgaben im Jahre 1980 auf 21,9 Mrd Franken, während die Einnahmen auf 21,8 Mrd Franken zunahmen. Im Jahre 1981 dürfte sich die finanzielle Situation der Kantone allerdings infolge der Teuerung und der Sparmassnahmen des Bundes etwas verschlechtert haben. Die Finanzen der Gemeinden entwickelten sich mehrheitlich gut, was durch die zahlreichen Steuerfussenkungen belegt wurde.

Kantons- und Gemeindefinanzen 1980 im Gleichgewicht

## Arbeitsmarkt

Die *Zahl der Beschäftigten* stieg im Jahre 1981 um 0,9% (Vorjahr: 2,1%), wobei die Zunahme im Dienstleistungssektor stärker war als in den übrigen Bereichen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag wie 1980 bei 0,2%. Der Arbeitskräftemangel führte zu einer Erhöhung des Bestandes an ausländischen Erwerbstätigen um 4,5% zwischen August 1980 und August 1981 (Vorjahr: 4,4%).

Anstieg der Beschäftigung

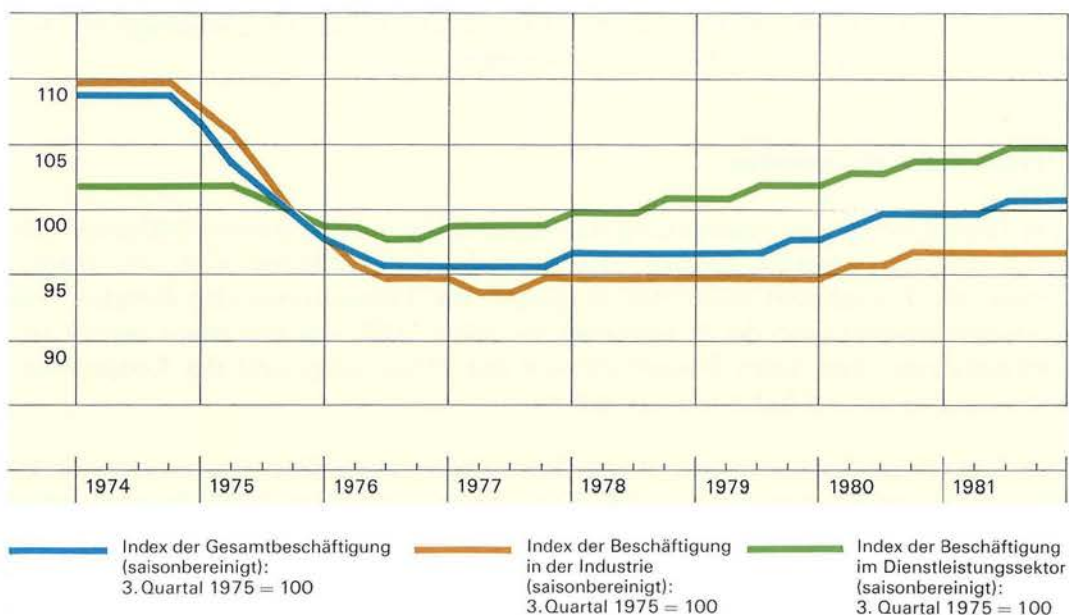
Weitere Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte

Die Zunahme verteilte sich über alle Kantone und alle wesentlichen Wirtschaftszweige mit Ausnahme der Gruppe «Bekleidung». Mit 738 120 ausländischen Arbeitskräften wurde der höchste Bestand seit 1977 erreicht.

Im letzten Quartal 1981 machte sich der Konjunkturrückgang auf dem *Arbeitsmarkt* bemerkbar. Es wurden wesentlich mehr Stellensuchende und Ganzarbeitslose registriert als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen war schon Mitte des Jahres unter die Vorjahreswerte gesunken. Die ungünstigere Arbeitsmarktsituation kam vorerst in einem Anstieg der Teilarbeitslosigkeit zum Ausdruck. Eine Reihe von Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftszweigen (Uhrenindustrie, Textilindustrie, Maschinenindustrie etc.) kündigte die Aufhebung von Arbeitsplätzen an.

Konjunkturrückgang machte sich im vierten Quartal auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar

### Beschäftigung



### Preis- und Lohnentwicklung

Die *Inflation* ist im Jahre 1981 weiter angestiegen. Der Index der Konsumentenpreise lag im Jahresdurchschnitt um 6,5% über dem Vorjahresstand. Der höchste Zuwachs im Vorjahresvergleich wurde im Monat September mit 7,5% erreicht. Gegen Ende des Jahres bildete sich die Teuerung leicht zurück. Der starke Anstieg im Jahre 1981 ist auf den Rückgang des Frankenkurses bis zur Jahresmitte sowie auf den guten Konjunkturverlauf zurückzuführen.

Starker Anstieg der Teuerung



## Löhne und Preise



Bei der Berechnungsmethode des Landesindex der Konsumentenpreise wurden im vergangenen Jahr Mängel entdeckt. Die für den Index zuständige Kommission für Konjunktur- und Sozialstatistik nimmt eine Überprüfung vor.

Verbilligung der Importwaren seit September

Auch auf der Grosshandelsstufe war mit einem Preisanstieg um 5,5% eine deutlich höhere Teuerung als im Jahre 1980 (4,6%) zu verzeichnen. Bei den Importwaren kam es infolge der Höherbewertung des Schweizerfrankens im Herbst zu Preissenkungen.

Höchste Baukostenzunahme seit Frühjahr 1973

Die starke Bautätigkeit bewirkte im Jahre 1981 nochmals einen kräftigen Anstieg der Baupreise. Der Zürcher Wohnbaukostenindex (Oktober) stieg um 9,4%, verglichen mit 8,9% im Jahre 1980. Eine noch stärkere Zunahme der Baukosten war letztmals im Frühjahr 1973 verzeichnet worden.

Rückgang der Reallöhne

Die durchschnittlichen *Monatsverdienste* der Arbeitnehmer lagen in den beiden ersten Quartalen des Jahres 1981 um jeweils 4,5% und im dritten Quartal um 4,4% über den entsprechenden Vorjahreswerten. Die im vierten Quartal registrierten Durchschnittslöhne übertrafen die Vorjahresverdienste um 4,2%. Innert Jahresfrist resultierte damit eine Reallohneinbusse von 2,6%, verglichen mit einem Reallohnanstieg um 0,9% im Vorjahr. Der Rückgang der Reallöhne trotz guter Konjunkturlage war in erster Linie eine Folge der höheren Teuerung; die für 1981 gewährten Lohnerhöhungen basierten auf der relativ niedrigen Inflation des Jahres 1980.

## 2. Die Geldmengenaggregate

Wachstum der Notenbankgeldmenge unter dem anvisierten Ziel

Für das Jahr 1981 legte die Nationalbank ein Wachstumsziel von 4% für die bereinigte Notenbankgeldmenge fest (Notenumlauf und Giro Guthaben von Banken, Handel und Industrie bei der Nationalbank abzüglich ultimobedingte Refinanzierungskredite). Als im Frühjahr der Kurs des Schweizerfrankens sank und sich der Preisaufrtrieb im Inland verschärfte, wurden die geldpolitischen Zügel gestrafft. Die bereinigte Notenbankgeldmenge wurde sowohl im ersten als auch im zweiten Quartal weniger als geplant ausgedehnt. Der restriktive Kurs wurde im weiteren Verlauf des Jahres noch verschärft. Im dritten und vierten Quartal lag die bereinigte Notenbankgeldmenge unter ihrem Vorjahresstand. Im Jahresdurchschnitt 1981 ergab sich ein Rückgang von einem halben Prozent.

Entwicklung der Geldmengen  $M_1$ ,  $M_2$  und  $M_3$

Die Zinsdifferenz zwischen Sicht- und Spareinlagen einerseits und den übrigen Einlageformen andererseits vergrösserte sich im Jahre 1981 erheblich, was zu Umschichtungen bei den Bankeinlagen führte. Die Sicht- und die Spareinlagen nahmen ab, während die Termineinlagen stark anstiegen. Diese Entwicklung kommt in den Wachstumsraten der Geldmengenaggregate zum Ausdruck. Die Geldmenge  $M_1$  (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) ging infolge des Rückgangs der Sichteinlagen um durchschnittlich 3,6% zurück. Die Geldmengen  $M_2$  ( $M_1$  plus Termineinlagen) und  $M_3$  ( $M_2$  plus Spareinlagen) hingegen wuchsen im Jahresdurchschnitt um 12,9% bzw. 5,2%.

## Entwicklung der bereinigten Notenbankgeldmenge und der Geldmenge Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % – Quartalsdurchschnitt

Quartal	bereinigte Notenbankgeldmenge <sup>1</sup>		Bargeldumlauf <sup>2</sup>		Sichteinlagen <sup>3</sup>		Geldmenge M1 <sup>4</sup>		Quasi-Geld <sup>5</sup>		Geldmenge M2 <sup>6</sup>		Geldmenge M3 <sup>7</sup>	
	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %
<b>1978</b>														
1. Quartal	29,1	19,2	18,0	4,1	37,0	14,7	55,0	11,0	23,0	-0,3	78,0	7,4	174,4	8,8
2. Quartal	26,5	9,4	18,3	4,6	39,1	22,4	57,4	16,1	23,5	-6,0	80,9	8,7	179,1	9,5
3. Quartal	26,4	7,8	18,2	5,3	37,9	21,7	56,1	15,8	23,6	-13,7	79,6	5,2	179,3	8,2
4. Quartal	33,4	30,0	19,4	8,6	43,8	30,7	63,2	23,0	21,0	-18,9	84,2	9,0	186,4	10,0
<b>1979</b>														
1. Quartal	35,9	23,6	19,5	8,7	46,2	24,9	65,7	19,6	19,5	-15,5	85,2	9,2	191,2	9,7
2. Quartal	28,9	9,0	19,8	8,1	42,8	9,6	62,6	9,1	24,7	5,3	87,3	8,0	195,0	8,9
3. Quartal	28,5	8,0	19,8	8,9	41,5	9,7	61,3	9,4	27,5	16,6	88,8	11,5	197,3	10,1
4. Quartal	28,9	-13,7	20,7	7,0	41,0	-6,5	61,7	-2,4	31,9	52,4	93,6	11,3	203,0	8,9
<b>1980</b>														
1. Quartal	28,5	-20,7	20,5	5,3	37,3	-19,3	57,8	-12,0	44,0	126,3	101,8	19,6	210,2	9,9
2. Quartal	27,6	-4,6	20,3	2,9	35,9	-16,2	56,2	-10,2	48,4	95,9	104,7	19,9	209,1	7,2
3. Quartal	27,8	-2,3	20,1	1,7	35,5	-14,6	55,6	-9,4	47,7	73,6	103,3	16,3	206,6	4,7
4. Quartal	28,7	-0,5	21,1	1,5	38,0	-7,3	59,0	-4,3	48,6	52,2	107,6	14,9	211,9	4,4
<b>1981</b>														
1. Quartal	28,3	-0,6	20,8	1,1	35,9	-3,8	56,6	-2,0	53,6	21,6	110,2	8,2	216,4	3,0
2. Quartal	28,0	1,3	20,6	1,4	34,8	-3,0	55,5	-1,4	61,4	26,8	116,9	11,6	220,5	5,4
3. Quartal	27,7	-0,5	20,3	0,6	33,2	-6,4	53,5	-3,8	67,6	41,7	121,0	17,2	221,7	7,3
4. Quartal	28,0	-2,5	20,6	-2,0	34,0	-10,3	54,7	-7,3	68,6	41,1	123,3	14,5	222,6	5,0

<sup>1</sup> bereinigte Notenbankgeldmenge = Noten und Giroguthaben von Banken, Handel und Industrie abzüglich Ultimokredite (Durchschnitte aus Tageswerten).

<sup>2</sup> Bargeldumlauf = Noten und Münzen beim Publikum.

<sup>3</sup> Sichteinlagen = Inländische Sichteinlagen in SFr. bei Banken und beim Postcheck.

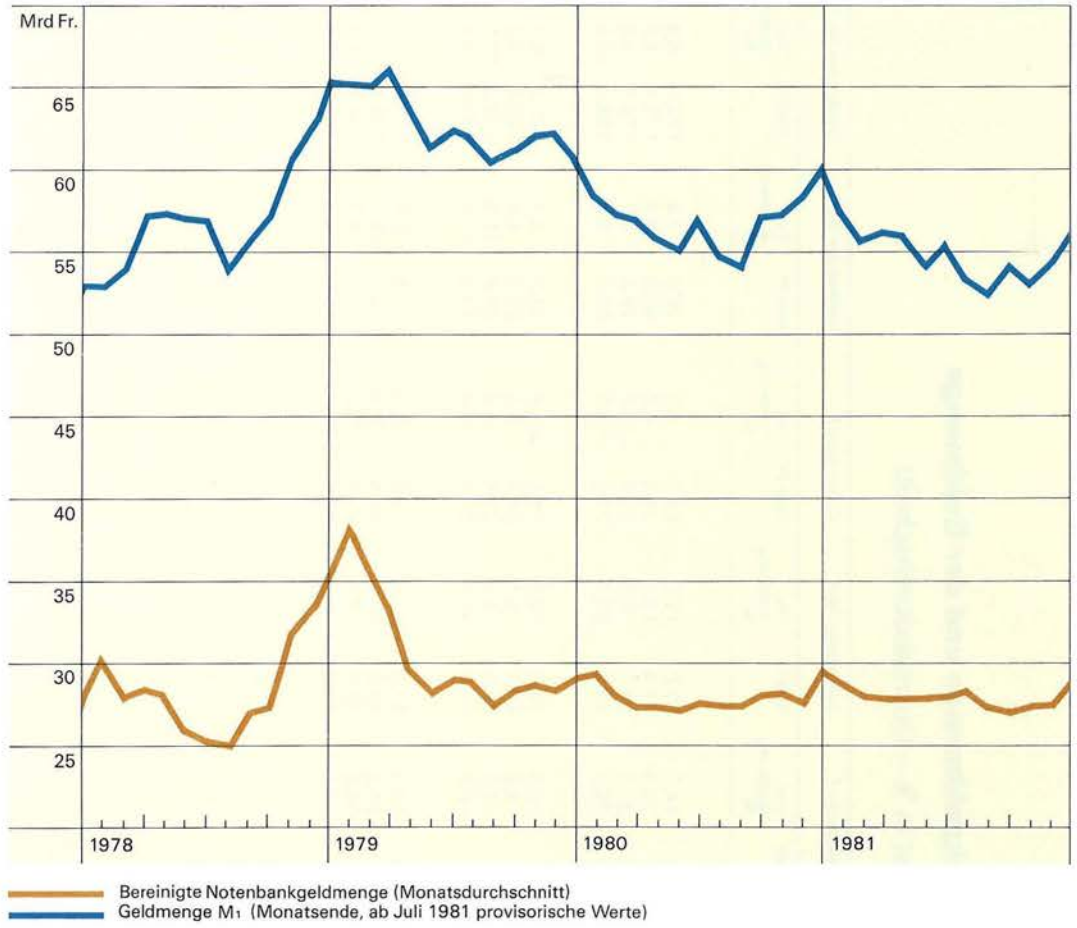
<sup>4</sup> Geldmenge M1 = Bargeldumlauf und Sichteinlagen bei Banken.

<sup>5</sup> Quasi-Geld = Inländische Termineinlagen und Sichteinlagen in fremder Währung des privaten Publikums bei Banken.

<sup>6</sup> Geldmenge M2 = Geldmenge M1 und Quasi-Geld.

<sup>7</sup> Geldmenge M3 = Geldmenge M2 und inländische Spargelder.

### Bereinigte Notenbankgeldmenge und Geldmenge M1





### 3. Der Geldmarkt

Die restriktive Geldpolitik der Nationalbank und die ausgeprägte, konjunkturbedingte Ausweitung der Kreditnachfrage führten in den ersten drei Quartalen des Jahres zu einem starken Anstieg der schweizerischen Geldmarktsätze. Die Eurofrankensätze notierten Werte, die seit der Hochzinsperiode von 1973/74 nicht mehr erreicht worden waren. Auch die Zinshausse in den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und anderen Industrieländern trug zum Anstieg der schweizerischen Geldmarktsätze bei. Die hohen ausländischen Zinssätze begünstigten über eine reale Abwertung des Schweizerfrankens den Konjunkturaufschwung in der Schweiz und verstärkten damit den Zinsauftrieb.

Rasche Zunahme der Zinssätze in den ersten drei Quartalen

Im vierten Quartal trat eine Wende ein. Die Zinssätze sanken leicht, lagen jedoch am Jahresende noch deutlich über dem Niveau vor Jahresfrist. Der Eurofrankensatz für Dreimonatsgeld lag im Dezember bei  $9\frac{3}{16}\%$ , nachdem er im September bis auf 12% gestiegen war. Die Vergütungen für Dreimonatsdepots bei Grossbanken wurden schneller als früher an die Entwicklung der entsprechenden Eurofrankenzinsen angepasst, so dass sich die Differenz zwischen diesen beiden Sätzen erneut verringerte.

Rückgang im vierten Quartal

Um der restriktiven Geldpolitik Nachdruck zu verleihen, erhöhte die Nationalbank den Diskont- und Lombardsatz im Verlaufe des Jahres mehrmals: per 3. Februar von 3% bzw. 4% auf  $3\frac{1}{2}\%$  bzw.  $4\frac{1}{2}\%$ ; per 20. Februar auf 4% bzw.  $5\frac{1}{2}\%$ ; per 11. Mai auf 5% bzw.  $6\frac{1}{2}\%$  und per 2. September auf 6% bzw.  $7\frac{1}{2}\%$ . Im Rahmen einer internationalen Zinssenkungsrunde wurde der Lombardsatz am 4. Dezember um  $\frac{1}{2}$  Prozent gesenkt. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Sätze im September beschloss das Direktorium, Swapkredite vorerst nicht mehr günstiger als Lombardkredite zu gewähren und das Angebot von liquiden Mitteln am Ultimo zu reduzieren.

Mehrmalige Anpassung der offiziellen Sätze ...

Der von den Banken angewandte Privatsatz stieg 1981 von 5% am Jahresanfang auf 8% am Jahresende. In Anlehnung an die Erhöhung der offiziellen und privaten Diskontsätze wurden auch die Spezialdiskontsätze für Lebens- und Futtermittel sowie für übrige Pflichtlager viermal erhöht (Jahresendstand: 6% bzw.  $6\frac{1}{4}\%$ ).

... und der Privatsatz

Obwohl die offiziellen Sätze mehrmals erhöht wurden, nahm die Beanspruchung des traditionellen Notenbankkredites vor allem an den Monatsenden in einem geldpolitisch unerwünschten Ausmass zu. Daher führte die Nationalbank im Mai versuchsweise ein Anmeldesystem für die von den Banken an den Monatsenden geplante Benutzung des traditionellen Notenbankkredites ein. Ab Juni wurden die Anmeldungen für verbindlich erklärt, d. h., die tatsächlich beanspruchten Kredite mussten dem angemeldeten Betrag entsprechen und durften

Einführung eines Anmeldesystems für Refinanzierungskredite

diesen weder über- noch unterschreiten. Dank des Anmeldesystems konnte die Nationalbank die Liquidität der Banken an den Monatsenden auf dem von ihr gewünschten Stand halten. Sie war damit in der Lage, rechtzeitig kompensierende Massnahmen zu ergreifen, um eine übermässige Ausweitung der Bankenliquidität zu unterbinden.

Giro Guthaben von  
6,5 Mrd Franken

Mit Ausnahme der Monate Januar und Dezember schwankten die Monatsdurchschnitte der Giro Guthaben von Banken, Handel und Industrie bei der Nationalbank um einen Betrag von 6,5 Mrd Franken. Damit lagen sie teilweise deutlich unter den entsprechenden Vorjahreswerten.

Monatliche Emissionen eidg. Geldmarktbuchforderungen

Im Laufe des Jahres emittierte der Bund im Tenderverfahren monatlich im Umfang von je rund 200 Mio Franken Geldmarktbuchforderungen mit einer Laufzeit von drei Monaten. Dazu kamen im Februar und Mai je in gleichem Umfang Geldmarktbuchforderungen mit einer Laufzeit von sechs Monaten. Die erzielten Renditen lagen üblicherweise zwischen 1 und 1 ½ Prozentpunkten unter den Eurofrankensätzen.

## Refinanzierungskredite der Nationalbank

Monate	Refinanzierungskredite in Mio Franken, Monatsdurchschnitte									
	Swapkredite		Diskont- und Lombardkredite		Mobilisierung von Sterilisierungs-Reskriptionen und Schuldverschreibungen der SNB		Total		davon ultimobedingte Refinanzierungskredite <sup>1</sup>	
	(1)		(2)		(3)		(1) + (2) + (3)			
	1980	1981	1980	1981	1980	1981	1980	1981	1980	1981
Januar	4 127	9 759	712	807	21	0	4 860	10 566	929	1 260
Februar	2 374	9 372	701	1 015	19	6	3 094	10 393	673	540
März	4 419	9 510	775	942	0	0	5 194	10 452	966	943
April	6 290	9 269	1 134	1 373	1	0	7 425	10 642	1 231	634
Mai	6 111	9 319	860	1 174	0	0	6 971	10 493	535	43
Juni	7 079	10 089	915	1 588	41	0	8 035	11 677	1 311	939
Juli	7 002	10 056	1 015	1 531	19	0	8 036	11 587	802	559
August	7 326	8 822	862	1 182	0	0	8 188	10 004	253	493
September	8 583	7 945	928	1 438	23	0	9 534	9 383	1 153	592
Oktober	7 845	7 687	992	1 472	27	0	8 864	9 159	793	442
November	8 493	7 201	875	1 635	0	0	9 368	8 836	407	250
Dezember	11 345	10 104	977	1 694	10	0	12 332	11 798	2 143	1 322

<sup>1</sup> Entspricht der Differenz zwischen Notenbankgeldmenge und bereinigter Notenbankgeldmenge.

Rückzahlung von  
Carter Bonds

Ende Juli wurde ein Teil der anfangs 1979 von den USA in der Schweiz platzierten «Carter Bonds» (mittelfristige Schweizerfrankenleihen des US-Schatzamtes) fällig. Um die mit der Rückzahlung verbundene Erhöhung der Bankenliquidität zu kompensieren, wurden Swapkredite in ähnlichem Umfang von der Nationalbank nicht mehr erneuert.

## 4. Devisenmarkt und Wechselkurse

Der Schweizerfranken wertete sich in der ersten Jahreshälfte 1981 gegenüber dem Dollar ab, während er gegenüber den europäischen Währungen und dem Yen weitgehend stabil blieb. Ein Umschwung setzte im Monat August ein. Bis zum Jahresende gewann der Schweizerfranken gegenüber allen Währungen an Wert. Von besonderer Bedeutung für die schweizerische Wirtschaft war dabei die Veränderung des D-Mark- und des Dollarkurses. In der Schweiz sank der D-Mark-Kurs von 86.63 im August auf 80.29 im Dezember; der Dollarkurs reduzierte sich im gleichen Zeitraum von 2.17 auf 1.81.

Abwertung des Schweizerfrankens gegenüber dem Dollar

Der mit den Exporten gewichtete Index des Schweizerfrankenkurses erhöhte sich im Jahre 1981 um 18%. Zwischen Januar und März ging er leicht zurück und stieg dann bis Dezember wieder an. Der reale Wechselkurs stieg im Verlauf des Jahres 1981 um 11,7% und lag damit wieder auf dem Niveau von 1979.

Anstieg des realen, handelsgewichteten Wechselkurses

Die Schweizerische Nationalbank intervenierte nur im Herbst 1981 in grösserem Umfang auf dem Devisenmarkt, um übertriebene Ausschläge des Frankenkurses insbesondere gegenüber der D-Mark zu verhindern. Die damit verbundene Aufblähung der Notenbankgeldmenge kompensierte sie zumindest teilweise dadurch, dass sie auslaufende Swaps nicht mehr erneuerte. Die Interventionskäufe auf dem Devisenmarkt erfolgten zeitweise in koordinierten Aktionen mit ausländischen Notenbanken.

Bescheidene Interventionstätigkeit der Nationalbank

### Nominaler und realer Frankenkurs



## 5. Der Kapitalmarkt

Zunahme der Renditen bis im September

Die Zinssätze am Obligationenmarkt nahmen – auf tieferem Niveau – einen ähnlichen Verlauf wie die Geldmarktsätze. Bis zum Ende des dritten Quartals stiegen sie deutlich an, gegen Jahresende gingen sie zurück. Die Durchschnittsrendite eidgenössischer Obligationen erhöhte sich von Anfang Januar bis Mitte September von rund 4½ % auf knapp 6¼ %. Ende Dezember lag sie jedoch wieder unter 5½ %. Wie schon in der Vergangenheit schwankten die Zinssätze am Kapitalmarkt weniger stark als die Geldmarktsätze.

Rasch fallende Sätze im vierten Quartal

Da die Anleger bis September mit weiter steigenden Zinssätzen rechneten, wurden Neuemissionen häufig nicht voll gezeichnet. Schuldner sahen sich wiederholt veranlasst, auf angekündigte Emissionen zu verzichten oder deren Konditionen kurzfristig zugunsten der Anleger zu verbessern. Mit der Zinswende am Ende des dritten Quartals änderte sich die Lage auf dem Primärmarkt, indem Neuemissionen überzeichnet wurden.

### Zinssätze am Jahresende

	Ende 1979 in Prozent	Ende 1980 in Prozent	Ende 1981 in Prozent
Offizieller Diskontsatz	2	3	6
Lombardsatz	3	4	7
Privatdiskontsatz	3½	5	8
Festgelder			
3– 5 Monate	4¾	5¾	8¾
6– 8 Monate	4¾	5¾	8½
9–11 Monate	4¾	5¾	8
12 Monate	4¾	5½	7¾
Eidgenössische Geldmarkt-Buchforderungen (3 Monate)	3,760 <sup>1</sup>	5,552 <sup>2</sup>	7,995 <sup>3</sup>
Spareinlagen bei Kantonalbanken	2,00	2,69	3,50
Kassenobligationen bei Grossbanken			
3 und 4 Jahre	3¾	4½	6½
5 und 6 Jahre	3½	4¾	6½
7 und 8 Jahre	3¾	5	6¾
Anleihen <sup>4</sup>			
Eidgenossenschaft	3¾	4¾ <sup>5</sup>	5¾ <sup>6</sup>
Kantone, Gemeinden	3¾	5–5½	6¼–6½
Banken	4¼	5	6¼–6¾
Kraftwerke	4½	5¼	6¾
Industrie	4	5¼	7¼
Durchschnittsrendite der Bundesanleihen	4,04	4,63	5,39

<sup>1</sup> Liberierung vom 22. 11. 1979.

<sup>2</sup> Liberierung vom 18. 12. 1980.

<sup>3</sup> Liberierung vom 17. 12. 1981.

<sup>4</sup> Zinssätze der im 4. Quartal zuletzt begebenen inländischen Anleihsmission.

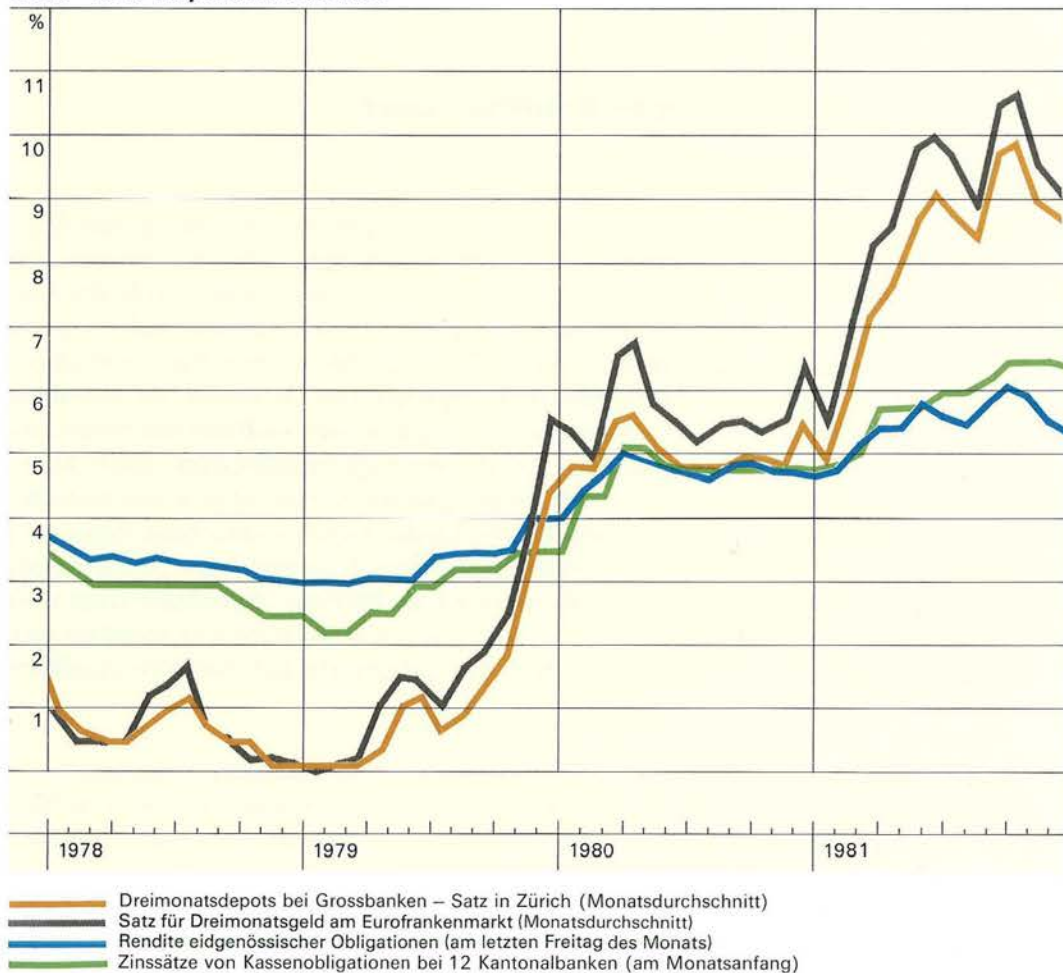
<sup>5</sup> Tenderanleihe (Rendite: 4,88%).

<sup>6</sup> Tenderanleihe (Rendite: 5,40%).

Trotz der zeitweisen Zurückhaltung der Anleger blieb der schweizerische Kapitalmarkt sehr leistungsfähig. Die Nettobeanspruchung des Marktes durch Obligationen- und Aktienemissionen erreichte im Jahre 1981 den Rekordwert von 14,2 Mrd Franken (1980: 12,2 Mrd Franken). Die Zusammensetzung der Neuemissionen nach Schuldnerkategorie änderte sich zugunsten der Ausländer. Die Neubeanspruchung des Marktes durch inländische Schuldner nahm von 7,6 Mrd Franken 1980 auf 7,0 Mrd Franken 1981 ab, während die von ausländischen Schuldnern begebenen Obligationenanleihen von 5,4 Mrd Franken 1980 auf 7,5 Mrd Franken 1981 stiegen.

Erhöhte Netto-  
beanspruchung des  
Kapitalmarktes

### Geld- und Kapitalmarktsätze



Fünf Tenderanleihen  
des Bundes

Der Bund gelangte im Jahre 1981 in den Monaten März, Mai, August, Oktober und Dezember an den Kapitalmarkt, wobei er sich wiederum des im Vorjahr eingeführten Tenderverfahrens bediente. Die Renditen dieser Anleihen bezifferten sich auf 5,61%, 5,87%, 5,69%, 6,10% und 5,40%.

Die Tätigkeit der  
Emissionskommission

Mit Ausnahme des ersten Quartals sah sich die Nationalbank nicht veranlasst, bei den zur Begebung angemeldeten Anleihen Kürzungen vorzunehmen. Der von der Emissionskommission bewilligte Betrag bezifferte sich 1981 insgesamt auf 10,2 Mrd Franken; davon entfielen 8,7 Mrd Franken auf Neugeld und 1,5 Mrd Franken auf Konversionen.

Geringe Präsenz der  
Nationalbank am  
Kapitalmarkt

Die Nationalbank intervenierte im Jahre 1981 nur in den ersten Monaten geringfügig auf dem Kapitalmarkt. Der allgemeine Anstieg der Zinssätze wurde im Hinblick auf das Ziel der Inflationsbekämpfung in Kauf genommen.

## 6. Bewilligungspflichtiger Kapitalexport

Rechtliche  
Grundlagen

Aufgrund von Artikel 8 des Bankengesetzes unterliegen die Begebung von Auslandsanleihen und mittelfristigen Schuldverschreibungen (Notes) sowie die Gewährung von Krediten an im Ausland domizilierte Schuldner durch Banken und Finanzgesellschaften in der Schweiz einer Bewilligungspflicht, sofern diese Geschäfte den Betrag von 10 Mio Franken (Notes: 3 Mio) erreichen oder übersteigen und ihre Laufzeit ein Jahr oder mehr beträgt. Der Grossteil der Anleihen und Notes wird bei Ausländern plaziert; die Kredite dienen vielfach der Finanzierung schweizerischer Güterexporte. Nicht bewilligungspflichtig sind kurzfristige Kapitalexporte der Banken und Finanzgesellschaften sowie alle Kapitalexporte schweizerischer Nichtbanken. Die Höhe der Kapitalexportbewilligungen widerspiegelt zum grossen Teil die Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz als Drehscheibe für längerfristige internationale Kapitalströme; Aussagen über den Nettokapitalexport der Schweiz lassen sich daraus ebensowenig ableiten wie Folgerungen über die Auswirkungen des Kapitalexports auf den Wechselkurs des Schweizerfrankens.

Entwicklung im  
Jahre 1981

Im Jahre 1981 übertraf der Gesamtbetrag der Kapitalexportbewilligungen mit 32,4 Mrd Franken den Vorjahreswert um 39%. Die Verteilung auf die verschiedenen Geschäftsarten änderte sich nicht wesentlich. Auf Anleihen entfielen 23,4%, auf Notes 36,6% und auf Kredite 40%. Auch bei der Aufteilung nach Schuldnern ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Verschiebungen. Die Industrieländer erhöhten ihre Quote leicht, während auf Entwicklungsorganisationen ein geringerer Anteil des Kapitalexports entfiel.



## Kapitalexportbewilligungen nach Ländergruppen 1978–1981

(in Prozent)

Ländergruppen	1978	1979	1980	1981
Industrieländer . . . . .	64,3	74,1	68,7	71,0
Entwicklungsländer . . . . .	14,9	10,7	14,7	14,3
Staatshandelsländer				
– Osteuropa . . . . .	3,0	5,3	3,1	4,1
– Übrige . . . . .	0,4	0,2	0,5	0,3
OPEC	3,0	2,6	1,9	1,4
Entwicklungsorganisationen <sup>1</sup> . . . . .	14,4	7,1	11,1	8,9
Total in Prozent . . . . .	100,0	100,0	100,0	100,0
Total in Mrd Franken . . . . .	21,9	26,9	23,3	32,4

<sup>1</sup> Weltbank, ADB, IDB, EIB, Montanunion, Euratom, Wiedereingliederungsfonds des Europarates.

Für die Entwicklung des bewilligungspflichtigen Kapitalexports sind vor allem die Zinsdifferenzen zwischen In- und Ausland sowie die Wechselkursserwartungen von Bedeutung. Im Jahre 1981 dürfte ferner das starke Wachstum der internationalen Kapitalmärkte auch auf die Schweiz übergegriffen haben, wobei die Expansion der Kapitalexportbewilligungen deutlich dahinter zurückblieb. Ausserdem spielte die Revision der Kapitalexportbestimmungen vom Herbst 1980 eine Rolle, deren Ziel es war, Frankentransaktionen in die Schweiz zurückzuführen, um dadurch Information und Kontrolle über die Verwendung des Schweizerfrankens für Kapitaltransaktionen zwischen Ausländern zu verbessern. In der Schweiz fielen diese Geschäfte dann unter die Bewilligungspflicht.

Ursachen der Zunahme des Kapitalexports

Vom zweiten Quartal 1981 an erstellte die Nationalbank quartalsweise ein Programm für die öffentlichen Emissionen von Anleihen ausländischer Schuldner. Die damit angestrebten Ziele – bessere Koordination der Emissionen und gleichmässigerer Beanspruchung des Marktes – konnten weitgehend erreicht werden. Das System hat jedoch Wettbewerbsverzerrungen mit sich gebracht, die auf die Dauer die Funktionsfähigkeit des Marktes hätten beeinträchtigen können. Vom 1. Januar 1982 an wurde deshalb auf das Aufstellen eines eigentlichen Emissionsprogramms verzichtet und nur noch der Beginn der Emissionen koordiniert. Die Beschränkung des Maximalbetrages auf 100 Mio Franken pro Anleiheemission wurde beibehalten.

Neue Regelung der öffentlichen Anleiheemissionen

Wie schon in den Jahren 1979 und 1980 wurde der Weltbank die Bewilligung erteilt, Schweizerfranken-Notes im Betrag von 400 Mio Franken direkt bei ausländischen Notenbanken zu plazieren.

Schweizerfranken-Notes für Notenbanken

## 7. Die Bankbilanzen

Abgeschwächtes Bilanzsummenwachstum in der zweiten Jahreshälfte

Die Konjunktorentwicklung in der Schweiz im Jahre 1981 schlug sich auch in der Entwicklung der Bankbilanzen nieder. Während im ersten Halbjahr die Bilanzsummen deutlich weiter wuchsen, zeichnete sich in der zweiten Jahreshälfte eine Tendenzwende ab: die hohen Zinssätze bremsten das Wachstum der Kredite.

Neue Vorschriften über die Verbuchung von Edelmetallen führen zu höheren Bilanzsummen

Der Zuwachs der Bilanzsumme der 71 monatlich erfassten Banken wird für das Jahr 1981 mit 14,8% ausgewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Banken mit Beschluss der Eidgenössischen Bankenkommission vom 30. April 1981 verpflichtet wurden, erstmals per 31. Dezember 1981 die in Kontoform gehaltenen Edelmetalle in die Bilanz aufzunehmen. Ohne die neu in der Bilanz enthaltenen Edelmetallpositionen beträgt das Bilanzsummenwachstum lediglich 9,3%. Die folgenden Ausführungen zeigen die Entwicklung unter Ausschluss der neu in die Bilanz aufgenommenen Edelmetallgeschäfte.

Verminderung der liquiden Mittel

Die restriktive Geldpolitik der Nationalbank kam vor allem in den liquiden Mitteln der Banken zum Ausdruck; die Position Kasse, Giro und Postcheck lag Ende Jahr um 3,8% tiefer als im Vorjahr. Der Abnahme bei den greifbaren Mitteln im Inland stand allerdings eine gewisse Zunahme bei den Clearing-Guthaben im Ausland gegenüber.

Verlangsamter Zuwachs der inländischen Kredite

Die inländischen Kredite (Debitoren, Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie Hypothekaranlagen) nahmen im Jahre 1981 um 10,8% (Vorjahr: 12,5%) zu. Die kommerziellen Kredite und auch die Baukredite und Hypotheken entwickelten sich deutlich schwächer als im Vorjahr. Eine verstärkte Nachfrage nach Krediten zeigten jedoch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Bei der Gewährung von Hypothekarkrediten übten die Banken mehr und mehr Zurückhaltung, was einerseits auf die weitere Abnahme bei den Spargeldern und andererseits auf die im Verhältnis zu den anderen Aktivsätzen tief gehaltenen Hypothekarzinsätze zurückzuführen war. Der Hypothekarzins wurde Anfang März – teilweise Anfang April – um einen halben Prozentpunkt auf meistens 5% angehoben. Eine weitere Erhöhung des Althypothekensatzes um einen halben Prozentpunkt wurde am 1. September in Kraft gesetzt.

Starker Wachstumsrückgang im Auslandgeschäft

Stark verlangsamt hat sich die Entwicklung im Auslandgeschäft, weil einerseits die internationale Konjunkturlage von rezessiven Tendenzen gekennzeichnet war und andererseits sich die Banken beim Eingehen von neuen Länderrisiken zurückhielten. Die Kredite an Kunden im Ausland stiegen 1981 lediglich um 2,6% (Vorjahr: 16,3%).

Umlagerung auf Festgelder und ...

Der unterschiedliche Anstieg der Zinssätze im Jahre 1981 schlug sich deutlich in der Entwicklung der Passivseite der Bankbilanzen nieder. Der relativ starke



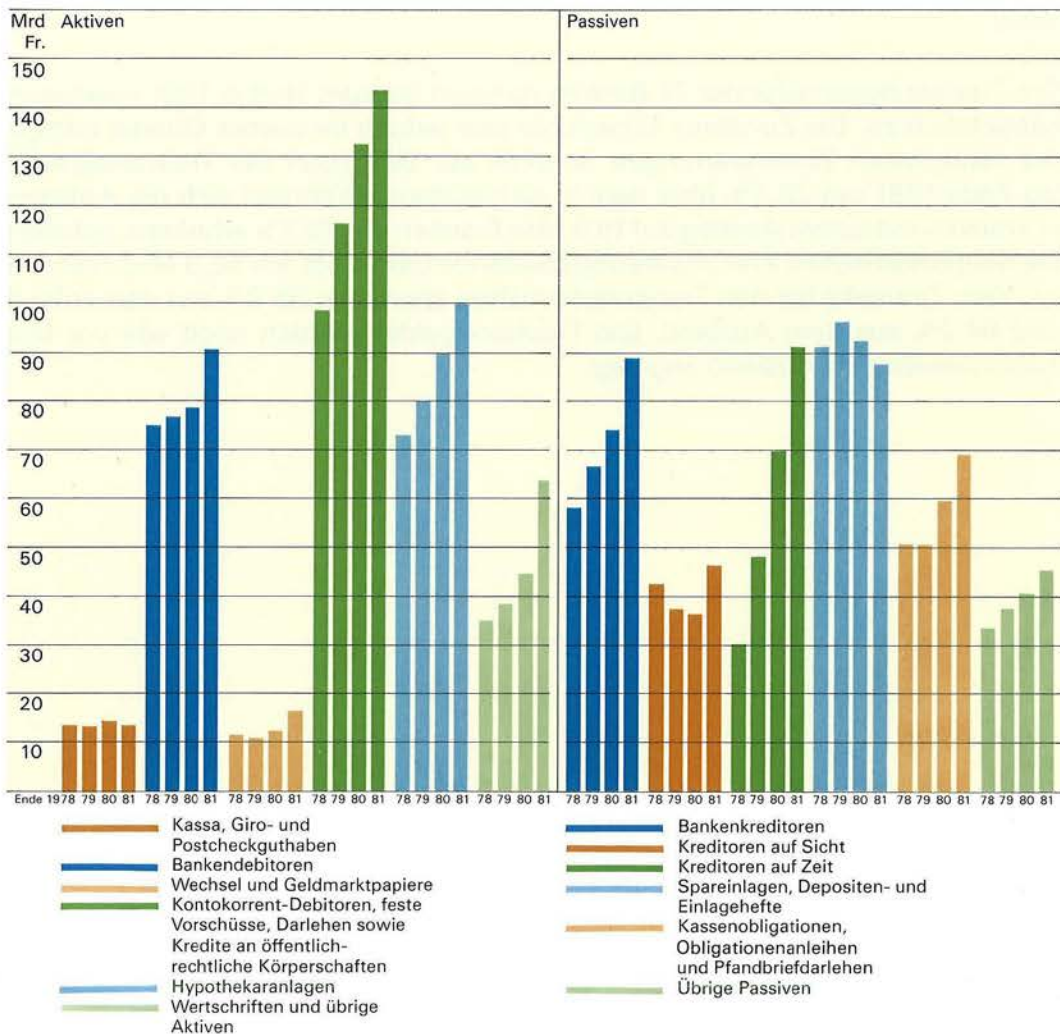
Anstieg der kurzfristigen Zinssätze liess vor allem den Zustrom zu den Kreditoren auf Zeit anschwellen. Die neuen Frankeneinlagen konzentrierten sich auf Festgelder (44,9%) und in geringerem Ausmass auf Kassenobligationen.

Der Bestand an Kassenobligationen erhöhte sich 1981 um 14,7% (Vorjahr: 16,7%). Mehr als die Hälfte des Mittelzuflusses im vergangenen Jahr erfolgte im vierten Quartal. Die Sätze für Kassenobligationen wurden – etwas weniger ausgeprägt als diejenigen für Festgelder – dem allgemeinen Zinstrend angepasst (von 4 ½% bis 5% auf über 6% für alle Laufzeiten). Um Verzerrungen auf dem Markt nicht Vorschub zu leisten, sah die Nationalbank seit Ende Juli von der Festlegung allgemein verbindlicher Höchstsätze für Kassenobligationen ab.

... Kassenobligationen

Verzicht der SNB auf Festlegung von Höchstsätzen für Kassenobligationen

### Bilanzen von 71 Banken



Dies ermöglichte den einzelnen Bankinstituten, die Kassenobligationensätze besser auf ihren Mittelbedarf abzustimmen. Die Unterschiede zwischen den Kassenobligationensätzen der einzelnen Banken nahmen daher von einem Viertel Prozentpunkt auf bis zu ein Prozent zu.

Rückgang der  
Spareinlagen

Die relativ niedrige Verzinsung der Spareinlagen bewirkte einen weiteren Mittelabfluss. Der Bestand an Spareinlagen verminderte sich um 5,7% gegenüber 1980 (Vorjahr: -3,9%). Die stärksten Abnahmen waren im zweiten und dritten Quartal zu verzeichnen. Die Zinssätze für Spareinlagen waren am 1. Januar 1981 mehrheitlich auf 3% festgesetzt worden. Anfang September erfolgte eine weitere Erhöhung um einen halben Prozentpunkt auf 3 ½%.

Insgesamt lagen Ende 1981 die Publikumsgelder aus dem Inland um 7,4% (6,8%) und diejenigen aus dem Ausland um 8,1% (25,4%) höher als ein Jahr zuvor.

Starke Ausweitung  
der Treuhand-  
geschäfte

Die Treuhandgeschäfte der 71 Banken nahmen bis zum Herbst 1981 wiederum beträchtlich zu. Die Zunahme schwächte sich jedoch im vierten Quartal infolge der veränderten Zinserwartungen deutlich ab. Das Total der Treuhandgelder lag Ende 1981 um 28,3% über dem Vorjahresstand. Während sich die Anlagen in Franken mit einem Anstieg auf 19,9 Mrd Franken um 79,3% erhöhten, nahmen die treuhänderischen Fremdwährungsbestände um 14,8% auf 48,3 Mrd Franken zu. Vom Zuwachs bei den Frankengeschäften stammten 35,8% aus dem Inland und 64,2% aus dem Ausland. Die Treuhandgelder wurden nach wie vor fast ausschliesslich im Ausland angelegt.

## D. Geld-, währungs- und konjunkturpolitische Massnahmen

---

### I. Nationalbankgesetz (SR 951.11)

#### 1. *Verordnung des Bundesrates über die Mindestreserven der Banken vom 11. Juli 1979 (Art. 16a–16f NBG)*

Die Verordnung definiert Begriffe und regelt die Meldepflicht der Banken im Hinblick auf die allfällige Einforderung von Mindestreserven durch die Nationalbank.

Stand am  
1. Januar 1981

Werden Mindestreserven eingefordert, so erlässt die Nationalbank eine entsprechende Verfügung.

Im Jahre 1981 wurden keine Mindestreserven auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten erhoben.

#### 2. *Verordnung des Bundesrates über die Emissionskontrolle vom 11. Juli 1979 (Art. 16g und 16h NBG)*

Die öffentliche Ausgabe inländischer Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine und Papiere ähnlicher Art ist genehmigungspflichtig. Nicht unter die Bewilligungspflicht fallen die Schuldverschreibungen der Nationalbank sowie die Reskriptionen des Bundes.

Stand am  
1. Januar 1981

Keine Änderung 1981.

Im ersten Quartal 1981 beschränkte die Nationalbank den Neugeldbetrag. Die für das zweite, dritte und vierte Quartal 1981 angemeldeten Emissionen gaben nicht Anlass, einen Plafond gemäss Art. 16g Abs. 2 NBG festzusetzen.

#### 3. *Verordnung des Bundesrates über Gelder aus dem Ausland vom 11. Juli 1979 (Art. 16i NBG)*

Die Nationalbank ist gemäss Art. 14 der Verordnung ermächtigt, Devisentermingeschäfte mit Verfallzeiten bis zu 24 Monaten abzuschliessen.

Stand am  
1. Januar 1981

Keine Änderung 1981.

#### *4. Währungsvertrag zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein vom 19. Juni 1980*

25. November 1981

Der nach einer Reform des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts zustandegewordene Währungsvertrag tritt am 25. November 1981 in Kraft. Das Abkommen erklärt die jeweils in der Schweiz geltenden Vorschriften betreffend die Geld-, Kredit- und Währungspolitik auch für das Fürstentum Liechtenstein als rechtswirksam und räumt der Nationalbank die Befugnis ein, diese Vorschriften gegenüber den liechtensteinischen Banken sowie anderen Personen und Gesellschaften im Fürstentum zu vollziehen.

## **II. Massnahmen im Bereich des Kapitalexports und des Devisenmarktes**

(Artikel 7 und 8 des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen, SR 952.0)

### *1. Bewilligungspflichtiger Kapitalexport*

Stand am  
1. Januar 1981

Es gilt das Merkblatt über die Kapitalexportbestimmungen vom 1. September 1980.

25. November 1981

Seit Inkrafttreten des Währungsvertrags Schweiz-Liechtenstein gilt das Fürstentum als Inland. Der Kreis der Institute, die der Bewilligungspflicht für den Kapitalexport unterstehen, erweitert sich um die drei liechtensteinischen Banken. Das Merkblatt der Schweizerischen Nationalbank wird angepasst.

### *2. Meldung der Händlerpositionen*

Stand am  
1. Januar 1981

Die Banken müssen monatlich die in ihrem Risiko liegenden Devisenguthaben und -verpflichtungen per Kasse und auf Termin der Nationalbank melden. Banken, die in grösserem Ausmass am internationalen Devisenhandel teilnehmen, haben die Positionen in einzelnen Währungen wöchentlich zu melden.

Keine Änderung 1981.

### 3. Meldungen über Devisentermingeschäfte

Die Banken und Finanzgesellschaften sind verpflichtet, der Nationalbank monatlich den Betrag der laufenden Devisentermingeschäfte zu melden.

Stand am  
1. Januar 1981

Keine Änderung 1981.

## III. Vereinbarungen

### 1. Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den auf dem Gebiete der langfristigen Exportfinanzierung tätigen Banken vom 15. Mai 1975

Die Nationalbank erteilt spezielle Rediskontzusagen für Exportwechsel mit einem Kreditbetrag von mindestens 10 Mio Franken und einer Laufzeit von mindestens drei Jahren.

Stand am  
1. Januar 1981

Die Vereinbarung läuft ab.

1. Juni 1981

### 2. Vereinbarung über die flexible Kurssicherung von Zahlungseingängen in der schweizerischen Exportwirtschaft vom 8. November 1978

Die Vereinbarung ermöglicht den Schweizer Exporteuren von Gütern und Dienstleistungen, auf bestimmte Fremdwährungen lautende Zahlungseingänge aus dem kommerziellen Verkehr gegen Schweizerfranken auch dann abzusichern, wenn über das tatsächliche Ausmass der zukünftigen Zahlungseingänge Unsicherheit besteht.

Stand am  
1. Januar 1981

Die Vereinbarung läuft ab.

30. November 1981

### 3. Gentlemen's Agreement zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizer Banken betreffend Währungsmaßnahmen vom 15. Juni 1976

Die in der Schweiz domizilierten Banken mit Filialen oder Tochtergesellschaften im Ausland verpflichten sich, diese anzuweisen, von Transaktionen mit offensichtlich spekulativem Charakter gegen den Schweizerfranken Abstand zu nehmen.

Stand am  
1. Januar 1981

Die Banken verzichten darauf, von der Schweiz aus für die ausländischen Filialen und Tochtergesellschaften in deren Namen und für deren Rechnung

Euro-Schweizerfrankendepots entgegenzunehmen oder Direktanlagen in Schweizerfranken zu tätigen.

15. Juni 1981

Die Vereinbarung läuft ab.

#### *4. Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht bei der Entgegennahme von Geldern und die Handhabung des Bankgeheimnisses vom 2. Juni 1977*

Stand am  
1. Januar 1981

Die Vereinbarung umschreibt die von den Banken bei der Entgegennahme von Geldern anzuwendende Sorgfalt (Feststellung der Identität des Berechtigten und Abklärung über die Herkunft der Gelder). Ferner verpflichtet sie die Banken, keine aktive Beihilfe zum illegalen Kapitaltransfer zu leisten sowie Täuschungsmanövern ihrer Kunden gegenüber Behörden des In- und Auslandes nicht aktiv Vorschub zu leisten.

Die bankengesetzlichen Revisionsstellen haben die Einhaltung der Vereinbarung stichprobenweise zu überprüfen und Verstösse bzw. den begründeten Verdacht von Verstössen einer für die Überwachung zuständigen Schiedskommission sowie der Eidgenössischen Bankenkommission zu melden.

Die Vereinbarung bleibt das ganze Jahr unverändert, ebenso die gemeinsamen Erläuterungen der Schweizerischen Nationalbank und der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 9. Dezember 1977.

## **IV. Mitwirkung der Nationalbank an internationalen Währungsmassnahmen**

### *1. Swap-Vereinbarungen*

Vereinigte Staaten

Die Swap-Vereinbarung der Nationalbank mit der Federal Reserve Bank of New York über einen Gesamtbetrag von 4 Mrd Dollar wurde im Jahre 1981 nicht beansprucht.

Japan

Die Swap-Vereinbarung der Nationalbank mit der Bank of Japan über höchstens 200 Mrd Yen wurde 1981 nicht benützt.

BIZ

Die Swap-Vereinbarung der Nationalbank mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) über 600 Mio Dollar wurde im Jahre 1981 nicht beansprucht.

## 2. Beteiligung an multinationalen Währungskrediten

Die Kreditzusage über 865 Mio Franken, die die Nationalbank dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen der Länder der «Zehnergruppe» gewährte, wurde 1981 nicht beansprucht.

Allgemeine Kreditvereinbarungen

Die ausstehenden Kredite der Nationalbank an die Ölfazilität des IWF gingen im Verlaufe des Jahres infolge Rückzahlungen von 127,5 Mio auf 74,7 Mio SZR zurück. Davon waren 37,2 Mio SZR durch den Bund garantiert.

Ölfazilität

Die Kreditzusage der Nationalbank an die «Witteveen»-Fazilität des IWF wurde 1981 mit weiteren 197,4 Mio SZR beansprucht. Ende Jahr waren somit 322,3 Mio SZR ausstehend.

«Witteveen»-Fazilität

Zur Finanzierung seiner wachsenden Kreditfähigkeit liess sich der IWF im Jahre 1981 von verschiedenen Notenbanken Kreditzusagen geben. Von der Kreditzusage der Nationalbank in Höhe von 150 Mio SZR waren Ende 1981 40,6 Mio SZR beansprucht.

Kreditvereinbarung mit dem IWF von 1981

## 3. Bilaterale Kredite

Der Kredit an Portugal belief sich Ende 1981 unverändert auf 30 Mio Dollar. Für den ganzen Betrag besteht eine Bundesgarantie.

Portugal

Die Währungskredite an die Türkei, die vom Bund garantiert werden, betragen unverändert 45,5 Mio Dollar.

Türkei

## 4. Rücknahmegarantie

Die Rücknahmegarantie, die die Nationalbank der BIZ für goldgedeckte Kredite an Portugal gewährt hatte, ist im Jahre 1981 ausgelaufen.

Portugal

# E. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank

## 1. Die Bankgeschäfte

### Gold

Funktion	Der Goldbestand bildet zusammen mit den Devisen und Sonderziehungsrechten die Währungsreserve der Schweizerischen Nationalbank. Das Nationalbankgesetz (NBG) bestimmt in Art. 19 Abs. 2, dass der Notenumlauf mindestens zu 40% durch Gold gedeckt sein muss. Berechnet aufgrund des offiziellen Goldpreises erreichte die tatsächliche Golddeckung im Berichtsjahr durchschnittlich 54,26% (Tabelle Seite 77).
Bewertung	Die Goldparität des Frankens wurde letztmals am 9. Mai 1971 neu festgesetzt (1 Franken = 0,21759... Gramm Feingold). Daraus errechnet sich der offizielle Goldpreis von Fr. 4 595,74 je Kilogramm. Der Goldbestand wird seit 10. Mai 1971 in der Bilanz zum genannten offiziellen Preis eingesetzt.
Bestand	Der Goldbestand hat im Jahre 1981 keine nennenswerten Veränderungen erfahren.

### Kassenverkehr

Gliederung	Der Kassenverkehr umfasst die Ein- und Ausgänge von eigenen Noten und Münzen. Der Kassenbestand hingegen enthält lediglich Münzen, da Bestände an eigenen Noten nicht zu den Aktiven der Nationalbank zählen.
Umsatz	Von 121,1 Mrd Franken im Jahre 1980 erhöhte sich der Umsatz im Kassenverkehr im Jahre 1981 auf 135,1 Mrd Franken; die Zunahme betrug 14 Mrd Franken oder 11,6%.

### Devisen

Funktion und Begriff	<p>Aufgrund von Art. 14 Ziff. 3 NBG ist die Bank befugt, Guthaben auf das Ausland mit einer Verfallzeit von höchstens zwölf Monaten zu kaufen und zu verkaufen.</p> <p>Im Gesamtbestand der Devisen von 25 494,8 Mio Franken (vgl. Tabelle Seite 41) sind die Franken-D-Mark-Termingeschäfte mit Schweizerbanken nicht enthalten.</p>
Bewertung	Die Dollarguthaben sind, mit Ausnahme der Geldmarktswaps, zu Fr. 1,815 inventarisiert (Bilanz 1980: Fr. 1,784). Dies entspricht dem mittleren Dollarkurs in Zürich im Monat Dezember. Die übrigen Fremdwährungen und die auf Sonderziehungsrechte lautenden Forderungen sind ebenfalls zu Dezember-Mittelkursen eingesetzt.



	1981 Mio Fr.	1980 Mio Fr.	Veränderung Mio Fr.	Gliederung und Veränderung des Bestandes
<b>1. Devisen ohne Geldmarktwaps</b>				
US-Dollars				
– amerikanische Staatspapiere und übrige Anlagen in den USA	10 738,6	10 402,2	+ 336,4	
– Anlagen bei ausländischen Wäh- rungsbehörden und am Euromarkt	1 421,1	1 292,4	+ 128,7	
Auf Sonderziehungsrechte lau- tende Forderungen	914,3	567,9	+ 346,4	
Übrige Währungen	695,9	792,0	– 96,1	
	<u>13 769,9</u>	<u>13 054,5</u>	+ 715,4	
<b>2. Geldmarktwaps</b>				
von inländischen Banken auf Swap- basis übernommene US-Dollars	<u>11 724,9</u>	<u>14 301,1</u>	–2 576,2	
<b>3. Gesamttotal laut Bilanz</b>	<u>25 494,8</u>	<u>27 355,6</u>	–1 860,8	

## Sonderziehungsrechte

Sonderziehungsrechte (SZR) sind ein vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geschaffenes Reservemedium. Sie werden definiert als gewichteter Korb der Währungen von fünf Mitgliedsländern des IWF (US-Dollar, Deutsche Mark, französischer Franken, japanischer Yen und Pfund Sterling).

Begriff

Obwohl die Schweiz nicht Mitglied des IWF ist, wurde die Nationalbank am 18. April 1980 – als sogenannter «other holder» – ermächtigt, Transaktionen in SZR durchzuführen. Bei den auf Sonderziehungsrechten lautenden Forderungen, die in der Bilanzposition Devisen ausgewiesen werden, ist das Sonderziehungsrecht lediglich Rechnungseinheit.

Die Nationalbank  
als «other holder»

Die SZR-Transaktionen der Nationalbank waren bisher bescheiden. Die SZR-Zuflüsse in Form von Zins- und Kreditrückzahlungen des IWF erreichten im Jahre 1981 7 Mio SZR, die SZR-Verkäufe 12 Mio SZR. Der Bestand am Jahresende betrug 0,2 Mio Franken. Die Sonderziehungsrechte sind zum Durchschnittskurs des Monats Dezember von 2,10 Franken bilanziert.

SZR-Transaktionen

## Devisenbezugsrechte

**Funktion** Im Bestreben, die Kurssicherung von Zahlungseingängen zugunsten der schweizerischen Exporteure von Gütern und Dienstleistungen flexibler zu gestalten, gab die Nationalbank durch Vermittlung der Schweizer Banken vom 1. Dezember 1978 bis zum 30. November 1981 Devisenbezugsrechte (DBR) aus (siehe Kapitel D). Die DBR-Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den Banken ist am 30. November 1981 ausgelaufen.

**Beträge** Im Jahre 1981 belief sich der Totalbetrag der ausgegebenen Devisenbezugsrechte auf 28,4 Mio (1980: 35,8 Mio) Franken. Im einzelnen waren folgende Bewegungen zu verzeichnen (in Mio der jeweiligen Währungseinheiten):

	US\$	DM	£	FF	Übrige <sup>1,2</sup>	Total in Fr. <sup>2</sup>
Bestand am 31. 12. 80	3,7	9,4	0,2	1,2	0,3	15,6
Im Berichtsjahr neu aus- gestellte DBR	9,5	10,1	0,2	2,6	1,5	28,4
Im Berichtsjahr ver- fallene DBR	10,3	15,0	0,4	2,7	1,3	34,3
davon: ausgeübt	(9,6)	(5,1)	(0,2)	(0,9)	(0,3)	(22,8)
nicht ausgeübt	(0,7)	(9,9)	(0,2)	(1,8)	(1,0)	(11,5)
Bestand am 31. 12. 81	2,9	4,5	–	1,1	0,5	9,7

<sup>1</sup> öSch, Lit, Skr.

<sup>2</sup> Umgerechnet zu Inventarkursen 1981.

Die Devisenbezugsrechte sind in den Eventualverpflichtungen enthalten.

## Inlandportefeuille

**Begriff und Funktion**

Aufgrund von Art. 14 Ziff. 1 NBG ist die Nationalbank befugt, bestimmte Wechsel, wechselähnliche Forderungen und Schuldverschreibungen auf die Schweiz sowie eidgenössische Schuldbuchforderungen mit einer Verfallzeit von höchstens sechs Monaten zu diskontieren. Die diskontierten Forderungen bilden das Inlandportefeuille der Nationalbank. Für die regelmässigen Einreicher sind Diskontlimiten festgesetzt. Besondere Bedingungen gelten für Pflichtlagerwechsel. Aufgrund der Vereinbarung über die Milderung von Liquiditätsschwierigkeiten in der Exportwirtschaft, die Ende Oktober 1980 auslief, bestanden auch für die Diskontierung bestimmter Exportkreditwechsel Sonderbedingungen. Der Diskontkredit bildet – zusammen mit dem Lombardkredit – eines der klassischen notenbankpolitischen Instrumente zur Steuerung der Liquidität im Bankensystem.

Im Jahre 1981 wurden 13 372 Wechsel im Gesamtbetrag von 28,2 Mrd Franken diskontiert; 1980 waren es 11 665 Wechsel im Betrag von 20,8 Mrd. Auf die Diskontierung von Exportkreditwechseln im Rahmen der Vereinbarung über die Milderung von Liquiditätsschwierigkeiten in der Exportwirtschaft entfielen 2,8 Mio (1980: 121 Mio) Franken. Schatzanweisungen des Bundes wurden im Berichtsjahr keine diskontiert. Hingegen erreichte der Gesamtbetrag der nur an Quartalsenden möglichen Diskontierung von Geldmarkt-Buchforderungen 791 Mio (1980: 562 Mio) Franken. Obligationen wurden für 84,6 Mio (105 Mio) Franken zum Diskont eingereicht.

Diskontverkehr

Die jahresdurchschnittliche Beanspruchung des Diskontkredits erreichte im Jahre 1981 1 284,4 Mio (950 Mio) Franken; auf Wechsel entfielen 1 250 Mio (906,1 Mio). Die Beanspruchung unterliegt starken saisonalen Schwankungen und konzentriert sich auf die geldwirtschaftlichen Spitzentermine.

	31. Dezember 1981 Mio Fr.	31. Dezember 1980 Mio Fr.
Exportwechsel . . . . .	—	13,8
Übrige kommerzielle Wechsel . . . . .	28,0	29,7
Pflichtlagerwechsel . . . . .	2 682,0	2 241,6
Total Schweizerwechsel . . . . .	2 710,0	2 285,1
Schatzanweisungen des Bundes . . . . .	—	—
Geldmarkt-Buchforderungen . . . . .	256,0	152,0
Diskontierte Obligationen . . . . .	40,9	48,4
Gesamttotal . . . . .	<u>3 006,9</u>	<u>2 485,5</u>

Gliederung des  
Inlandportefeuilles  
am Jahresende

## Lombardvorschüsse

Aufgrund von Art. 14 Ziff. 4 NBG ist die Nationalbank befugt, gegen Verpfändung von Schuldverschreibungen auf die Schweiz, eidgenössischen Schuldbuchforderungen und diskontierbaren Wechseln verzinsliche Darlehen zu gewähren. Der Lombardkredit ist ähnlich dem Diskontkredit ein Mittel zur Behebung kurzfristiger Liquiditätsengpässe und ist in diesem Sinne grundsätzlich nur für Banken vorgesehen.

Begriff und Funktion

Im Jahre 1981 erreichten die Lombardvorschüsse insgesamt 27,2 Mrd Franken gegenüber 12,3 Mrd im Jahre 1980. Die jahresdurchschnittliche Beanspruchung des Lombardkredits betrug 689,5 Mio (1980: 301,5 Mio) Franken. Am Jahresende waren Lombardvorschüsse in der Höhe von 2 513,9 Mio (919,8 Mio) Franken ausstehend.

Lombardverkehr

## Eigene Wertschriften

Begriff und Funktion

Nach Art. 14 Ziff. 2 NBG ist die Bank befugt zum An- und Verkauf von Schatzanweisungen und Schuldverschreibungen des Bundes, eidgenössischen Schuldbuchforderungen, Schuldverschreibungen der Kantone und der Kantonalbanken, Pfandbriefen der schweizerischen Pfandbriefzentralen sowie von leicht realisierbaren Schuldverschreibungen anderer schweizerischer Banken und von Gemeinden.

Deckungsfähige Wertschriften

Obligationen der erwähnten Kategorien werden, sofern ihre Restlaufzeit höchstens zwei Jahre beträgt, nach Art. 19 Abs. 1 NBG in die Notendeckung einbezogen.

Verkehr in eigenen Wertschriften

Auf dem Konto «Eigene Wertschriften» ergaben sich im Jahre 1981 Eingänge von 23,9 Mio und Ausgänge von 217,7 Mio Franken (inkl. Wertberichtigung). Dadurch verringerte sich der Buchwert der eigenen Wertschriften um 193,8 Mio auf 1 018,4 Mio Franken; im Jahresdurchschnitt betrug er 1 203,5 Mio (1980: 1 064,6 Mio) Franken.

Buchwert per 31. Dezember 1981

Titelgattung	Nominalbetrag Franken	Kurs %	Buchwert Franken
<i>Obligationen</i>			
<i>1. deckungsfähige</i>			
Eidgenossenschaft	44 798 000	80	35 838 400
<i>2. andere</i>			
Eidgenossenschaft	896 019 000	80	716 815 200
Kantone	125 388 000	70	87 771 600
Gemeinden	68 643 000	70	48 050 100
Banken	50 549 000	70	35 384 300
Pfandbriefzentralen	135 049 000	70	94 534 300
	<u>1 275 648 000</u>		<u>982 555 500</u>
<i>Aktien</i>			
Diverse			1
<i>Total</i>			<u>1 018 393 901</u>

## Korrespondenten im Inland

In zahlreichen Ortschaften ohne Sitz, Zweiganstalt oder Agentur der Nationalbank haben Banken das Mandat eines Korrespondenten übernommen. Ihnen ist die Aufgabe übertragen, für Rechnung der Nationalbank folgende Geschäfte kostenlos abzuwickeln:

Begriff und Funktion

- Einzug von Rimessen,
- Entgegennahme von Zahlungen zugunsten von Kunden der SNB,
- Zahlungen an Dritte,
- Einlösung der von der SNB auf sie gezogenen Checks.

Die Hauptaufgabe der Korrespondenten liegt in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs von Bund, PTT und SBB. Sie regeln insbesondere den Geldausgleichsverkehr mit PTT- und SBB-Stellen, d. h., sie nehmen von diesen überschüssiges Bargeld entgegen oder treten ihnen benötigtes Bargeld ab. Das Korrespondentennetz vermindert den Bargeldversand und erleichtert den Zahlungsverkehr. Die von den Korrespondenten für Rechnung der Nationalbank entgegengenommenen und nicht weitergeleiteten Zahlungsmittel werden der Nationalbank verzinst.

Die Zahl der Korrespondentenmandate erhöhte sich im Berichtsjahr von 571 auf 579. Die Zahl der Bankplätze (Domizilorte der Korrespondenten) stieg von 424 auf 430, jene der Nebenplätze (Ortschaften, in denen die Korrespondenten ebenfalls ein spesenfreies Inkasso der Rimessen besorgen) blieb mit 156 unverändert.

Anzahl Mandate,  
Bank- und  
Nebenplätze

Der Nationalbank wurden von den Korrespondenten im Berichtsjahr 22,5 Mrd Franken gutgeschrieben und 22,4 Mrd Franken belastet. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Gesamtumsatz auf den Korrespondentenkonten um 0,9 Mrd auf 44,9 Mrd Franken. Im Jahresdurchschnitt betragen die Guthaben der Nationalbank 143,7 Mio Franken; am Jahresende erreichten sie 399,6 Mio (1980: 289,6 Mio) Franken.

Geschäftsverkehr  
mit den  
Korrespondenten

## Inkassoverkehr

Das Inkasso von Checks und Wechseln, das zum überwiegenden Teil für Bundesstellen erfolgte, nahm folgenden Umfang an:

	1981 Anzahl in 1000	Betrag in Mio Fr.	1980 Anzahl in 1000	Betrag in Mio Fr.
Kommerzielle Checks und Wechsel	91,0	4597,9	124,7	4285,7
Reisechecks	807,7	78,5	858,9	75,1
Eurochecks	22,5	5,5	56,4	13,5
Total Checks und Wechsel	<u>921,2</u>	<u>4681,9</u>	<u>1040,0</u>	<u>4374,3</u>

### Postcheckverkehr

Funktion

Über das Postchecksystem wird vor allem der Massenzahlungsverkehr bewältigt. Am Ende einer oft langen Kette von bargeldlosen Übertragungen fliesst ein Teil der Gelder auf die Postcheckkonten der Banken. Durch die Überweisung an die Nationalbank werden sie zu Giro Guthaben der Banken bei der Nationalbank.

Die Notenbank verrechnet ihre für den laufenden Zahlungsverkehr nicht benötigten Postcheckguthaben täglich mit den bei ihr gehaltenen Giro Guthaben der PTT-Betriebe.

Postcheckverkehr

Über die Postcheckkonten der Nationalbank wickelte sich im Berichtsjahr für Rechnung von Dritten folgender Verkehr ab (Giroaufträge und Zahlungsanweisungen):

Jahr	Aufträge zulasten der Nationalbank		Aufträge zugunsten der Nationalbank		Total Umsatz Mio Franken
	Anzahl	Mio Franken	Anzahl	Mio Franken	
1980	3 030 576	33 364	41 115	77 494	110 858
1981	3 965 729	46 714	47 787	88 162	134 876
Veränderung	+30,9%	+40,0%	+16,2%	+13,8%	+21,7%

### Notenumlauf

Notenumlauf

Ende 1981 betrug der Notenumlauf 23,3 Mrd Franken. Er nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mrd Franken oder 3,2% ab. Im Maximum erreichte er 24,2 Mrd Franken (23. Dezember), im Minimum 20,9 Mrd Franken (18. November). Der jahresdurchschnittliche Notenumlauf belief sich auf 21,9 Mrd (1980: 21,8 Mrd) Franken. Das geringe Wachstum des Notenumlaufs dürfte wesentlich auf die allgemein stark gestiegenen Zinssätze im Jahre 1981 zurückzuführen sein.

Im Jahre 1981 wurden rund 69,7 Mio neue Noten im Nennwert von 5,8 Mrd Franken in Verkehr gesetzt. 61 Mio beschädigte oder zurückgerufene Banknoten im Nominalwert von 4,5 Mrd Franken wurden vernichtet.

Notenausgabe und  
-vernichtung

Von den auf den 1. Mai 1980 zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren Ende des Berichtsjahres noch ausstehend:

Zurückgerufene  
Noten

Noten zu 1000 Franken mit dem Totentanzmotiv . . . . .	Fr.	429 050 000
Noten zu 500 Franken mit dem Jungbrunnenmotiv . . .	Fr.	133 180 000
Noten zu 100 Franken mit dem St. Martin-Motiv . . . . .	Fr.	244 780 700
Noten zu 50 Franken mit dem Motiv der Apfelernte . .	Fr.	83 874 450
Noten zu 20 Franken mit dem Porträt von General Du- four . . . . .	Fr.	90 270 680
Noten zu 10 Franken mit dem Porträt von Gottfried Keller . . . . .	Fr.	76 715 460
Noten zu 5 Franken mit dem Bildnis von Wilhelm Tell . .	Fr.	8 980 595
Zusammen . . . . .	Fr.	<u>1 066 851 885</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die auf den 1. Mai 1980 zurückgerufenen Noten bis zum 30. April 2000 zum Nennwert umzutauschen.

Umtauschfrist der  
zurückgerufenen  
Noten

Die Deckung des Notenumlaufs gestaltete sich am 31. Dezember 1981 wie folgt:

Notendeckung

	Mio Fr.	Mio Fr.
Gold . . . . .		11 903,9
Übrige deckungsfähige Aktiven:		
Devisen . . . . .	25 494,8	
Sonderziehungsrechte . . . . .	0,2	
Inlandportefeuille . . . . .	3 006,9	
Lombardvorschüsse . . . . .	2 513,9	
Deckungsfähige Wertschriften . . . . .	<u>35,8</u>	<u>31 051,6</u>
Gesamte Notendeckung . . . . .		<u>42 955,5</u>

Die Deckung des Notenumlaufs, bezogen auf die gesamten deckungsfähigen Anlagen, betrug Ende des Jahres 184,07%. Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 56,87% (18. November), im Minimum 49,27% (23. Dezember).

Gliederung des Notenumlaufs

Am Jahresende gliederte sich der Notenumlauf nach Abschnitten wie folgt:

	Abschnitte zu Franken 1000 in Millionen Franken	500	100	50	20	10	5	Total
1980	10 163,3	4 688,8	6 983,4	1 060,9	773,5	427,4	9,0	24 106,3
1981	9 541,0	4 426,4	7 054,0	1 082,3	785,5	438,5	9,0	23 336,7
<i>Prozentuale Verteilung</i>								
1980	42,16	19,45	28,97	4,40	3,21	1,77	0,04	100
1981	40,88	18,97	30,22	4,64	3,37	1,88	0,04	100

Die Jahresdurchschnitte ergaben folgende Werte:

	Abschnitte zu Franken 1000 in Millionen Franken	500	100	50	20	10	5	Total
1980	8 911,7	4 314,7	6 410,1	991,9	733,7	408,6	9,0	21 779,7
1981	8 860,7	4 232,5	6 628,2	1 030,3	750,2	426,1	9,0	21 937,0
<i>Prozentuale Verteilung</i>								
1980	40,92	19,81	29,43	4,55	3,37	1,88	0,04	100
1981	40,38	19,30	30,22	4,70	3,42	1,94	0,04	100

## Münzen

Pflichten der Nationalbank

Die Ausübung der mit dem Münzregal verbundenen Rechte steht dem Bund zu. Die Münzen werden von der dem Bund unterstellten Eidgenössischen Münzstätte geprägt. Die Eidgenössische Staatskasse, die bisher für die Münzverteilung verantwortlich war, wurde am 1. April 1981 aufgehoben. Ihre Funktion übernahm die Nationalbank, die damit zur zentralen Stelle für den Münzwechsel und den Münzverkehr wurde. Die Prägeprogramme werden von der Nationalbank im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement festgesetzt. Der gesamte Münzbestand der Staatskasse in Höhe von Fr. 71 831 356.85 wurde per 1. April 1981 auf die Nationalbank übertragen und dem Bund gutgeschrieben.

Münzverteilung durch die Nationalbank

Ausserdem übernahm die Nationalbank im Jahre 1981 von der Eidgenössischen Münzstätte insgesamt 181,7 Mio Münzen im Nominalwert von 92,6 Mio Franken und führte sie ihren Sitzen, Zweiganstalten und Agenturen für den Zahlungsverkehr zu.

Neue Münzen

Ab 1. Juli 1981 wurde ein neues Fünfrappenstück aus Aluminiumbronze in Verkehr gesetzt. Am Jahresende war die gesamte Erst-Prägung von 75 Mio Stück verteilt. Der Bund hat die alten Fünfrappenstücke auf Ende 1984 zurückgerufen. Nebst den für den Zahlungsverkehr bestimmten Münzen gab die Nationalbank



1101 040 Gedenkmünzen «Stanser Verkommnis» und 20 000 Münzsätze 1980 aus.

Der Münzumsatz betrug am Jahresende 1,2 Mrd Franken.

Münzumsatz

## Girorechnungen

Die Erleichterung des Zahlungsverkehrs gehört zum gesetzlichen Aufgabenkreis der Nationalbank. Nationalbankgiro, Postcheck und Bankenclearing sind die drei hauptsächlichsten Transfersysteme, welche in der Schweiz den bargeldlosen Zahlungsverkehr sicherstellen. Die verschiedenen Einrichtungen sind miteinander verflochten und ergänzen sich gegenseitig. Die sich aus dem Bankenclearing ergebenden Buchungen werden über die Girokonten abgewickelt.

Begriff und Funktion

Bei den Girorechnungen handelt es sich um unverzinsliche, täglich fällige Verbindlichkeiten der Nationalbank. In der Bilanz werden die Girorechnungen in zwei Gruppen unterteilt: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie sowie Girorechnungen ausländischer Geschäfts- und Notenbanken oder Institutionen.

Ende 1981 wurden von der Nationalbank 1257 Girorechnungen geführt (1980: 1394). Davon waren 119 (105) Rechnungen ausländischer Adressen.

Anzahl  
Girorechnungen

Der Gesamtumsatz betrug 15 566,7 Mrd (1980: 10 603,2 Mrd) Franken. Davon entfiel der überwiegende Teil auf den Giroverkehr im Zusammenhang mit dem Bankenclearing.

Umsätze

Beim Bankenclearing handelt es sich um eine Giro-Organisation von in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein domizilierten Banken. Das Bankenclearing erfolgt über mehrere Clearingzentralen, von denen eine durch die Nationalbank geführt wird. Der Clearingzentrale der Nationalbank waren bisher auch die dem Verband schweizerischer Regionalbanken und Sparkassen angehörenden Institute angeschlossen. Sie nahmen 1981 eine eigene Clearingzentrale in Betrieb. Die Nationalbank ist seither nur noch Clearingzentrale für die Gruppe der «übrigen Banken», deren Zahl sich am Jahresende auf 87 belief. Die Nationalbank erleichtert den Zahlungsverkehr auch durch Mithilfe in der Rahmenorganisation des Bankenclearing. Sie besorgt die Abrechnung der Transaktionen über die Giro- und Bankenclearingkonti. Diese Transaktionen werden mehrheitlich über das Rechenzentrum der Banken (Telekurs AG) abgewickelt, wobei folgende Verarbeitungsarten eine besondere Rolle spielen: Manuelles Clearing (vorwiegend Interbank-Geschäfte), optische Beleglesung (Kunden-Zahlungsverkehr), Datenträgeraustausch (verschiedene Transaktions-

Dienstleistungen im  
Bankenclearing

arten), Lastschriftverfahren, Checkclearing, Bancomat sowie Überleitungen vom Banken- ins Postchecksystem und teilweise umgekehrt.

### Konten des Bundes

Aufgabe der SNB

Art. 15 Abs. 1 NBG bestimmt, dass die Bank Zahlungen für Rechnung des Bundes entgegennimmt sowie in dessen Auftrag und bis zur Höhe des Bundesguthabens Zahlungen an Dritte ausführt.

Verkehr

In den letzten zwei Jahren erreichten die Gutschriften und Belastungen folgende Werte:

Vom Verkehr entfallen auf:	Gutschriften 1981 Mio Fr.	1980 Mio Fr.	Belastungen 1981 Mio Fr.	1980 Mio Fr.
Eidg. Finanzverwaltung . . .	63 771	55 853	62 960	57 161
PTT-Betriebe . . . . .	81 765	83 380	81 765	83 380
Schweiz. Bundesbahnen . .	4 690	4 071	4 690	4 071
Übrige Verwaltungen . . . . .	1 729	1 293	1 429	1 791
Total . . . . .	151 955	144 597	150 844	146 403

Verzinsung des Bundesguthabens

Gemäss Art. 14 Ziff. 6 NBG kann die Nationalbank die Guthaben des Bundes verzinsen. Die Art und Weise der Anlagen der Bundesguthaben ist in einer Vereinbarung vom 30. Juni 1980 zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der Nationalbank geregelt. Die Nationalbank verzinst die Guthaben des Bundes, soweit sie als Festgelder angelegt sind. Dabei steht ihr die Möglichkeit zu, diese Gelder je nach Marktlage für Rechnung des Bundes im Markt zu plazieren.

Bestand des Bundeskontos

Ende 1981 betrug das Bundesguthaben 3813,9 Mio Franken. Davon waren 2650 Mio Franken bei der Nationalbank zinsbringend angelegt; diese plazierte 2300 Mio Franken bei Banken weiter. Der ausgewiesene Nettobestand des Bundeskontos betrug somit 1513,9 Mio Franken.

### Sterilisierungsreskriptionen

Begriff und Funktion

Die Sterilisierungsreskriptionen (S-Reskriptionen) sind durch die eigenen, verzinslichen Schuldverschreibungen der Nationalbank ersetzt worden. Am Anfang des Jahres wurden die letzten noch ausstehenden S-Reskriptionen zurückbezahlt. Es handelte sich dabei um Schuldverschreibungen des Bundes, welche die Nationalbank zur Liquiditätsabschöpfung bei Banken plazierte und für deren Verzinsung sie aufkam.

Die S-Reskriptionen konnten bei der Nationalbank zu Ausgabebedingungen über das Quartalsende in Pension gegeben und – falls ihre Restlaufzeit sechs Monate nicht überstieg – zum Diskont eingereicht werden. Die Pensionierung von S-Reskriptionen, auch Mobilisierung genannt, war Bestandteil der Ultimo-finanzierungshilfe der Nationalbank.

	Mio Franken	
Bestand am 31. Dezember 1980	23,0	Bestandesänderungen im Jahresablauf
Über das Jahresende 1980/81 mobilisierte Titel	+ 4,0	
	<hr/> 27,0	
Rückzahlung per 9. Februar 1981	– 7,0	
Rückzahlung per 17. Februar 1981	– 20,0	
	<hr/> –,–	
Bestand am 31. Dezember 1981	<hr/> –,–	

### **Eigene, verzinsliche Schuldverschreibungen**

Seit dem Inkrafttreten des revidierten Nationalbankgesetzes am 1. August 1979 können die Sterilisierungsreskriptionen des Bundes durch eigene, verzinsliche Schuldverschreibungen der Nationalbank ersetzt werden. Wie früher die S-Reskriptionen können diese Papiere zur Liquiditätsabschöpfung im Bankensystem plaziert werden. Die Laufzeit ist auf zwei Jahre beschränkt. Technisch handelt es sich um an Order zahlbare Papiere, die aber wie die S-Reskriptionen – nicht als handelbar betrachtet werden.

Die Schuldverschreibungen, die 1981 emittiert wurden, sind im Rahmen der internationalen monetären Zusammenarbeit an eine ausländische Währungsbehörde abgegeben worden.

	Mio Franken	
Bestand am 31. Dezember 1980	250,5	Veränderungen im Bestand
Über das Jahresende 1980/81 mobilisierte Titel	+ 100,0	
	<hr/> 350,5	
Rückzahlung per 27. Februar 1981	– 118,0	
Rückzahlung per 2. März 1981	– 232,5	
	<hr/> –,–	
Emission per 6. Juli 1981	100,0	
Emission per 8. Juli 1981	100,0	
Emission per 31. August 1981	300,0	
	<hr/> 500,0	
Bestand am 31. Dezember 1981	<hr/> 500,0	

## 2. Dienstleistungen

### a) Dienstleistungen für den Bund

Begebung von  
Bundesanleihen

Bei der Begebung von Eidgenössischen Anleihen wirkt die Schweizerische Nationalbank als Syndikatsleiterin mit.

Im Jahre 1981 wurden folgende Anleihen für Rechnung des Bundes emittiert:

5 ¾ % Eidgenössische Anleihe 1981–93 (März)	Fr. 270 000 000.—
5 ¾ % Eidgenössische Anleihe 1981–93 (Mai)	Fr. 240 000 000.—
5 ¾ % Eidgenössische Anleihe 1981–93 (August)	Fr. 260 000 000.—
6 ¼ % Eidgenössische Anleihe 1981–90 (Oktober)	Fr. 150 000 000.—
5 ¾ % Eidgenössische Anleihe 1982–91 (Dezember)	Fr. 255 000 000.—

Die Begebung dieser Anleihen erfolgte nach dem Tender-Verfahren.

Geldmarkt-  
Buchforderungen  
gegenüber dem Bund

Im Auftrag und für Rechnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gab die Nationalbank im Berichtsjahr wiederum Geldmarkt-Buchforderungen aus. Dies sind kurzfristige Forderungen, die in einem auktionsähnlichen Ausgabeverfahren zur öffentlichen Zeichnung ausgeschrieben und durch Liberierung der zugeteilten Beträge begründet werden. Die Nationalbank führt ein Geldmarkt-Register, in dem die Namen der Gläubiger festgehalten sind; über die Einträge werden Bescheinigungen ausgestellt, denen die Eigenschaft eines Beweismittels und nicht eines Wertpapiers zukommt.

1981 wurden folgende Emissionen durchgeführt:

Serie	Emission	Rückzahlung	Betrag (Mio Fr.)	Emissions- preis in %	Rendite in %
1.16	22. 1. 81	23. 4. 81	216,0	98,857	4,574
1.17	19. 2. 81	21. 5. 81	201,0	98,356	6,541
1.18	19. 3. 81	18. 6. 81	213,5	98,205	7,393
1.19	23. 4. 81	23. 7. 81	216,0	98,094	7,772
1.20	21. 5. 81	20. 8. 81	189,0	97,824	8,998
1.21	18. 6. 81	17. 9. 81	205,5	97,912	8,626
1.22	23. 7. 81	22. 10. 81	199,0	98,000	8,255
1.23	20. 8. 81	19. 11. 81	210,5	98,150	7,624
1.24	17. 9. 81	17. 12. 81	219,5	97,800	8,998
1.25	22. 10. 81	21. 1. 82	214,0	97,753	9,298
1.26	19. 11. 81	18. 2. 82	211,5	98,120	7,750
1.27	15. 12. 81	18. 3. 82	220,0	98,019	7,995
3.01	12. 2. 81	13. 8. 81	211,5	97,199	5,732
3.02	14. 5. 81	12. 11. 81	196,5	95,853	8,750

Am Jahresende waren Geldmarkt-Buchforderungen mit einer Laufzeit von 3 Monaten (Serie 1) im Gesamtbetrag von 645,5 Mio Franken ausstehend. Das relativ bescheidene Volumen an ausstehenden Geldmarkt-Buchforderungen erklärt sich einerseits aus dem begrenzten Finanzierungsbedarf des Bundes und andererseits aus dem starken Anstieg der kurzfristigen Zinssätze im Berichtsjahr, der eine längerfristige Verschuldung vergleichsweise attraktiv erscheinen liess.

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Tätigkeit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Eidgenössisches Schuldbuch

Am 31. Dezember 1980 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

1030 Einzelforderungen mit . . . . .	Fr. 1 239 051 000.—	
Zuwachs im Jahre 1981		
Zeichnungen von Schuldbuchforderungen . . . . .	Fr. 160 557 000.—	
Umwandlungen von Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen . .	Fr. 172 493 000.—	Fr. 333 050 000.—
		<u>Fr. 1 572 101 000.—</u>
Abgang im Jahre 1981		
Rückzahlungen . . . . .	Fr. 32 406 000.—	

Am 31. Dezember 1981 waren im Schuldbuch eingetragen

1262 Einzelforderungen mit . . . . .	Fr. 1 539 695 000.—
Im Berichtsjahre wurden 12 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von . . . . .	Fr. 4 943 000.—
An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in 1032 Gutschriften . . . . .	Fr. 39 722 360.20

Das eidgenössische Schuldbuch ist seit dem 1. November 1974 für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen geöffnet. Im Jahre 1981 wurde von dieser Möglichkeit vermehrt Gebrauch gemacht. Da die beiden Forderungsarten bei der Bilanzierung unterschiedlich bewertet werden, erlaubte die Umwandlung den Banken eine Senkung der Abschreibungskosten, die als Folge des Kursrückgangs entstanden.

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15 Abs. 1 NBG verpflichtet, die dem Bunde und dessen Betrieben gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich aufzubewahren und zu verwalten.

Verwaltung von Wertschriften

Inkassostelle für  
Titel und Coupons  
von Bundesanleihen

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons von Bundesanleihen eingelöst:

	Stück	Franken
Rückzahlbare Titel . . . . .	40 336	437 008 000.—
Coupons . . . . .	924 809	346 082 132.—
davon SEGA-Inkassozertifikate . . . . .	5 204	331 478 702.50

Ausland-  
Zahlungsverkehr

Im Auftrag des Bundes und seiner Regiebetriebe überwies die Nationalbank brieflich, per Bankcheck oder per Telex in 25 751 (1980: 25 528) Vergütungen den Gegenwert von 3 453 Mio (1980: 2 669 Mio) Franken an ausländische Empfänger. Nebst Akkreditiv- und Dokumentarinkassogeschäften befasste sie sich zudem mit dem Zahlungsverkehr für Auslandprojekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe sowie für schweizerische diplomatische und konsularische Vertretungen im Ausland.

Besondere  
Mittelbeschaffung  
für Bundesbetriebe

Aufgrund von Barakkreditiven, eröffnet bei ihren Sitzen und Zweiganstalten sowie bei Korrespondenten, versorgte die Schweizerische Nationalbank verschiedene Bundesbetriebe mit den notwendigen Barmitteln. Gemäss einer Sonderregelung amte sie ferner als Remboursstelle für Vergütungen, die bestimmte Banken für den Nationalstrassenbau sowie im Auftrag von kantonalen Getreidezentralen für Rechnung der Eidgenössischen Getreideverwaltung in Bern ausführten.

Checkinkasso  
im Ausland

Die Nationalbank besorgte für den Bund und seine Regiebetriebe auch das Inkasso von Checks auf das Ausland. Dabei handelte es sich zum grössten Teil um von den SBB eingereichte Reise- und Eurochecks. So wurden von der Nationalbank 830 222 Abschnitte im Gegenwert von 84 Mio (1980: 88,6 Mio) Franken verarbeitet.

## **b) Übrige Dienstleistungen**

Depotstellen  
der SEGA

Die Schweizerische Nationalbank stellt ihre Dienste der SEGA Schweizerische Effekten-Giro AG zur Verfügung, indem sie in Bern, Genf und Lausanne Depotstellen der SEGA unterhält. Die SEGA-Depotstellen nehmen von Mitgliedern Titel entgegen und liefern Titel aus.

Bei den Depotstellen waren aufbewahrt:

	Aktien Anzahl	Obligationen nom. Fr.
Bestand am 31. Dezember 1980 . . . . .	13 475 000	624 042 600.—
Einlieferungen im Jahre 1981 . . . . .	5 984 591	1 062 387 100.—
	<u>19 459 591</u>	<u>1 686 429 700.—</u>
Auslieferungen im Jahre 1981 . . . . .	8 564 527	927 584 100.—
Bestand am 31. Dezember 1981 . . . . .	<u>10 895 064</u>	<u>758 845 600.—</u>

Die Dienstleistungen der Nationalbank im Bankenclearing sind auf Seite 49/50 erläutert.

Bankenclearing

### 3. Verwaltung und Geschäftsergebnis

#### Bankgebäude

Der Buchwert der Liegenschaften der Bank betrug am 31. Dezember 1981 Fr. 1 400 000.—. Die Reduktion um Fr. 100 000.— gegenüber dem Vorjahr erklärt sich aus dem Verkauf des Bankgebäudes Winterthur. Der Feuerversicherungswert belief sich insgesamt auf Fr. 253 841 700.—.

Buchwert

Im Jahre 1981 wurden zwei Bauten fertiggestellt. Der Sitz Bern bezog nach längerer Neu- und Umbauzeit ein zusätzliches Gebäude an der Amthausgasse bzw. Marktgasse. In dieser Überbauung befinden sich die Hauptkasse sowie verschiedene Konferenz- und Personalräumlichkeiten; weitere Räume sind vermietet. In Aarau bezog die Bank einen Neubau am Schlossplatz.

Bautätigkeit

Die Erneuerung der Fassaden am Gebäude des Sitzes Zürich sowie bei den Zweiganstalten Genf und Luzern wurde im Jahre 1981 abgeschlossen. Bei den Zweiganstalten Genf, Lausanne und Luzern und dem Sitz Zürich waren verschiedene Umbau- und Renovationsarbeiten im Gebäudeinnern im Gang.

Ziel dieser Bauvorhaben ist die Verbesserung der betrieblichen Sicherheit sowie die Schaffung zeitgemässer Arbeitsplätze. Die Renovationsarbeiten dienen auch der Substanzerhaltung.

## Agenturen

Die eigene Agentur Winterthur ist in eine fremde Agentur umgewandelt und im Neubau der Kantonalbank Winterthur untergebracht worden. Diese Lösung wurde getroffen, weil die eigene Agentur den erhöhten Sicherheitsanforderungen nicht mehr genügte und die Erstellung eines Neubaus unter Abwägung betrieblicher Vorteile und baulicher Probleme nicht zweckmässig schien.

## Beteiligung an Orell Füssli Graphische Betriebe AG

Die Nationalbank hat im Laufe des Jahres eine substantielle Beteiligung an Orell Füssli Graphische Betriebe AG, der Herstellerin der schweizerischen Banknoten, erworben. Die Beteiligung erfolgte im Interesse der Sicherstellung der Geldversorgung des Landes auch in kritischen Zeiten. Sie wird die Bereitstellung der erforderlichen Druckkapazität und die Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Banknoten erleichtern.

## Eigene Gelder

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000.–, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500.–, wovon 50% (Fr. 250.–) einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1426 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Verteilung des Aktienbesitzes

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1981 wie folgt verteilt:

4 147 Privataktionäre mit je .....	1– 10 Aktien
480 Privataktionäre mit je .....	11–100 Aktien
25 Privataktionäre mit je .....	101–200 Aktien
15 Privataktionäre mit je .....	über 200 Aktien
<u>4 667</u> Privataktionäre mit zusammen .....	<u>41 352</u> Aktien
26 Kantone und Halbkantone mit zusammen .....	38 744 Aktien
29 Kantonalbanken mit zusammen .....	16 968 Aktien
56 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen .....	2 936 Aktien
<u>4 778</u> Aktionäre mit zusammen .....	<u>100 000</u> Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind somit 58,65% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,35% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Im Jahre 1981 wurde der Reservefonds um eine Million Franken erhöht.



## Rückstellungen

Dank der günstigen Ertragslage nahmen die Rückstellungen insgesamt um 2444,2 Mio Franken zu. Erhöht wurde vor allem die Rückstellung für Währungsrisiken.

Rückstellungen für:	Bestand 31.12.81 Mio Fr.	Veränderung	Bestand 31.12.80 Mio Fr.
Bankgebäude . . . . .	50,0		50,0
Banknotenherstellung . . . . .	50,0	+ 30,0	20,0
Offenmarktoperationen . . . . .	50,0	+ 20,0	30,0
Nicht versicherte Schadenfälle . . . . .	100,0	+ 20,0	80,0
Dividendenausgleich und Kantonsanteile . . . . .	90,0		90,0
Währungsrisiken . . . . .	4 531,3	+2 374,2	2 157,1
<b>Total</b>	<b>4 871,3</b>	<b>+2 444,2</b>	<b>2 427,1</b>

# Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen per 31. Dezember

Aufwand	1981	1980
<b>Betriebsaufwand</b>		
Bankbehörden .....	Fr. 594 341.85	Fr. 581 472.70
Personal .....	Fr. 40 814 961.24	Fr. 34 401 397.43
Raumaufwand .....	Fr. 6 083 059.41	Fr. 14 354 028.70
Betriebsausstattungs-aufwand .....	Fr. 1 829 469.50	Fr. 6 351 432.—
Geschäfts- und Büroaufwand .....	Fr. 1 720 537.95	Fr. 1 782 168.85
Information und Kommunikation .....	Fr. 1 354 721.78	Fr. 1 182 688.73
Druckaufwand, Publikationen .....	Fr. 1 617 361.45	Fr. 713 791.60
Aufwand aus Notenumlauf .....	Fr. 14 189 506.30	Fr. 15 262 829.85
Übriger Sachaufwand .....	Fr. 3 400 877.94	Fr. 6 101 983.45
<b>Wertaufwand</b>		
Passivzinsen Deponenten .....	Fr. 2 482 469.95	Fr. 1 739 708.95
Passivzinsen Bund .....	Fr. 18 178 776.—	Fr. 5 039 631.68
Passivzinsen Bundesschatzanweisungen .....	Fr. 33 305.50	Fr. 2 644 341.—
Passivzinsen eigene Schuldverschreibungen ..	Fr. 19 771 660.45	Fr. 32 127 510.35
Andere Sterilisierungskosten .....	Fr. 20 505 867.53	Fr. 41 285 597.21
Abschreibungen auf eigenen Wertschriften ...	Fr. 183 038 208.75	Fr. 54 166 021.—
Abschreibungen auf Bankgebäuden .....	Fr. 14 313 002.—	Fr. 24 950 000.—
<b>Tilgung des aktivierten Devisenverlustes vom</b>		
31. 12. 1978 .....	Fr. —.—	Fr. 1 110 942 692.48
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen .....	Fr. 4 000 000.—	Fr. 10 000 000.—
<b>Rückstellung für</b>		
– Bankgebäude .....	Fr. —.—	Fr. 50 000 000.—
– Banknotenherstellung .....	Fr. 30 000 000.—	Fr. 20 000 000.—
– Offenmarktoperationen .....	Fr. 20 000 000.—	Fr. 30 000 000.—
– nicht versicherte Schadenfälle .....	Fr. 20 000 000.—	Fr. 20 000 000.—
– Dividendenausgleich und Kantonsanteile ..	Fr. —.—	Fr. 13 031 652.80
– Währungsrisiken .....	Fr. 2 374 141 634.07	Fr. 2 157 117 199.01
<b>Reingewinn .....</b>	<b>Fr. 7 592 823.20</b>	<b>Fr. 7 515 826.40</b>
	<b>Fr. 2 785 662 584.87</b>	<b>Fr. 3 661 291 974.19</b>

<b>Ertrag</b>	1981	1980
<b>Betriebsertrag</b>		
Kommissionen . . . . .	Fr. 2 832 293.91	Fr. 2 912 603.46
Ertrag aus Bankgebäuden . . . . .	Fr. 2 464 972.30	Fr. 2 161 412.85
Diverse Einnahmen . . . . .	Fr. 1 636 083.64	Fr. 702 242.90
<b>Wertertrag</b>		
Ertrag aus Devisen und Gold . . . . .	Fr. 2 552 937 357.64	Fr. 2 313 747 229.91
Bewertungskorrektur auf Devisen . . . . .	Fr. 90 019 351.28	Fr. 1 264 578 849.57
Diskontoertrag . . . . .	Fr. 43 843 896.85	Fr. 19 460 590.65
Lombardertrag . . . . .	Fr. 25 095 544.55	Fr. 8 513 482.—
Ertrag der eigenen Wertschriften . . . . .	Fr. 64 840 360.30	Fr. 47 880 197.10
Ertrag der Inlandkorrespondenten . . . . .	Fr. 1 992 724.40	Fr. 1 335 365.75
	<u>Fr. 2 785 662 584.87</u>	<u>Fr. 3 661 291 974.19</u>

# Jahresschlussbilanz

<b>Aktiven</b>		1981	1980
Kassa			
Gold . . . . .	Fr. 11 903 907 424.45		
Münzen . . . . .	Fr. 167 874 573.57	Fr. 12 071 781 998.02	Fr. 11 968 548 082.34
Devisen . . . . .		Fr. 25 494 803 157.24	Fr. 27 355 647 132.98
Sonderziehungsrechte . . . . .		Fr. 247 961.70	Fr. 11 425 781.25
Inlandportefeuille:			
Schweizerwechsel . .	Fr. 2 709 992 753.62		
Diskontierte			
Obligationen . . . .	Fr. 40 943 885.—	Fr. 2 750 936 638.62	Fr. 2 333 526 653.66
Diskontierte			
Geldmarkt-Buch-			
forderungen . . . . .	Fr. 256 000 000.—		
Schatzanweisungen			
des Bundes . . . . .	Fr. —.—	Fr. 256 000 000.—	Fr. 152 000 000.—
Lombardvorschüsse . . . . .		Fr. 2 513 877 241.90	Fr. 919 789 484.48
Eigene Wertschriften:			
deckungsfähige . . . .	Fr. 35 838 400.—		
andere . . . . .	Fr. 982 555 501.—	Fr. 1 018 393 901.—	Fr. 1 212 168 601.—
Korrespondenten im Inland . . . . .		Fr. 399 645 861.75	Fr. 289 607 562.29
Inkassowechsel . . . . .		Fr. 455 022.07	Fr. 2 836 011.55
Postcheckguthaben . . . . .		Fr. 6 179 132.06	Fr. 5 446 891.48
Coupons . . . . .		Fr. 7 034.60	Fr. 2 462.85
Bankgebäude . . . . .		Fr. 1 400 000.—	Fr. 1 500 000.—
Mobiliar . . . . .		Fr. 1.—	Fr. 1.—
Sonstige Aktiven . . . . .		Fr. 45 789 475.10	Fr. 41 216 803.97
Nicht einbezahltes Grundkapital . . . . .		Fr. 25 000 000.—	Fr. 25 000 000.—
		Fr. 44 584 517 425.06	Fr. 44 318 715 468.85

<b>Passiven</b>	1981	1980
Notenumlauf .....	Fr. 23 336 706 035.—	Fr. 24 106 267 245.—
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie .....	Fr. 12 466 660 454.50	Fr. 13 660 950 386.64
Girorechnungen ausländischer Banken .....	Fr. 907 990 361.11	Fr. 2 253 983 756.13
Bund .....	Fr. 1 513 918 766.46	Fr. 402 830 031.83
Deponenten .....	Fr. 48 130 969.92	Fr. 47 819 905.81
Ausstehende Checks .....	Fr. 21 258 976.57	Fr. 10 509 131.65
Verbindlichkeiten auf Zeit:		
Sterilisierungsreskriptionen .....	Fr. —.—	Fr. 23 000 000.—
Eigene Schuldverschreibungen .....	Fr. 500 000 000.—	Fr. 250 500 000.—
Sonstige Passiven .....	Fr. 815 000 205.22	Fr. 1 033 221 986.38
Grundkapital .....	Fr. 50 000 000.—	Fr. 50 000 000.—
Reservefonds .....	Fr. 46 000 000.—	Fr. 45 000 000.—
Rückstellung für		
– Bankgebäude .....	Fr. 50 000 000.—	Fr. 50 000 000.—
– Banknotenherstellung .....	Fr. 50 000 000.—	Fr. 20 000 000.—
– Offenmarktoperationen .....	Fr. 50 000 000.—	Fr. 30 000 000.—
– nicht versicherte Schadenfälle .....	Fr. 100 000 000.—	Fr. 80 000 000.—
– Dividendenausgleich und Kantonsanteile ..	Fr. 90 000 000.—	Fr. 90 000 000.—
– Währungsrisiken .....	Fr. 4 531 258 833.08	Fr. 2 157 117 199.01
Reingewinn .....	Fr. 7 592 823.20	Fr. 7 515 826.40
	<u>Fr. 44 584 517 425.06</u>	<u>Fr. 44 318 715 468.85</u>
Eventualverpflichtungen .....	Fr. 105 099 582.82	Fr. 106 743 602.11
(Nachschusspflicht auf Namenaktien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Akkreditive und Devisenbezugsrechte)		

## **Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Erfolgsrechnung der Nationalbank schloss im Jahre 1981 mit einem Ertragsüberschuss von 2 455,7 Mio Franken ab. Der Ertrag, der im wesentlichen auf den Dollaranlagen erzielt wurde, ist vor allem auf die hohen amerikanischen Geldmarktsätze und den leichten Dollarkursanstieg zurückzuführen. Das gute Geschäftsergebnis ist insofern ungewöhnlich, als hohe Zinssätze normalerweise Inflationserwartungen widerspiegeln und daher in der Regel mit einer Abschwächung der betreffenden Währung verbunden sind, so dass die Zinserträge durch einen Kursverlust auf dem Devisenbestand geschmälert werden. Mittelfristig kompensieren sich überdurchschnittliche Gewinne und Verluste erfahrungsgemäss. Der erzielte Ertragsüberschuss wurde deshalb in erster Linie zur Erhöhung der Rückstellungen, insbesondere derjenigen für Währungsrisiken (2 374,1 Mio Franken), verwendet. Der verbleibende Reingewinn beträgt 7,6 Mio Franken.

Der Ertrag aus Devisenanlagen und Devisenhandel betrug 2 552,9 Mio Franken. Der Dollar wurde in der Jahresrechnung zum Dezember-Mittelkurs von 1,815 Franken eingesetzt (1980: 1,784). Insgesamt ergab sich durch Bewertungskorrekturen, welche auch auf den anderen Fremdwährungs- und den SZR-Beständen vorgenommen wurden, ein Nettogewinn von 90 Mio Franken.

Die Diskont- und Lombarderträge haben sich mehr als verdoppelt und erreichten 68,9 Mio Franken. Die Ursachen hierfür waren die starke Zunahme der Beanspruchung traditioneller Notenbankkredite sowie die Erhöhung der offiziellen Sätze. Der Ertrag der eigenen Wertschriften, deren Bestand sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig veränderte, betrug 64,8 Mio Franken.

Der Personalaufwand erhöhte sich auf 40,8 Mio Franken, was vor allem auf Mutationen im Personalbestand und die Entrichtung des Teuerungsausgleichs auf den Gehältern und den Leistungen an die Vorsorgeeinrichtungen zurückzuführen ist.

Der Raumaufwand von 6,1 Mio Franken galt baulichen Sicherheitsmassnahmen und Renovationen bei den Sitzen und Zweiganstalten. Die Abschreibungen auf Bankgebäuden fielen mit 14,3 Mio Franken tiefer aus als im Vorjahr, weil der Erlös aus Liegenschaftenverkäufen dem Bankgebäudekonto gutgeschrieben wurde. Der Betriebsausstattungsbedarf war im Berichtsjahr mit 1,8 Mio Franken wesentlich kleiner als im Vorjahr. Der grösste Teil davon entfällt auf Unterhalt und Reparaturen.

Der Aufwand aus Notenumlauf, der die Kosten für Papier, Druck, Transport und Versicherung einschliesst, betrug 14,2 Mio Franken und verringerte sich damit leicht gegenüber dem Vorjahr.

Die Festgeldanlagen des Bundes bei der Nationalbank werden gemäss Vereinbarung mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement verzinst. Die Zinskosten erreichten 18,2 Mio Franken. Die starke Zunahme erklärt sich durch den Zinsanstieg und durch vermehrte kurzfristige Anlagen, die der Bund vor allem über das Monatsende bei der Nationalbank tätigte.

Die weitere Reduktion des Zinsaufwands für Bundesschatzanweisungen ist auf die endgültige Rückzahlung der S-Reskriptionen zurückzuführen. Die an ihre Stelle getretenen eigenen, verzinslichen Schuldverschreibungen wurden in relativ geringen Beträgen ausgegeben, so dass der Zinsaufwand mit 19,8 Mio Franken geringer war als im Vorjahr.

Sterilisierungskosten in Höhe von 20,5 Mio Franken ergaben sich dadurch, dass das amerikanische Schatzamt die aus der Emission von Franken-Notes erworbenen Mittel auf Swap-Basis bei der Nationalbank deponierte.

Der Erlös aus Verkäufen und Rückzahlungen von eigenen Wertschriften (2 Mio Franken) wurde mit dem Aufwand (15 Mio Franken) für die Abschreibung der im Berichtsjahr erworbenen Wertschriften sowie der aus der Kapitalbeteiligung an der Orell Füssli Graphische Betriebe AG übernommenen Aktien verrechnet. Der grösste Teil des Abschreibungsaufwands (170 Mio Franken) entstand durch die Neubewertung des Bestands an eigenen Wertschriften, die vorgenommen wurde, um Kursverlusten Rechnung zu tragen. Der Bilanzwert wurde von 90% auf 80% bei den eidgenössischen Schuldverschreibungen und auf 70% bei den übrigen Titeln herabgesetzt.

## **Verwendung des Reingewinns**

Gemäss Art. 27 NBG vom 23. Dezember 1953/15. Dezember 1978 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken, nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000.— erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Finanzverwaltung zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1981 auf Fr. 5 092 823.20 belaufen.

## **F. Bankbehörden und Personal**

### **1. Mutationen in den Bankbehörden**

#### **Bankrat**

Aus dem Bankrat ausgeschieden sind die Herren

Dr. Werner Bühlmann, Kastanienbaum (Mitglied seit 1965)

René Juri, Le Mont-sur-Lausanne (Mitglied seit 1965)

Philippe de Weck, Matran (Mitglied seit 1977).

Die Nationalbank ist den aus dem Bankrat ausgeschiedenen Mitgliedern zu grossem Dank verpflichtet.

Der Bundesrat beziehungsweise die Generalversammlung haben folgende Herren zu neuen Mitgliedern des Bankrats gewählt:

Dr. Oswald Aeppli, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Kreditanstalt, Küsnacht

Franz Beeler, Direktor der Kantonalbank Schwyz, Schwyz

Hans Dickenmann, dipl. Ing. agr., Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbands, Hausen bei Brugg.

#### **Bankausschuss**

Mit dem Rücktritt aus dem Bankrat sind die Herren Dr. Werner Bühlmann und René Juri auch aus dem Bankausschuss, dem sie seit 1971 beziehungsweise 1967 angehörten, ausgeschieden.

Der Bankrat hat folgende Herren zu neuen Mitgliedern des Bankausschusses gewählt:

Ständerat Peter Gerber, dipl. Ing. agr., Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, Frienisberg

Staatsrat Ugo Sadis, dipl. Ing. ETH, Direktor des Bau- und Finanzdepartements des Kantons Tessin, Lugano.

#### **Lokalkomitees**

Aus den Lokalkomitees Basel und St. Gallen sind ausgeschieden die Herren

Dr. Hans Gürtler, Vorsitzender des Lokalkomitees Basel seit 1979 (Mitglied seit 1967), und

Theodor Ruff, Vorsitzender des Lokalkomitees St. Gallen seit 1980 (Mitglied seit 1967).

Die Nationalbank dankt ihnen für ihre wertvollen Dienste.



Bankrat und Bankausschuss haben folgende Ernennungen vorgenommen:

### **Lokalkomitee Basel**

Dr. Gustav E. Grisard, Riehen, bisher Stellvertreter des Vorsitzenden, zum Vorsitzenden,

Dr. Hans Steinemann, Basel, bisher Mitglied, zum Stellvertreter des Vorsitzenden, und

Werner Jauslin, dipl. Ing. ETH, Präsident des Verwaltungsrats der Jauslin & Stebler Ingenieure AG, Muttenz, zum Mitglied.

### **Lokalkomitee St. Gallen**

Victor Widmer, St. Gallen, bisher Stellvertreter des Vorsitzenden, zum Vorsitzenden,

Walter Vetsch, Heerbrugg, bisher Mitglied, zum Stellvertreter des Vorsitzenden, und

Jürg Nef, Delegierter des Verwaltungsrats der Nef & Co AG, St. Gallen, zum Mitglied.

## **2. Mutationen in der Direktion**

Am 13. März 1981 ist Herr Rudolf Aebersold, stellvertretender Direktor und Hauptkassier der Bank, nach schwerer Krankheit im Alter von 62 Jahren verstorben. Herr Aebersold trat am 1. Dezember 1946 in die Dienste der Bank. 1966 übernahm er als Hauptkassier der Bank die Leitung der mit der Notenausgabe und der Goldverwaltung betrauten Abteilung, und 1977 erfolgte seine Ernennung zum stellvertretenden Direktor. Wir werden Herrn Aebersold für seine langjährigen, ausgezeichneten Dienste ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Auf Ende Februar 1982 tritt Herr Dr. Paul Ehram, Direktor der Rechtsabteilung und Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements, altershalber zurück. Herr Dr. Ehram trat im Jahre 1967 als Rechtskonsulent in die Rechtsabteilung unseres Instituts ein. Auf Anfang 1971 wurde er zum Direktor und zugleich zum Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements ernannt. In währungspolitisch bewegter Zeit leistete Herr Dr. Ehram unter anderem die massgebenden Vorarbeiten für die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen der Kredit- und Währungspolitik. Seine Tätigkeit als Mitglied der Eidgenössischen Bankenkommision und in der Studiengruppe für die Revision des Bankengesetzes wird er auch nach seinem Rücktritt von der SNB weiterführen. Die Nationalbank ist Herrn Dr. Ehram für seine ausgezeichneten Leistungen und seinen Einsatz zu grossem Dank verpflichtet.

Zu neuen Stellvertretern des Vorstehers des I. Departements hat der Bundesrat auf Antrag des Bankrats mit Wirkung ab 1. März 1982 die Herren Direktoren Dr. Peter Klauser und PD Dr. Kurt Schiltknecht ernannt. Ihre neuen Funktionen gehen aus der Aufstellung auf Seite 88 hervor. Auf den gleichen Termin wurde die Statistische Abteilung in Bankwirtschaftliche Abteilung umbenannt; sie übernimmt zugleich von der Volkswirtschaftlichen Abteilung die Handhabung der Bewilligungspflicht für Kapitalexporte und die Betreuung der Meldepflicht für Erhöhungen der Kassenobligationensätze.

Der Bankausschuss hat im Laufe des Jahres 1981 ernannt:

zu Direktoren:

Herrn Dr. Max Baltensperger, Chef der Statistischen Abteilung, zuvor stellvertretender Direktor (per 1. Januar 1982)

Herrn Dr. Andreas Frings, Generalsekretär (per 1. Januar 1982)

Herrn Dr. Peter Klauser, zuvor stellvertretender Direktor in der Rechtsabteilung (per 1. April 1981)

Herrn PD Dr. Kurt Schiltknecht, Chef der Volkswirtschaftlichen Abteilung, zuvor stellvertretender Direktor (per 1. April 1981);

zu stellvertretenden Direktoren:

Herrn Dr. Mario Corti, zuvor Vizedirektor im Stab des III. Departements (per 1. Januar 1982)

Herrn Dr. Georg Rich, zuvor Vizedirektor in der Volkswirtschaftlichen Abteilung (per 1. Januar 1982);

zum Hauptkassier der Bank:

Herrn Valentin Zumwald, zuvor Vizedirektor der Hauptkasse (per 1. April 1981).

### **3. Personal**

Als Folge von 69 Anstellungen, 42 Austritten, 11 Pensionierungen und 3 Todesfällen erhöhte sich der Personalbestand im Laufe des Berichtsjahres um 13 auf 529 Personen. Darin ist die Übernahme von 11 Mitarbeitern der eidgenössischen Staatskasse inbegriffen (vgl. S. 48). Vom Personalbestand entfielen 11% auf Mitarbeiter mit Hochschulabschluss, 55% auf bankfachlich beziehungsweise kaufmännisch geschulte Mitarbeiter, 14% auf Mitarbeiter mit technischer Grundausbildung und 20% auf angelerntes Personal.

In den vorstehenden Zahlen nicht eingeschlossen sind 16 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr 7) und 13 Lehrlinge (Vorjahr 11).

Der Aufwand für das aktive Personal belief sich 1981 auf insgesamt 38,9 Mio Franken. 32,2 Mio Franken wendete die Bank für Gehälter (inkl. Kinderzulagen) auf. Diese stiegen gegenüber dem Vorjahr insbesondere als Folge der Personalmutationen und des Teuerungsausgleichs um 3,1 Mio Franken beziehungsweise 10,7% an. Die restlichen 6,7 Mio Franken entfielen überwiegend auf Sozialleistungen, wie Beiträge an die Pensionskasse, den Fürsorgefonds und die AHV/AIV. Ausserdem wurden Teuerungszuschüsse in Höhe von 1,9 Mio Franken an die Rentenbezüger ausgerichtet.

Das Direktorium dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestens für die der Bank im abgelaufenen Jahr geleisteten wertvollen Dienste.

#### **4. Dank an Behörden und Wirtschaft**

Am Schluss unseres Berichtes über das Geschäftsjahr 1981 möchten wir dem Bundesrat, namentlich Herrn Bundesrat W. Ritschard, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, verbindlich danken für die verständnisvolle Unterstützung, die er der Nationalbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gewährte. Ausserdem danken wir den Behörden, unseren Korrespondenten, den übrigen Banken und den zahlreichen Verbänden und Firmen, die uns durch ihre Mitarbeit, insbesondere durch Lieferung von Informationen, bei der Erfüllung unserer Aufgabe geholfen haben.

Zürich, den 11. Februar 1982

Im Namen des Direktoriums

Der Präsident  
*Leutwiler*

Der Generalsekretär  
*Frings*

## **Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank**

Sehr geehrter Herr Präsident  
sehr geehrte Damen und Herren

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission hat die auf den 31. Dezember 1981 abgeschlossene Jahresrechnung 1981 im Sinne der Vorschriften des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechtes geprüft.

Gestützt auf unsere eigenen Überprüfungen bei sämtlichen Sitzen, Zweiganstalten und eigenen Agenturen sowie nach Einsichtnahme in den von der ATAG Allgemeine Treuhand AG erstatteten schriftlichen Bericht über deren Prüfungen stellen wir fest, dass

- die Bilanz per 31. Dezember 1981 mit einem Total von Fr. 44 584 517 425.06 und die Erfolgsrechnung pro 1981 mit einem Reingewinn von Franken 7 592 823.20 mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist,
- bei der Darstellung der Vermögenslage und des Geschäftsergebnisses die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind.

Aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfungen beantragen wir, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ferner bestätigen wir, dass der Vorschlag des Bankrates über die Gewinnverteilung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Bern, den 15. März 1982

Die Revisionskommission  
*Iten*  
*Staub*  
*Grenier*

## **Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre**

Der Bankrat hat in seiner Sitzung vom 12. März 1982 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 74. Geschäftsbericht über das Jahr 1981 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Der Bundesrat hat seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 24. März 1982 erteilt. Ferner hat die Revisionskommission ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 15. März 1982 erstellt.

Der Bankrat stellt der Generalversammlung folgende Anträge:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1981 wird genehmigt.
2. Der Verwaltung wird Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 7 592 823.20 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds . . . . .	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6% . . . . .	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Finanzverwaltung .	Fr. 5 092 823.20
	<u>Fr. 7 592 823.20</u>

Bern, den 25. März 1982

Im Namen des Bankrats  
Der Präsident des Bankrats  
*Wyss*

Ein Mitglied des Direktoriums  
*Lusser*



## G. Tabellenteil

---

# 1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise

## Aktiven

1981	Gold	Devisen	Sonder- ziehungs- rechte	Inlandportefeuille		Lombard- vorschüsse	Wertschriften		Korre- spondenten im Inland	Son- stige Aktiven	
				<i>diskontierte Forderungen</i>	<i>Schatzan- weisungen des Bundes inkl. Geld- marktbuch- forderungen</i>		<i>dek- kungs- fähige</i>	<i>andere</i>			
<i>in 1000 Franken</i>											
Januar	9.	11 903 908	23 979 937	11 426	415 480	—	109 453	5 805	1 204 918	12 017	119 493
	20.	11 903 908	21 611 544	11 426	354 966	—	418 320	5 805	1 203 523	37 055	115 042
	30.	11 903 908	21 720 689	11 426	2 302 876	—	847 733	5 805	1 202 033	178 809	118 868
Februar	10.	11 903 908	22 035 047	11 426	392 606	—	61 341	5 805	1 203 567	62 868	119 057
	20.	11 903 908	21 524 853	11 426	379 993	—	38 942	5 805	1 204 969	51 883	122 509
	27.	11 903 908	20 963 618	11 426	2 364 274	—	1 261 606	5 805	1 208 156	137 618	123 896
März	10.	11 903 908	21 940 019	11 426	335 189	—	267 700	5 805	1 209 187	57 912	123 589
	20.	11 903 908	21 005 196	11 426	556 758	—	164 711	5 805	1 209 191	66 296	124 987
	31.	11 903 908	23 375 597	11 426	2 366 348	175 000	1 358 970	5 805	1 209 191	278 758	130 195
April	10.	11 903 908	21 143 930	11 426	591 597	—	98 111	5 805	1 209 191	71 227	200 351
	16.	11 903 908	20 866 511	11 426	638 773	—	115 984	5 805	1 209 191	99 965	199 199
	30.	11 903 908	20 368 602	11 426	2 546 391	—	1 703 341	9 555	1 205 442	343 310	202 761
Mai	8.	11 903 908	21 947 406	23 589	701 359	—	188 538	9 555	1 205 442	69 573	203 064
	20.	11 903 908	21 359 689	23 589	679 847	—	78 579	9 555	1 205 442	78 635	218 194
	29.	11 903 908	19 296 100	23 589	2 651 419	—	1 838 506	9 555	1 205 442	262 619	206 522
Juni	10.	11 903 908	22 250 820	24 455	646 047	—	194 467	9 330	1 205 442	126 703	204 399
	19.	11 903 908	21 985 252	24 455	615 895	—	75 929	9 330	1 205 442	94 927	205 463
	30.	11 903 908	23 040 103	24 455	2 616 917	195 000	2 137 843	11 848	1 202 923	354 611	205 756
Juli	10.	11 903 908	22 797 472	24 455	634 050	—	64 019	11 848	1 202 923	87 634	209 890
	20.	11 903 908	22 349 833	24 455	607 323	—	42 739	11 848	1 202 923	113 451	215 714
	31.	11 903 908	19 354 305	24 455	2 848 579	—	2 037 486	11 848	1 202 923	241 811	223 502
August	10.	11 903 908	21 710 238	24 455	458 165	—	32 927	11 848	1 202 923	43 710	222 903
	20.	11 903 908	21 154 740	24 455	429 663	—	20 287	11 848	1 202 923	48 518	220 219
	31.	11 903 908	19 195 803	24 455	2 650 211	—	2 029 026	11 848	1 202 923	224 230	227 809
Sept.	10.	11 903 908	21 199 452	24 455	714 448	—	24 474	11 848	1 202 923	64 839	221 823
	18.	11 903 908	20 090 650	15 265	690 801	—	25 422	11 848	1 202 923	94 155	235 398
	30.	11 903 908	20 783 905	15 265	2 608 350	165 000	2 395 210	11 848	1 202 923	311 339	248 000
Okt.	9.	11 903 908	21 204 309	15 265	743 610	—	92 460	11 848	1 202 923	79 486	251 858
	20.	11 903 908	19 713 498	15 265	677 267	—	45 370	11 848	1 202 923	115 746	255 479
	30.	11 903 908	17 806 408	15 265	3 068 637	—	2 183 993	11 848	1 202 923	300 337	264 197
Nov.	10.	11 903 908	21 701 497	18 640	698 006	—	60 215	40 318	1 147 768	83 886	266 921
	20.	11 903 908	20 932 853	18 640	712 137	—	39 554	40 318	1 134 583	112 101	275 502
	30.	11 903 908	19 282 037	18 640	2 989 323	—	2 147 539	40 318	1 134 583	247 240	276 758
Dez.	10.	11 903 908	23 824 091	18 640	566 346	—	38 802	40 318	1 134 583	86 933	250 882
	18.	11 903 908	24 558 108	1 492	441 196	—	69 786	40 318	1 134 583	131 804	256 156
	31.	11 903 907	25 494 803	248	2 750 937	256 000	2 513 877	35 838	982 556	399 646	221 705



## Passiven

Eigene Mittel	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Verbindlichkeiten auf Zeit		Sonstige Passiven	Total
		<i>Girerechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten</i>	<i>Starilisierungsreskriptionen</i>	<i>eigene Schuldverschreibungen</i>		
<i>in 1000 Franken</i>							
70 000	23 017 634	8 147 564	2 619 560	27 000	350 500	3 530 179	37 762 437
70 000	22 130 021	7 216 166	2 315 666	27 000	350 500	3 552 236	35 661 589
70 000	22 527 634	8 817 618	2 871 963	27 000	350 500	3 627 432	38 292 147
70 000	22 009 068	6 537 493	3 109 476	20 000	350 500	3 699 088	35 795 625
70 000	21 641 968	6 313 517	3 139 204	—	350 500	3 729 099	35 244 288
70 000	22 445 829	8 259 672	2 981 965	—	232 500	3 990 341	37 980 307
70 000	22 081 472	6 426 118	3 131 160	—	—	4 145 985	35 854 735
70 000	21 648 504	6 519 278	2 661 203	—	—	4 149 293	35 048 278
70 000	22 342 138	10 541 337	3 644 163	—	—	4 217 560	40 815 198
70 000	21 994 396	6 250 595	2 651 113	—	—	4 269 442	35 235 546
70 000	21 843 675	6 312 903	2 563 633	—	—	4 260 551	35 050 762
71 000	22 304 948	7 824 538	3 730 286	—	—	4 363 964	38 294 736
71 000	21 986 928	5 926 968	3 844 684	—	—	4 422 854	36 252 434
71 000	21 418 914	6 668 079	2 902 667	—	—	4 496 778	35 557 438
71 000	22 385 725	7 186 901	3 213 709	—	—	4 540 325	37 397 660
71 000	21 850 813	6 385 234	3 584 355	—	—	4 674 169	36 565 571
71 000	21 509 797	6 668 432	3 155 111	—	—	4 716 261	36 120 601
71 000	22 436 470	11 242 134	3 239 181	—	—	4 704 579	41 693 364
71 000	21 828 437	6 874 154	3 145 866	—	200 000	4 816 742	36 936 199
71 000	21 490 691	6 717 189	3 153 326	—	200 000	4 839 988	36 472 194
71 000	21 726 182	8 058 887	2 802 188	—	200 000	4 990 560	37 848 817
71 000	21 563 747	5 984 083	2 700 322	—	200 000	5 091 925	35 611 077
71 000	21 176 935	6 384 044	1 961 873	—	200 000	5 222 709	35 016 561
71 000	21 875 882	7 255 517	2 594 562	—	500 000	5 173 252	37 470 213
71 000	21 492 847	5 847 542	2 097 580	—	500 000	5 359 201	35 368 170
71 000	21 113 971	5 592 394	1 573 288	—	500 000	5 419 717	34 270 370
71 000	21 885 955	9 650 689	2 130 774	—	500 000	5 407 330	39 645 748
71 000	21 512 284	5 951 921	1 943 278	—	500 000	5 527 184	35 505 667
71 000	20 961 257	5 781 144	1 006 257	—	500 000	5 621 646	33 941 304
71 000	21 751 710	7 427 578	1 401 009	—	500 000	5 606 219	36 757 516
71 000	21 432 846	6 688 654	1 497 882	—	500 000	5 730 777	35 921 159
71 000	21 043 048	6 416 792	1 333 053	—	500 000	5 805 703	35 169 596
71 000	22 118 769	7 098 048	2 462 263	—	500 000	5 790 266	38 040 346
71 000	22 393 377	6 832 714	2 167 643	—	500 000	5 899 769	37 864 503
71 000	23 449 811	6 877 040	1 718 459	—	500 000	5 921 041	38 537 351
71 000	23 336 706	12 466 660	2 491 299	—	500 000	5 693 852	44 559 517

## 2. Geschäftsentwicklung seit 1946

### 2.1. Bestände am Jahresende

Jahr	Gold <sup>1</sup>	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizer- franken; SZR <sup>2</sup>	Kursge- sicherte Guthaben bei ausländischen Zentral- banken	Inlandportefeuille				Wech- sel der eidg. Dar- lehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	Eigene Wert- schriften	Guthaben bei Korrespondenten	
					Schwei- zer- wechsel	Schatz- anwei- sungen <sup>3</sup>	Diskon- tierte Obliga- tionen	Total				im Inland	im Ausland <sup>4</sup>
<i>In Millionen Franken</i>													
1946	4 949,9	158,0	—	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	—	160,1	180,6	99,7	21,7
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	—	277,1	170,2	89,5	20,1
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	—	223,5	156,0	82,8	25,5
1971	11 879,4	10 323,3	4 278,0	—	78,1	—	2,4	80,5	—	28,5	10,8	72,4	22,8
1972	11 879,7	12 323,1	4 278,0	—	770,3	152,0	13,8	936,1	—	418,8	—	142,3	27,5
1973	11 892,7	12 519,9	4 613,0	—	862,7	200,0	35,0	1 097,7	—	557,7	—	281,8	—
1974	11 892,7	11 570,6	5 403,0	—	2 166,8	484,0	43,5	2 694,3	—	699,9	92,5	166,9	—
1975	11 892,7	14 705,8	5 403,0	—	1 706,5	227,0	5,4	1 938,9	—	200,2	3,7	136,3	—
1976	11 903,9	20 426,5	5 222,0	—	912,5	375,0	13,3	1 300,8	—	157,0	63,8	160,3	—
1977	11 903,9	20 514,2	3 949,0	—	1 207,4	267,0	44,7	1 519,1	—	197,5	559,1	171,6	—
1978	11 903,9	28 981,8	2 028,5	—	214,6	—	21,5	236,1	—	49,6	348,0	185,7	—
1979	11 903,9	26 390,4	—	—	1 532,2	10,0	38,3	1 580,5	—	886,4	963,4	288,6	—
1980	11 903,9	27 355,6	11,4	—	2 285,1	152,0	48,4	2 485,5	—	919,8	1 212,2	289,6	—
1981	11 903,9	25 494,8	0,2	—	2 710,0	256,0	40,9	3 006,9	—	2 513,9	1 018,4	399,6	—

<sup>1</sup> Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

<sup>2</sup> Seit 1980 Sonderziehungsrechte.

<sup>3</sup> Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

<sup>4</sup> Seit 1973 unter Position «Devisen».

<sup>5</sup> Vor 1961 unter Position «Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie».

<sup>6</sup> Inklusive ausstehende Checks.

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit vorüber- gehender zeitlicher Bindung	Min- dest- reser- ven von Banken	Verbindlich- keiten auf Zeit Sterili- sierungs- reskrip- tionen	Sonder- konti, Eigene Schuld- ver- schrei- bungen	Pflicht- depots gemäss Bundes- beschluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr	
		Girorech- nungen von Banken, Handel und Industrie	Rech- nungen des Bundes	Rech- nungen der Depo- nenten	Konti Zahlungs- und Clearing- abkom- men	Guthaben auslän- discher Banken <sup>5</sup>	Total								
	In Millionen Franken	%	In Millionen Franken												
4 090,7	121,00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	—	—	5 499,8	1946	
4 383,4	119,91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	—	—	5 932,1	1947	
4 594,3	126,70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	—	337,1	—	—	6 400,6	1948	
4 566,3	136,66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	—	200,0	—	—	6 721,9	1949	
4 663,8	128,13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	—	—	6 658,6	1950	
4 927,3	121,85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	—	—	6 675,9	1951	
5 121,9	114,73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	—	—	6 796,8	1952	
5 228,5	116,40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	—	—	6 996,8	1953	
5 411,6	116,85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	—	—	7 327,2	1954	
5 515,5	121,23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	—	—	7 738,2	1955	
5 809,7	122,26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	—	—	8 340,1	1956	
5 931,2	124,49	1 831,1	471,1	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	—	—	8 574,6	1957	
6 109,3	136,34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	—	—	9 098,9	1958	
6 343,9	131,93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	—	—	9 141,5	1959	
6 854,1	137,94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	—	390,3	—	—	10 266,2	1960	
7 656,0	144,70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	—	293,5	—	—	12 206,6	1961	
8 506,1	135,71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	—	373,0	—	—	12 994,7	1962	
9 035,4	135,07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	—	357,3	—	—	13 910,2	1963	
9 721,8	121,31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	—	433,2	—	3,4	14 787,6	1964	
10 042,5	131,08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	—	602,0	—	19,9	15 287,6	1965	
10 651,1	115,46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	—	389,0	—	2,3	15 922,3	1966	
11 326,8	118,04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	—	550,0	—	—	16 519,0	1967	
12 047,3	94,26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	—	233,1	—	—	19 339,7	1968	
12 518,4	91,34	6 353,4	493,0	18,8	40,0	49,6	6 954,8	—	—	141,9	—	—	20 482,5	1969	
13 106,0	90,20	7 749,6	405,3	28,5	18,3	208,4	8 410,1	—	—	201,7	200,0 <sup>9</sup>	—	23 095,3	1970	
14 309,9	83,01	10 701,6	713,7	30,7	15,3	393,1	11 854,4	—	516,4 <sup>7</sup>	313,1	—	—	28 014,6	1971	
16 635,0	71,41	9 312,6	1 380,3	31,4	17,0	279,5	11 020,8	—	2 029,3 <sup>8</sup>	72,7	2,5 <sup>10</sup>	—	31 362,9	1972	
18 296,2	65,00	8 234,9	458,2	37,4	7,8	296,7	9 036,1 <sup>6</sup>	—	2 872,0 <sup>8</sup>	121,4	108,2 <sup>11</sup>	—	32 297,8	1973	
19 435,8	61,19	9 505,0	714,5	30,3	—	114,8	10 367,1 <sup>6</sup>	—	347,8 <sup>8</sup>	246,9	986,3 <sup>10</sup>	—	33 260,6	1974	
19 127,8	62,17	11 478,5	1 623,8	30,0	—	150,0	13 296,0 <sup>6</sup>	—	165,3 <sup>8</sup>	379,8	—	—	34 991,0	1975	
19 730,9	60,33	12 643,7	3 817,5	37,5	—	146,2	16 648,7 <sup>6</sup>	—	246,2 <sup>8</sup>	954,8	—	—	39 324,0	1976	
20 396,8	58,36	13 622,8	2 513,8	41,6	—	149,3	16 330,2 <sup>6</sup>	—	—	772,2	—	—	38 921,0	1977	
22 499,1	52,91	15 583,9	3 437,7	45,4	—	990,6	20 062,8 <sup>6</sup>	—	—	2 893,2	—	—	46 421,0	1978	
23 760,9	50,10	13 207,1	2 209,4	56,8	—	2 252,8	17 735,6 <sup>6</sup>	—	—	630,1	—	—	43 244,5	1979	
24 106,3	49,38	13 661,0	402,8	47,8	—	2 254,0	16 376,1 <sup>6</sup>	—	—	23,0	250,5 <sup>12</sup>	—	44 318,7	1980	
23 336,7	51,01	12 466,7	1 513,9	48,1	—	908,0	14 958,0 <sup>6</sup>	—	—	—	500,0 <sup>12</sup>	—	44 584,5	1981	

<sup>7</sup> Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestreserven vom 16. August 1971.

<sup>8</sup> Mindestreserven von Banken auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 bzw. 19. Dezember 1975.

<sup>9</sup> Sonderkonto PTT.

<sup>10</sup> Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

<sup>11</sup> Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses und Sterilisierungskonto der Bundesverwaltung.

<sup>12</sup> Eigene Schuldverschreibungen.

## 2. Geschäftsentwicklung seit 1946 (Fortsetzung)

### 2.2. Jahresdurchschnitte

Jahr	Gold <sup>1</sup>	Devisen	Sonder- ziehungs- rechte	Inlandportfeuille				Wechsel der eidg. Dar- lehens- kasse	Lombard- vor- schüsse	Eigene Wert- schriften	Guthaben bei Korrespondenten	
				Schwei- zer- wechsel	Schatz- anwei- sungen <sup>2</sup>	Diskon- tierte Obliga- tionen	Total				im Inland	im Ausland <sup>3</sup>
<i>In Millionen Franken</i>												
1946	4 818,0	171,7	—	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	—	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	—	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	—	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	—	86,8	0,7	1,2	88,7	—	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	—	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	—	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	—	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	—	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	—	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	—	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	—	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	—	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	—	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	—	48,2	—	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	—	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	—	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	—	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	—	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	—	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	—	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	—	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9
1968	11 586,5	1 602,6	—	104,4	3,3	6,5	114,2	—	27,3	181,0	26,8	21,5
1969	11 431,6	2 020,8	—	193,4	9,3	19,6	222,3	—	71,1	176,0	32,2	23,2
1970	11 615,5	3 418,7	—	134,6	9,5	11,3	155,4	—	47,0	167,6	39,3	25,9
1971	11 854,9	6 834,3	—	114,3	3,6	4,3	122,2	—	15,9	128,4	35,6	27,1
1972	11 879,6	9 721,4	—	109,5	5,8	1,8	117,1	—	22,2	122,2	38,5	28,5
1973	11 892,5	10 515,1	—	166,0	24,7	4,6	195,3	—	67,0	—	55,1	17,4
1974	11 892,7	8 624,2	—	730,8	48,7	16,3	795,8	—	132,2	65,6	71,0	—
1975	11 892,7	10 005,3	—	574,2	61,1	5,3	640,6	—	85,8	13,9	50,1	—
1976	11 897,7	13 371,8	—	299,3	63,3	1,5	364,1	—	81,8	34,3	57,3	—
1977	11 903,9	13 785,3	—	523,6	72,8	6,4	602,8	—	93,6	420,3	69,2	—
1978	11 903,9	21 697,2	—	356,2	32,2	6,8	395,2	—	35,0	333,5	66,3	—
1979	11 903,9	24 628,7	—	419,0	0,3	9,2	428,5	—	107,2	684,6	71,8	—
1980	11 903,9	20 802,0	11,4 <sup>4</sup>	906,1	16,2	27,7	950,0	—	301,5	1064,6	112,9	—
1981	11 903,9	21 488,0	16,8	1250,0	22,0	12,4	1284,4	—	689,5	1203,5	143,7	—

<sup>1</sup> Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

<sup>2</sup> Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

<sup>3</sup> Seit 1973 unter Position «Devisen».

<sup>4</sup> Durchschnitt August bis Dezember.

<sup>5</sup> Vor 1961 unter Position «Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie».

<sup>6</sup> Durchschnitt Januar bis Juli.

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnungen des Bundes</i>	<i>Rechnungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing-abkommen</i>	<i>Guthaben aus-ländischer Banken<sup>5</sup></i>	<i>Total</i>			
<i>In Millionen Franken</i>	%	<i>In Millionen Franken</i>								
3 633,2	132,61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130,18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135,86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	—	1948
4 259,9	141,93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	401,9	1949
4 239,6	145,75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 <sup>6</sup>	1950
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125,96	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 <sup>7</sup>	1960
6 672,9	150,60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 <sup>8</sup>	3 198,4	1 035,0 <sup>9</sup>	397,8	1961
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119,68	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967
10 577,5	109,64	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968
11 259,9	101,93	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970
12 663,8	93,61	7 452,3 <sup>10</sup>	801,7	21,5	12,1	132,3	8 419,9	—	483,1	1971
14 080,4	84,37	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	9 898,1	—	395,1 <sup>11</sup>	1972
15 784,2	75,34	5 651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	7 045,9 <sup>12</sup>	—	600,1 <sup>13</sup>	1973
17 022,7	69,86	5 524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	6 263,0 <sup>12</sup>	—	870,9 <sup>13</sup>	1974
17 608,5	67,84	6 342,9	841,1	30,9	—	162,9	7 384,5 <sup>12</sup>	—	1 222,7 <sup>11</sup>	1975
17 778,4	66,92	6 971,5	2 772,5	40,9	—	272,7	10 062,8 <sup>12</sup>	—	1 426,3 <sup>11</sup>	1976
18 590,5	64,03	7 057,8	2 549,7	39,5	—	179,8	9 834,0 <sup>12</sup>	—	1 160,4	1977
19 547,6	60,90	9 771,4	2 780,7	54,2	—	389,3	13 001,1 <sup>12</sup>	—	3 263,0	1978
21 069,7	56,80	10 484,9	2 443,9	59,6	—	2 226,3	15 221,4 <sup>12</sup>	—	2 656,9	1979
21 779,7	54,66	7 860,6	1 234,2	52,7	—	2 289,7	11 445,2 <sup>12</sup>	—	925,0 <sup>14</sup>	1980
21 937,0	54,26	7 254,2	901,3	45,3	—	1 645,1	9 852,6 <sup>12</sup>	—	266,3 <sup>14</sup>	1981

<sup>7</sup> Durchschnitt Oktober bis Dezember.

<sup>8</sup> Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

<sup>9</sup> Durchschnitt Ende März bis Dezember.

<sup>10</sup> Eingeschlossen auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

<sup>11</sup> Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses).

<sup>12</sup> Inklusive ausstehende Checks.

<sup>13</sup> Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses) sowie Sterilisierungskonto der Bundesverwaltung.

<sup>14</sup> Inklusive Eigene Schuldverschreibungen.

## 2. Geschäftsentwicklung seit 1946 (Fortsetzung)

### 2.3. Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz <sup>1</sup>	Devisen- verkehr	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften	
			Inlandportfeuille								
			Schweizerwechsel		Schatzan- weisungen <sup>2</sup>	Obliga- tionen	Total				
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit							
In Millionen Franken		Tage	In Millionen Franken								
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4	
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5	
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0	
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1	
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9	
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4	
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7	
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9	
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3	
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6	
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7	
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 <sup>3</sup>	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6	
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 <sup>4</sup>	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4	
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 <sup>4</sup>	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3	
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 <sup>4</sup>	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7	
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 <sup>4</sup>	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3	
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 <sup>4</sup>	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2	
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 <sup>4</sup>	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0	
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 <sup>4</sup>	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9	
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 <sup>4</sup>	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8	
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 <sup>4</sup>	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3	
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 <sup>4</sup>	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7	
1968	61 708,6	99 530,6	1 047,4	10 <sup>4</sup>	187,7	49,2	1 284,3	—	926,4	1,9	
1969	62 267,9	101 135,3	5 175,8	6 <sup>4</sup>	334,5	109,9	5 620,2	—	2 697,2	10,4	
1970	68 281,0	156 633,3	2 108,0	8 <sup>4</sup>	314,0	72,7	2 494,7	—	2 359,6	37,8	
1971	76 363,8	299 589,6	1 454,2	9 <sup>4</sup>	140,0	16,9	1 611,1	—	912,9	145,2	
1972	83 424,1	301 147,1	1 935,4	7 <sup>4</sup>	280,0	18,2	2 233,6	—	1 073,3	10,8	
1973	91 638,5	281 381,8	3 497,5	8 <sup>4</sup>	784,0	42,4	4 323,9	—	2 719,2	—	
1974	101 551,2	350 100,6	11 669,5	11 <sup>4</sup>	1 824,5	102,5	13 596,5	—	5 496,2	205,6	
1975	101 469,0	419 062,0	9 773,2	10 <sup>4</sup>	2 822,0	14,1	12 609,3	—	4 145,5	145,6	
1976	144 653,5	606 296,0	2 429,5	52 <sup>4</sup>	3 039,0	16,6	5 485,1	—	3 282,2	228,0	
1977	133 136,8	559 594,6	10 673,0	53 <sup>4</sup>	3 492,0	55,4	14 220,4	—	4 306,2	1 589,5	
1978	158 541,8	444 425,8	6 026,3	56 <sup>4</sup>	1 547,0	37,9	7 611,2	—	1 802,9	576,5	
1979	111 864,7	751 883,0	8 767,9	63 <sup>4</sup>	12,0	50,5	8 830,4	—	5 463,1	652,0	
1980	121 101,3	699 004,2	20 750,3	57 <sup>4</sup>	562,0	105,0	21 417,3	—	12 304,7	341,2	
1981	135 123,5	1 055 906,8	28 156,2	62 <sup>4</sup>	791,0	84,6	29 031,8	—	27 191,7	241,6	

<sup>1</sup> Vor 1977 einschliesslich Gold.

<sup>2</sup> Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

<sup>3</sup> Im 2. Halbjahr diskontierte Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

<sup>4</sup> Diskontierte Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkasso- verkehr Ein- reichun- gen	Giro- verkehr	Verkehr zwischen National- bankkun- den und Postcheck- konti	Verkehr mit dem Bund	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearing- ab- kommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks u. General- mandate	Gesamt- umsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Ab- rechnungs- stellen)	Umsatz der Abrech- nungs- stellen	Jahr
<i>im Inland</i>	<i>im Ausland<sup>5</sup></i>										
<i>In Millionen Franken</i>											
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,1	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967
22 274,5	5 046,0	1 380,1	1 858 598,6	26 122,1	89 875,7	6 495,2	4 521,9	693,1	2 603 104,8	18 673,4	1968
23 794,1	5 664,9	1 494,9	2 810 359,2	29 823,1	98 197,8	6 604,2	3 862,2	805,4	3 617 523,9	21 677,0	1969
26 279,7	5 412,6	1 934,9	3 898 871,6	33 260,8	108 126,9	2 890,6	4 579,6	819,4	4 801 067,6	19 622,6	1970
28 793,1	5 418,5	2 250,5	4 326 316,8	36 937,5	112 743,1	4 593,6	4 137,4	1 152,2	5 827 827,3	15 565,2	1971
32 147,7	5 570,9	3 017,1	6 232 088,9	40 273,5	125 953,4	3 294,3	3 224,6	1 570,3	8 528 068,7	14 717,4	1972
35 797,0	3 038,6	3 256,0	7 673 381,2	44 479,4	141 619,8	6 280,1	3 438,8	1 627,8	10 238 582,9	—	1973
40 005,0	—	3 174,2	8 431 563,2	50 395,9	154 129,7	3 397,5	—	2 149,9	11 351 217,7	—	1974
39 669,4	—	3 172,2	5 911 103,1	52 782,9	185 318,8	4 066,5	—	2 859,0	8 546 032,0	—	1975
40 801,7	—	3 468,8	6 230 018,0	56 896,0	221 544,6	2 611,5	—	2 974,0	9 415 808,4	—	1976
40 772,8	—	3 809,3	7 598 573,0	72 622,2	259 227,3	1 811,8	—	3 007,4	11 031 647,5	—	1977
42 134,2	—	3 829,7	6 552 283,9	82 451,4	290 937,9	1 839,8	—	2 830,8	9 942 085,5	—	1978
42 073,4	—	4 041,8	7 412 263,4	96 081,0	294 901,5	2 337,2	—	3 079,8	11 269 748,8	—	1979
43 944,3	—	4 285,7	10 603 115,3	110 858,3	291 000,0	1 886,5	—	3 080,8	15 231 717,9	—	1980
44 964,7	—	4 597,9	15 566 746,9	134 875,7	302 799,0	1 809,7	—	3 161,5	20 965 084,9	—	1981

<sup>5</sup> Seit 1973 unter Position «Devisen».

## 2. Geschäftsentwicklung seit 1946 (Fortsetzung)

### 2.4. Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Devisen und Gold <sup>1</sup>	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertpapiere	Zinsen von Inlandkorrespondenten <sup>3</sup>	Kommissionen <sup>4</sup>	Diverse Nutzenposten <sup>5</sup>	Bruttoertrag	Entnahme aus Rückstellungen
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen <sup>2</sup>	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
<i>In 1000 Franken</i>													
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	21 214	—
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	16 555	—
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	15 152	—
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	13 282	—
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	15 450	—
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	14 503	—
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	15 395	—
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	16 812	—
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	16 571	—
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	23 231	—
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	26 179	—
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	24 396	—
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	21 467	—
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	20 764	—
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	25 395	—
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	30 814	—
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497 <sup>6</sup>	135	648	1 141	32 232	—
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416 <sup>6</sup>	147	601	1 088	38 187	—
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367 <sup>6</sup>	200	635	1 533	42 602	—
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208 <sup>6</sup>	189	671	1 468	55 322	—
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964 <sup>6</sup>	237	893	1 350	68 947	—
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789 <sup>6</sup>	258	938	1 068	68 079	—
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	—	897	7 573	230	806	880	72 571	—
1969	63 276	7 487	6 576	285	622	—	2 471	7 453	311	1 109	696	82 803	—
1970	90 186	6 443	5 817	243	378	—	1 897	7 274	464	1 194	281	107 739	—
1971	77 499	4 154	3 992	68	89	—	780	8 882	338	1 351	340	93 344	—
1972	119 358	3 768	3 384	277	102	—	602	1 192	250	2 053	696	127 919	—
1973	139 479	5 458	4 914	242	297	—	2 782	950	342	2 069	828	151 908	—
1974	128 389	28 600	26 276	1 379	942	—	6 121	2 020	889	2 387	421	168 827	—
1975	81 000	30 737	27 668	2 992	75	—	3 831	8 951	594	2 704	539	128 356	—
1976	170 242	8 627	8 119	462	43	—	1 965	1 480	291	2 957	586	186 148	—
1977	—	10 252	9 190	929	129	—	2 108	7 818	307	2 535	750	23 770	209 567
1978	1 257 674	5 464	5 216	172	76	—	616	52 213	204	2 802	1 305	2 593 453 <sup>7</sup>	684 239
1979	1 957 316	4 307	4 109	3	195	—	1 529	19 282	143	3 661	1 425	1 987 663	40 250
1980	3 578 326	19 461	18 404	330	727	—	8 513	47 880	1 335	2 913	2 864	3 661 292	—
1981	2 642 957	43 844	42 453	978	413	—	25 096	64 840	1 993	2 832	4 101	2 785 663	—

<sup>1</sup> Einschliesslich Ertrag aus Verkehr mit Auslandskorrespondenten; seit 1978 ohne vorherige Abschreibungen und Rückstellungen.

<sup>2</sup> Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

<sup>3</sup> Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

<sup>4</sup> Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

<sup>5</sup> Seit 1978 einschliesslich Ertrag aus Bankgebäude.

<sup>6</sup> Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

<sup>7</sup> Fehlbetrag infolge Abschreibungen auf Devisen.



Ver- waltungs- kosten <sup>a</sup>	Steuern und Abgaben inkl. Rückstel- lungen hiefür	Kosten und Rück- stellungen für Offen- markt- opera- tionen	Bank- noten- anfertigungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Sterilisie- rungs- kosten, Zinsen an Bundesver- waltungen inkl. Rück- stellungen hierauf	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuweisung an die Vor- sorgeein- richtungen	Rein- gewinn	Zuweisung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Finanz- ver- waltung	Jahr
					auf Diverse	auf Devisen						
5 435	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 738	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 206	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 374	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 502	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 585	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 683	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
8 182 <sup>9</sup>	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
8 009	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 732 <sup>9</sup>	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 372 <sup>9</sup>	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 334 <sup>9</sup>	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
10 122 <sup>9</sup>	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
9 210	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
9 145	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 716	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 658	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 905	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 519 <sup>9</sup>	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
13 190	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 995	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
16 176 <sup>9</sup>	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
18 323 <sup>9</sup>	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968
19 857 <sup>9</sup>	—	3 000	12 554	13 563	24 986	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1969
28 890 <sup>9</sup>	1 000	5 000	23 360	30 250	9 396	—	3 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1970
27 468 <sup>9</sup>	—	—	16 711	35 285	3 364	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1971
33 039 <sup>9</sup>	2 467	27 000	17 601	10 593	26 703	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1972
32 376 <sup>9</sup>	—	20 000	31 559	37 658	19 799	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1973
54 914 <sup>9</sup>	2 915	—	33 743	30 949	35 790	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1974
36 336	—	—	6 821	40 379	35 304	—	2 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1975
39 296	4 010	—	7 962	96 257	29 606	—	1 500	7 516	1 000	1 500	5 016	1976
39 475	399	86 100	10 754	70 102	18 991	—	—	7 516	1 000	1 500	5 016	1977
41 081	1 000	—	8 412	60 481	52 214	4 434 782	—	—	—	1 500	5 016	1978
44 353	1 462	109 364	13 452	66 595	61 848	1 730 839 <sup>10</sup>	—	—	—	1 500	5 016	1979
61 814	—	84 166	35 263	81 097	113 376	3 268 060 <sup>11</sup>	10 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1980
59 189	—	203 038	44 189	58 490	35 022	2 374 142	4 000	7 593	1 000	1 500	5 093	1981

<sup>a</sup> Einschliesslich Zinsen an Deponenten.

<sup>9</sup> Einschliesslich Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

<sup>10</sup> Davon 1 482 510 Amortisation des aktivierten Verlustes per 31. 12. 1978.

<sup>11</sup> Davon 1 110 943 Tilgung des aktivierten Verlustes per 31. 12. 1978, 2 157 117 Rückstellung für Währungsrisiken.

### 3. Diskontsätze und Lombardzinsfuß

Offizieller Diskont- und Lombardsatz			Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel		
Datum der Veränderung	Diskontsatz	Lombardsatz	Datum der Veränderung	Lebens- und Futtermittel	Übrige
	%	%		%	%
1936 9. September	2	3	1957 1. April	1¼	2
26. November	1½	2½	25. Juli	2	2½
1957 15. Mai	2½	3½	1959 1. Juni	1¼	2
1959 26. Februar	2	3	1964 6. Juli	2¼	2½
1964 3. Juli	2½	3½	1966 1. Januar	2¼	3
1966 6. Juli	3½	4	1. Oktober	3¼	3½
1967 10. Juli	3	3¾	1968 1. April	3	3½
1969 15. September	3¾	4¾	1969 11. November	3¾	4
1973 22. Januar	4½	5½	1972 25. Januar	3½	3¾
1974 21. Januar	5½	6	1. März	3¼	3½
1975 3. März	5	6	1974 2. Januar	3¾	4
20. Mai	4½	5½	16. April	4	4½
25. August	4	5	1975 1. Januar	4½	5
29. September	3½	4½	25. August	3¾	4¼
29. Oktober	3	4	1. November	3¼	3½
1976 13. Januar	2½	3½	1976 1. Januar	3	3¾
8. Juni	2	3	1. Februar	2¼	3
1977 15. Juli	1½	2½	15. März	2½	2¾
1978 27. Februar	1	2	10. Juni	2¼	2½
1979 5. November	2	3	1. Dezember	2	2¼
1980 28. Februar	3	4	1977 18. Juli	1¾	2
1981 3. Februar	3½	4½	1978 27. Februar	1½	1¾
20. Februar	4	5½	20. März	1¼	1½
11. Mai	5	6½	25. September	1¼	1¼
2. September	6	7½	1979 8. November	1¼	2
4. Dezember	6	7	1980 21. Januar	2	2¼
			5. März	3	3¾
			1981 6. Februar	3½	3¾
			23. Februar	4	4¼
			12. Mai	5	5¼
			4. September	6	6¼



## H. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane (Stand per 1. März 1982)

### **Bankrat** (Amtsperiode 1979–1983)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (\*) bezeichnet.

Regierungsrat Dr. Edmund Wyss, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements des Kantons Basel-Stadt, Basel, Präsident

Prof. Dr. François Schaller, Professor an den Universitäten Lausanne und Bern, Epalinges, Vizepräsident

- \* Dr. Oswald Aeppli, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Kreditanstalt, Küssnacht

Dr. Remigius Bärlocher, Rechtsanwalt, St. Gallen

Franz Beeler, Direktor der Kantonalbank Schwyz, Schwyz

Bruno Boller, dipl. Ing. ETH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Boller, Winkler AG, Präsident des Verbands der Arbeitgeber der Textilindustrie, Turbenthal

- \* Dr. Hans Braunschweiler, Präsident und Delegierter der Verwaltungsräte der «Winterthur», Versicherungs-Gesellschaften, Winterthur

- \* Leo Bühler, Direktor der Thurgauischen Kantonalbank, Weinfelden

- \* Félix Carruzzo, Stadtpräsident, Sitten

Hans Dickenmann, dipl. Ing. agr., Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbands, Hausen

- \* Dr. Arnold Edelmann, St. Gallen

- \* Rudolf Etter, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Aarwangen († 2. 3. 1982)

Dr. Dr. h. c. Arthur Fürer, Delegierter des Verwaltungsrats der Nestlé AG, Chardonne

Pierre Gaibrois, Delegierter des Verwaltungsrats der Tornos SA, Fabrique de Machines Moutier, Moutier

Ständerat Peter Gerber, dipl. Ing. agr., Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, Frienisberg

Dr. Roger Givel, Generaldirektor der Banque Vaudoise de Crédit, Lonay

- \* Carlos Grosjean, Rechtsanwalt, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bundesbahnen, Auvornier

- \* Fritz Halm, Präsident des Verwaltungsrats der SIG Schweizerische Industrie-Gesellschaft, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Arlesheim

Dr. Benno Hardmeier, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Stuckishaus

Dr. Léonard Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

- \* Dr. E. Luk Keller, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Eduard Keller AG, Präsident der Delegation des Handels, Erlenbach

Renzo Lardelli, Bündner Handels- und Industrieverein, Chur

- \* Regierungsrat Dr. Kurt Lareida, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Aargau, Aarau

Dr. Eduard Leemann, Direktionspräsident der Genossenschaftlichen Zentralbank Aktiengesellschaft, Basel

- \* Nationalrat Dr. Werner Martignoni, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Bern, Muri bei Bern

Nationalrat Willy Messmer, Sulgen

\* Nationalrat Dr. Anton Muheim, Luzern

\* Ständerat Franz Muheim, Rechtsanwalt und Notar, Altdorf

Nationalrat Dr. Richard Müller, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Muri bei Bern

\* Jean Pfau, Delegierter des Verwaltungsrats der Charmilles Maschinenbau AG, Collonge-Bellerive

Dr. Dr. h. c. Louis von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Basel

Nationalrat Rudolf Reichling, dipl. Ing. agr. ETH, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Milchproduzenten, Stäfa

Staatsrat Ugo Sadis, dipl. Ing. ETH, Direktor des Bau- und Finanzdepartements des Kantons Tessin, Lugano

Hans Sommer, Generaldirektor der Ebauches AG, Mitglied der Konzernleitung der ASUAG, Bellach

\* Ständerat Alberto Stefani, Rechtsanwalt und Notar, Giornico

Hans Strasser, Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim

Rudolf Suter, Zürich

Peter-Andreas Tresch, Zentralpräsident des Schweizer Hoteliervereins, Amsteg

Nationalrätin Dr. Lilian Uchtenhagen, Zürich

Dr. Arnold Waeber, Präsident des Verwaltungsrats der Freiburger Staatsbank, Tafers

#### **Bankausschuss** (Amtsperiode 1979–1983)

Regierungsrat Dr. Edmund Wyss, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements des Kantons Basel-Stadt, Basel, Präsident von Amtes wegen

Prof. Dr. François Schaller, Professor an den Universitäten Lausanne und Bern, Epalinges, Vizepräsident von Amtes wegen

Dr. Dr. h. c. Arthur Fürer, Delegierter des Verwaltungsrats der Nestlé AG, Chardonne

Ständerat Peter Gerber, dipl. Ing. agr., Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, Friesenberg

Carlos Grosjean, Rechtsanwalt, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bundesbahnen, Auvornier

Dr. Léonard Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

Nationalrat Dr. Richard Müller, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Muri bei Bern

Dr. Dr. h. c. Louis von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Basel

Staatsrat Ugo Sadis, dipl. Ing. ETH, Direktor des Bau- und Finanzdepartements des Kantons Tessin, Lugano

Dr. Arnold Waeber, Präsident des Verwaltungsrats der Freiburger Staatsbank, Tafers

## **Lokalkomitees** (Amtsperiode 1979–1983)

### *Aarau*

Peter Heinrich Kern, Delegierter des Verwaltungsrats und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Kern & Co. AG, Aarau, Vorsitzender

Dr. Louis Mäder, Delegierter des Verwaltungsrats der Walter Mäder AG und der Emil Reinle AG Baden, Baden, Stellvertreter des Vorsitzenden

René Thalmann, Präsident des Verwaltungsrats der Elektro-Apparatebau Olten AG, Wil bei Starrkirch

### *Basel*

Dr. Gustav E. Grisard, Präsident des Verwaltungsrats der Hiag Holzindustrie AG, Riehen, Vorsitzender

Dr. Hans Steinemann, Delegierter der Verwaltungsräte der Patria Versicherungsgesellschaften, Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

Werner Jauslin, dipl. Ing. ETH, Präsident des Verwaltungsrats der Jauslin & Stebler Ingenieure AG, Muttenz

### *Bern*

Bernard Leimgruber, Direktor der Lamelcolor SA, Estavayer-le-Lac, Vorsitzender

Max Tschannen, dipl. Ing. agr. ETH, Direktionspräsident des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone (VLG), Wohlen bei Bern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Hans Ineichen, Direktor der Maschinenfabrik WIFAG, Gümligen

### *Genf*

Bernard d'Espine, Direktor der Ateliers d'Aire SA, Genf, Vorsitzender

Conrad Zellweger, dipl. Ing. ETH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der La Nationale SA, Chêne-Bougeries, Stellvertreter des Vorsitzenden

Michel Brunschwig, in Firma «Bon Génie», Brunschwig & Cie, Genf

### *Lausanne*

Robert Morandi, Präsident des Verwaltungsrats der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne, Vorsitzender

Georges Golay, Delegierter des Verwaltungsrats der Société anonyme de la Manufacture d'horlogerie Audemars, Piguet & Co., Le Brassus, Stellvertreter des Vorsitzenden

Pierre-Noël Julen, Direktor des Verbands der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Muraz-sur-Sierre

### *Lugano*

Dr. Dino Poggioli, Treuhandbüro, Lugano, Vorsitzender

Paride Melera, Castel S. Pietro, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dani Tenconi, Delegierter des Verwaltungsrats der Tensol SA, Piotta

### *Luzern*

Franz Stöckli, dipl. Ing. agr., Direktor der UFAG, Sursee, Vorsitzender

Walter von Moos, dipl. Ing. ETH, Direktionspräsident der von Moos Stahl AG, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Jörg Bucher, Direktor der Centralschweizerischen Kraftwerke, Luzern

### *Neuenburg*

Alain Grisel, Marketing- und Verkaufsdirektor der Fabriques d'assortiments réunies, La Chaux-de-Fonds, Vorsitzender

Paul Kiefer, Mitglied des Verwaltungsrats der Chocolat Suchard AG, der Chocolat Tobler AG und der Suchard-Tobler AG, Colombier, Stellvertreter des Vorsitzenden

Ernest Haas, Präsident des Direktionsausschusses der Neuenburger-Versicherungen, Saint-Blaise

### *St. Gallen*

Victor Widmer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Union AG, St. Gallen, Vorsitzender

Walter Vetsch, Finanzdirektor der Wild Heerbrugg AG, Heerbrugg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Jürg Nef, Delegierter des Verwaltungsrats der Nef & Co. AG, St. Gallen

### *Zürich*

Prof. Dr. Ernst Jaggi, Direktionspräsident des Verbands ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur, Vorsitzender

Willy Baumann, Präsident des Verwaltungsrats der Baumann AG Rolladenfabrik, Horgen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Werner Fuchs, Direktionspräsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Mettler Instrumente AG, Greifensee

## **Revisionskommission** (Amtsperiode 1981/1982)

### *Mitglieder*

Josef Iten, Zug, Präsident

Gilbert Grenier, Generaldirektor der Caisse d'Épargne de la République et Canton de Genève, Genf

Werner Staub, Gossau

### *Ersatzmänner*

Paul Hostettler, Direktor des Crédit Foncier Neuchâtelois, Neuenburg

Siegfried Lutz, Herisau

Max Meier-Milt, Bottmingen

## **Direktorium**

Dr. Dr. h. c. Fritz Leutwiler, Zürich  
Pierre Languetin, Dr. h. c., Bern  
Dr. Markus Lusser, Zürich

## **Generalsekretariat**

Generalsekretär Dr. Andreas Frings, Direktor, Zürich  
Stellvertreter des Dr. Theodor Scherer, Vizedirektor, Bern  
Generalsekretärs

## **Departemente**

### *I. Departement (Zürich)*

Departementsvorsteher	Dr. Dr. h. c. Fritz Leutwiler, Präsident des Direktoriums
Sekretariat	Anna Elisabeth Heeb, Abteilungsvorsteherin
Pressesprecher	Erich Heini, Abteilungsvorsteher
Stellvertreter des	Dr. Peter Klauser, Direktor
Departementsvorstehers	PD Dr. Kurt Schiltknecht, Direktor
Bereich Volkswirtschaft	PD Dr. Kurt Schiltknecht, Direktor
Volkswirtschaftliche	Dr. Georg Rich, stellvertretender Direktor
Abteilung	Dr. Peter Buomberger, Abteilungsvorsteher Christoph Menzel, Abteilungsvorsteher (beurlaubt)
Bankwirtschaftliche	Dr. Max Baltensperger, Direktor
Abteilung	Dr. Anton Föllmi, Vizedirektor PD Dr. René Kästli, Vizedirektor Martin Klaus, Abteilungsvorsteher
Bereich Recht und Dienste	Dr. Peter Klauser, Direktor
Rechtsabteilung	Dr. Werner Schmid, Rechtskonsulent
Personalabteilung	Dr. Hans-Rudolf Läng, Direktor Gerhard Nideröst, Vizedirektor
Technische Dienste	Daniel Ambühl, Abteilungsvorsteher
Revision und	Hans Baumgartner, Direktor
Controlling	Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor Dr. Robert Meli, Abteilungsvorsteher
<hr/>	
Betriebswirtschaftlicher	Prof. Dr. Ernst Kilgus, Künsnacht
Berater	



## *II. Departement (Bern)*

Departementsvorsteher	Pierre Languetin, D <sup>r</sup> h. c., Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Michel de Rivaz, Direktor
Stab	Dr. Peter Hadorn, Vizedirektor Dr. Jean-Pierre Roth, Vizedirektor
Hauptbuchhaltung	Hans-Peter Dosch, stellvertretender Direktor
Kasse Bern	Hans Hulliger, Vizedirektor
Bargeld, Sicherheit, Bauten (Bern)	Dr. Johann Ammann, Direktor
Hauptkasse	Valentin Zumwald, Hauptkassier der Bank Roland Tornare, Stellvertreter des Hauptkassiers Joseph Schmidlin, Abteilungsvorsteher
Kapitalmarkt und Emissionskontrolle	Walter Bretscher, Direktor
Wertschriften	Max Isenschmid, stellvertretender Direktor
Korrespondenz und Portefeuille	Robert Raschle, Vizedirektor

## *III. Departement (Zürich)*

Departementsvorsteher	Dr. Markus Lusser, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Hans Meyer, Direktor
Stab	Dr. Monique Dubois, Vizedirektorin
EDV-Abteilung	Dr. Christian Vital, Vizedirektor
Devisen-, Geldmarkt- und Wertschriftengeschäft	Hans Stahel, Direktor Dr. Mario Corti, stellvertretender Direktor
Devisen	Werner Bächtold, Vizedirektor
Portefeuille	Hans Walter Preisig, Vizedirektor
Wertschriften	Albert Kunz, Vizedirektor
Übriges Bankgeschäft	Hans Schmid, stellvertretender Direktor
Buchhaltung	Werner Bolliger, Vizedirektor
Giro/Bankenclearing	Eugen Guyer, Vizedirektor
Korrespondenz	Walter Obi, Vizedirektor
Kasse	René Würmli, Vizedirektor

## **Zweiganstalten**

<i>Aarau</i>	Heinrich Herzog, Direktor Fritz Merz, Stellvertreter des Direktors
<i>Basel</i>	Rudolf Winteler, Direktor Karl Schär, Stellvertreter des Direktors
<i>Genf</i>	Serge Delémont, Direktor Jean-Pierre Borel, Stellvertreter des Direktors
<i>Lausanne</i>	Willy Schreyer, Direktor Fernand Verdon, Stellvertreter des Direktors
<i>Lugano</i>	Cesare Gaggini, Direktor Franco Poretti, Stellvertreter des Direktors
<i>Luzern</i>	Dr. Hans Theiler, Direktor Joseph Burri, Stellvertreter des Direktors
<i>Neuenburg</i>	Francis von Arx, Direktor Charles Girod, Stellvertreter des Direktors
<i>St. Gallen</i>	Willi Küng, Direktor Alfred Geiger, Stellvertreter des Direktors

## **Eigene Agenturen**

<i>Biel</i> (dem Sitz Bern unterstellt)	Paul Bürgi, Agenturführer
<i>La Chaux-de-Fonds</i> (der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)	Jacques Jolidon, Agenturführer

Dieser Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank erscheint in einer ausführlichen Fassung in deutscher und französischer Sprache sowie als Kurzfassung in italienischer und englischer Sprache.

Alle vier Ausgaben sind erhältlich beim Generalsekretariat der Schweizerischen Nationalbank, 3003 Bern, Telefon 031 210211.

Satz und Druck: Benteli AG, Bern

